Informations-Dienst ID
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 259 10. Dezember 1978 1,50 DM incl.6%Mwst. D 1870 CX

Die Situation bei Stahl

mit dem Kampf

Heldenverehrungundandere Tendenzen

?

Politische Feier mit „Störungen"

Selbst Stahlboß Weisweiler mußte

Disziplinert und entschlossen

Kampf an der Ruhr

Geschädigte suchen ein Ventil

Im Interesse aller Mitglieder

ZEITPROBLEME

Volk ruft

Arbeitsamt: Arbeit ist schwer

Harte Fronten

Dicker Schnee, aber gute Streikstimmung

Durch weniger Arbeit ist noch keiner zu Wohlstand gekommen

Freispruch verurteilt

Ohne Prämie geht nichts

Luftbrücke wird ausgedehnt

„Lob" für einen Kommandeur

„Ehrenberg ist herzlos"

Solidität — und eine gewisse Ruhe

es gibt keine folter in der BRD, es gibt nur gefangene, die sich selbst verletzen, psychopathen.

Börse sehr freundlich

Mühsamer Kampf

Nur einer wollte durch — und gab auf

und keine Hilfe

eben anders

Großartiger Auftakt:

Frost am Arbeitsmarkt.

ein schlagkräftiges Team

Kampf den Technokraten

Aussperrungsbeschluß stärkte die Streikfront

Etliche Leerlauf-Passagen

Prominenz eingeflogen

„Arbeitswillige" gesucht, doch keiner ließ sich ködern

IG Metall korrigiert Kurs

Ein Hauch von Stamokap

Banken.

eitskampf

Wir sind Unternehmer.

Hausmitteilung



VIELEN DANK FÜR DAS PAKET

FRANKFURT
8. Dezember

Es gibt ihn, den tollen Alltag in der ID-Redaktion! Wir wollen sie, und wir kriegen sie, die guten Sachen: mehr Leserbriefe als seit langem, gute Betroffenenberichte, wir werden gestreichelt ("Der ID ist wirklich toll in der letzten Zeit"), 20 Leute haben bisher Paten–Abos für Gefangene übernommen (weiter so, der ID beliefert rund 400 Gefangene), Leute kriegen über den ID Kontakt miteinander und wir kriegen das auch mit. Unsere Anzeige erscheint in den Alternativzeitungen und gespendet wurden für unseren "Schritt nach vorn" bisher fast 900 Mark.

Und das tollste: Evi und Marion aus Lüdenscheid haben uns ein Paket geschickt – mit allem, was hungernde und darbende ID–Redakteure so brauchen können: ein Adventskalender, Gummibärchen, einen Flaschenöffner, Briefumschläge, einen bunten Radiergummi, Bleistiftanspitzer, Lakritze. Wir haben uns riesig gefreut. Außerdem fragen die beiden, ob wir die Bilder im ID nicht kolorieren könnten. Nein, leider nicht. Einen bunten ID kann ich mir auch gut vorstellen, nur wird's von den Druckkosten her zu teuer.

Daß unser Alltag wahrgenommen wird, daß wir mit dem, was wir machen, Resonanz finden, freut uns. Und wenn's so weiter geht, freut's uns noch mehr.
Viele Grüße, das ID–Kollektiv

Hurra, eben kommt der Ruf aus der Buchhaltung, daß uns jemand 2000,- Mark gespendet hat.



„DER ID IM KNAST: 'EIN DUNKLES KAPITEL.....' "

FRANKFURT
28. November

Zu der Hausmitteilung vom 18. November (ID 256) kam unter anderem folgender Brief:

„Das ID-Kollektiv delegiert u.a. Rechtsinteressen an die linke Öffentlichkeit, nämlich: d i e linke ID-Öffentlichkeit soll mit dafür Sorge tragen, daß der ID (und alle linken Publikationen!!) in die Knäste usf. kommt.

Daß Knastarbeit (diese obrige z.B.) nicht Individualsache sein kann, ist klar. Wer Interesse hat, den ID-Anspruch als Gruppe zu vertreten, sollte sich zusammenfinden.
Ich selbst, circa ein Dreivierteljahr aus dem Knast (Diez), hätte Interesse, mit Leuten zusammen den ID-Anspruch zu vertreten, mit zu verwirklichen.

Jürgen Böndel-Dietzsch
Robert-Mayer-Str. 34, 6 Frankfurt 90"

WENN WIR PROFIS ANS WERK LASSEN...

MÜNCHEN
29. November

Sigi aus München schreibt:

„Liebe Leute vom ID,

hier schreibt Euch eine Eurer ungetreuen Abonnenten/innen, die in der großen Hoffnung auf „die tageszeitung" leichtsinnigerweise ihr Abo hat auslaufen lassen. Aber nach dem Erscheinen zahlreicher Nullnummern der taz möchte ich doch lieber wieder regelmäßig den ID lesen.

Daß Zeitungen lügen, hab ich das erstemal hautnah gemerkt, als ich Berichte über ein Ereignis las, wo ich selbst dabei gewesen bin. Ich meine nicht die versteckten Kommentare, die „Tendenz", sondern daß Außenstehende einfach nicht so schnell kapieren, was los ist oder war, und dann die simpelsten Dinge durcheinanderbringen. Das ist das erste. Aber noch nicht alles (der Brief wird noch ein bißchen länger).

Erinnert Ihr Euch noch an die Affäre „Frauen und Matjes" in Flensburg? Ihr habt damals, ich glaub' über mehrere Nummern, die Frauen selbst zu Wort, Quatsch Schrift kommen lassen. Und dann stand ein wenig später in der Courage ein Artikel über die Vorgänge in Flensburg. Welch ein Unterschied! Die Distanz, die die Schreiberin der Courage zu Flensburg hatte, vergrößerte meine Distanz zum Geschriebenen. Aber wenn ich im ID blättere und mich irgendwo festbeiße, dann weiß ich nicht nur was los war (wenn's nicht gestimmt hat, meldet sich bestimmt eine Nummer später eine Gegenstimme), sondern ich kann mir auch den/die Schreiber, Schreiberin oder die Gruppe vorstellen. Ich krieg über ihre Art zu schreiben nochmal ne Menge mehr mit. Und das geht alles verloren, wenn wir die Profis ans Werk lassen. Euer „Profi" Max Watts ist da eine rühmenswerte Ausnahme, ich war eigentlich immer ganz gespannt, was er denn nun wieder irgendwo rausgekitzelt hatte. Daß Ihr dabei immer noch ziemlich umfassend informiert – ich konnte den Spiegel-Lesern mit ID-Hilfe ganz gut kontern –, wißt Ihr hoffentlich.
Im übrigen stimme ich dem Brief von Walli im letzten ID (Nr. 257) voll zu.

Genug des Lobs? Klar! Oder?
Ich hör jetz mit der Schreiberei auf, schreib nen Scheck für's neue Abo und agitier meine Freunde und Bekannten, daß sie sich auch den ID abonnieren. – Grüßt den Gerti vom AG von mir."

DIE TAGESZEITUNG AN SCHWEIZER GRENZE BESCHLAGNAHMT

LÖRRACH
7.Dezember

Am Nikolausabend wollte ein Mitglied der Tageszeitungsinitiative Lörrach die Schweizer Grenze bei Weil/Friedlingen passieren. In seinem Auto lagen unter anderem 230 Exemplare der zweiten Null-Nummer der TAZ. Er war mit den Zeitungen unterwegs zu verschiedenen Buchhandlungen, auch in Basel.

Der schweizer Zollbeamte hielt ihn an, fragte nach der Zeitung, behielt erst eine, dann das ganze Paket. Begründung: *„Das sei schließlich eine politische Zeitung, das sehe man doch schon; hier mit Teheran usw., die müsse erst der Bundesanwaltschaft vorgelegt werden."*

Eine schriftliche Begründung für die Beschlagnahmung wurde bisher mit den Argument verweigert, daß dies keine Beschlagnahmung gewesen sei.



POWER TO THE WILDSAU

HIRSCHBERG
8. Dezember

Der „Militante Flügel des ‚Tierschutzvereins Warstein-West" schickte uns eine Vollzugsmeldung nach getaner Aktion:

„Wir haben gestern, am 27.November, den Wildpark bei Hirschberg im Sauerland so geöffnet, daß einige Tiere in Freiheit gelangen konnten. In den durchgeschnittenen Zäunen sehen wir ein Symbol der Freiheit für alle Menschen und Tiere. Diese BRDäh ist ein einzig großer Knast...

Wenn wir heute den Zaun durchschneiden, meinen wir in Wirklichkeit die Gefängnismauern... Der Tag wird kommen, wo die Berge sich bewegen..."

Soweit Auszüge aus der Kommandomeldung. Ein Anruf der Redaktion im Wildpark Hirschberg ergab, daß es sich bei dem Unternehmen immerhin nicht um einen Safari-Park handelt. Entkommen sind einige Wildschweine. Den Tierexperten Horst Stern konnten wir leider nicht erreichen. Aber von dem gab es mal eine Fernsehsendung, daß der arme deutsche Wald voll sei mit hungerleidenden Viechern, die auch das letzte Blättchen noch abknabbern werden. Und das deshalb, weil die Jagdpächter und Sonntagsjäger genug Viehzeug zum Abschießen brauchen.
Weidmannsheil für die Säue...

ALTERNATIVE KOOPERATION – INFO-DIENST ÜBER ALTERNATIV-PROJEKTE

WUPPERTAL
2. September

Liebe Freunde, Kollegen, Mitstreiter, wie dem Einen oder Anderen schon zu Ohren gekommen ist, haben wir seit einiger Zeit geplant, unsere Info-Kartei in einen Computer zu füttern. Mittlerweile ist daraus der eigene geworden und mittlerweile sind auch die ersten Programme fertig, die uns die Weiterführung des Info-Dienstes unter erheblicher Zeiteinsparung und Verbesserung ermöglichen.

Um nicht die zu frustrieren, die uns noch nicht kennen: Die Alternative Kooperation betreibt in mehreren Städten unabhängig und dezentral organisierte, fast öffentliche Büros. Wir arbeiten an Projekten alternativer Lebensformen, wofür auch wir den Info-Dienst als Vehikel benutzen. Durch den Info-Dienst wollen wir helfen Kontakte zu knüpfen, wollen gleiche und ähnliche Initiativen und Projekte miteinander ins Gespräch zu bringen.

Und das geht so: Du schreibst uns was du machst, was dich interessiert, was du anbieten kannst, an welchen Problemen du knabberst, welche du schon gelöst hast – wie deine Alternative aussieht. Dann legst du Rückporto bei undabgehtdiepost. Was dann von uns kommt sind ein paar Adressen aus der Gegend, von Leuten, die auch gern mit anderen zusammen was tun würden oder von Leuten, die, weiß der Geier wo wohnen aber sich mit den gleichen Problemen beschäftigen, Lösungen kennen, Hilfe suchen...

Unser Umgang mit Daten: Nicht ohne Grund sind viele Menschen nicht bereit, offen über das zu reden was sie tun wollen. Auch verstehen wir, wenn mensch nicht laufend in der Nacht von irgendwelchen Leuten am Telefon belästigt werden will. Zum ersten Punkt können wir nur beruhigen – die Polizei hat unsere Adressen ohnehin und weiß auch nach wie vor mehr über uns als wir selbst. Wir tun ja schließlich nichts Verbotenes. Und zum zweiten haben wir uns darauf eingerichtet, daß bestimmte Informationen nicht für jeden zugänglich sind. Wir sind bemüht – und das ernsthaft – den Wünschen nach Schutz der Intimsphäre Rechnung zu tragen und geben auch nach wie vor nicht Adressen an Jeden, den wir nicht kennen. Darüber haben wir lange nachgedacht und glauben über befriedigende Mechanismen zu verfügen. Wir hoffen, mehr Zusammenarbeit zu schaffen, der Alternativen Bewegung zu mehr Dynamik verhelfen zu können, den Kontakt zu Euch zu finden und mit Vielen an unserer Zukunft zu gestalten.

Und noch ein paar Neuigkeiten: Wir verkaufen unsere Informationen immer noch nicht, müssen aber eine Unkostenbeteiligung von Euch verlangen. Auch können wir ohne Rückporto nicht mehr antworten. (Allein das Anschreiben der Leute, die in der Handkartei stehen, kostet an Porti etwa 4500,– DM).

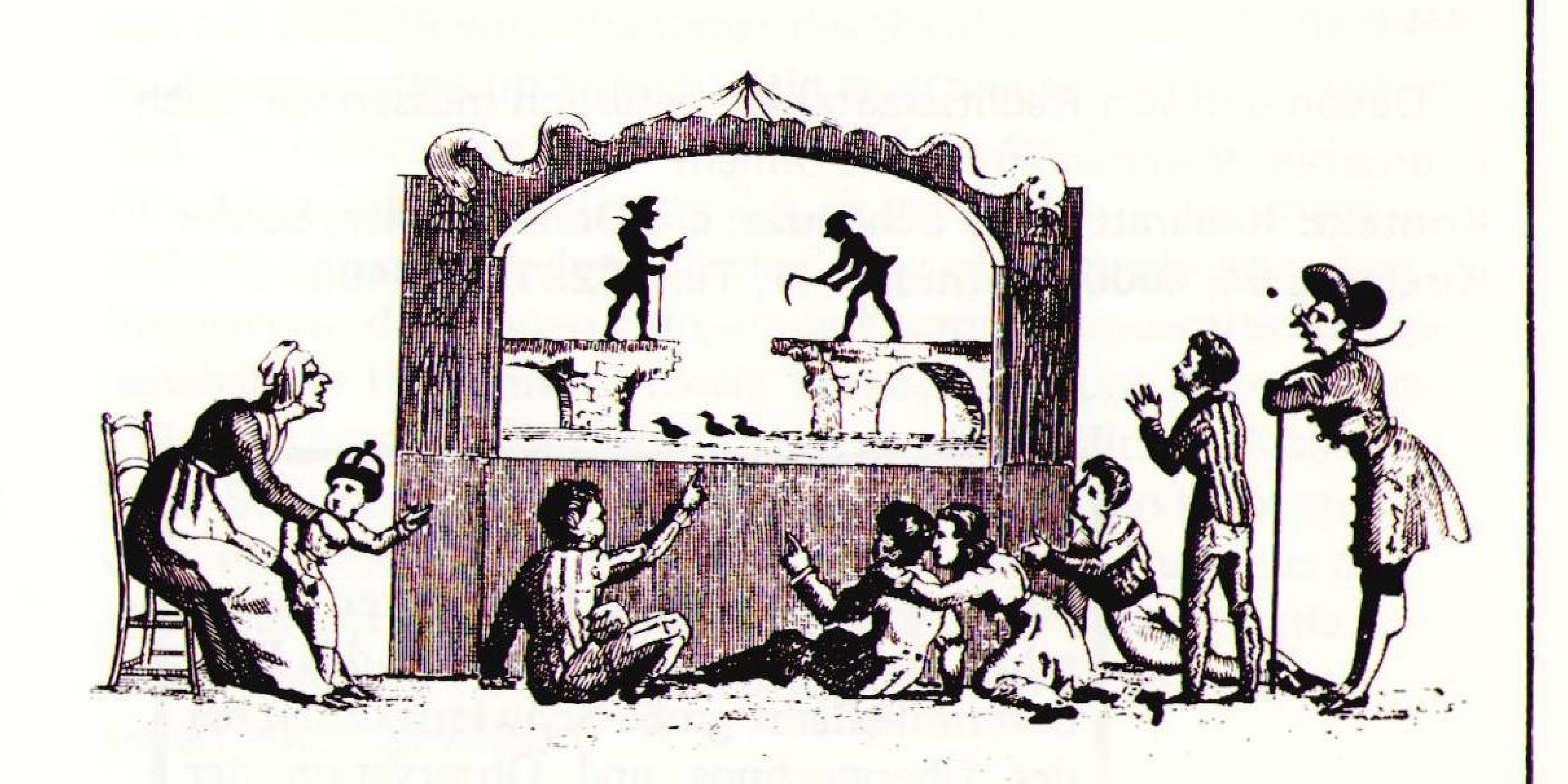
Alternative Kooperation, c/o Rolf Reisinger, Schützenstrasse 98, D-5600 Wuppertal 2, Tel. 0202/ 507464

'MOBILES THEATER RHEIN MAIN'

FRANKFURT
4. Dezember 78

Im Rhein Main-Gebiet gibt es ein neues Theater: das „Mobile Rhein Main Theater". Die Gruppe will vor allem in diesem Gebiet in Schulen, Jugendzentren, Bürgerhäusern, Theatern und anderen Treffpunkten auftreten. Sie setzt sich aus „gelernten" Schauspielern zusammen. Die Gruppe schreibt über sich selbst:

„... Aber es gibt doch auch Menschen, die ihre Probleme mit Phantasie, Mut und Kraft anpacken. – Aber seltsamerweise scheint darüber niemand schreiben zu wollen... Bevor wir anfangen zu schreiben und zu spielen, setzen wir uns mit Leuten zusammen und hören uns die Geschichte aus ihrem Leben an. Und da kommt man von Hölzchen auf Stöckchen, und da stellt sich dann langsam heraus, daß der – „überarbeitete Kollege und die ängstliche Nachbarin und der gestreßte Schüler und die einsame Oma mit dem Hund" – auch listige Helden, verbissene Lebenskünstler, mutige Eulenspiegel und phantasievolle Querköpfe sind, die selbst von sich sagen, daß sie manchmal den Kopf in den Sand stecken, aber immer noch spüren, wessen Faust ihnen im Nacken sitzt. – Von solchen Leuten muß man doch einfach erzählen.



„Aha", sagt der Zuschauer skeptisch, „ich verstehe, Sie machen politisches Theater!" – Wir: „Auch – Kennen Sie Millowitsch? " – Zuschauer: „Ach so, Sie spielen Millowitsch!" – Wir: „Nur nicht so politisch!" – Zuschauer: „Ich verstehe, Gottseidank machen Sie realistisches Theater." – Wir: „Auch. Kennen Sie Valentin und Liesel Karstadt? " – Zuschauer: „Natürlich, sie verstellen sich also, spielen grotesk und so weiter? !" – Wir: „Auch – Verstellen schon, aber nicht wenn wir politisch sind, wie zum Beispiel der Millowitsch. – Mögen Sie Akrobatik? " Zuschauer: „Wenn ich Sie also jetzt richtig verstehe, machen Sie realistische, groteske, politische Akrobatik!? "
An dieser Stelle müßten wir eigentlich antworten – noch nicht ganz – aber meistens fragt uns der Zuschauer nach den nächsten Aufführungsterminen, oder wir sehen nie wieder was von ihm, was uns dann allerdings traurig macht, wir hätten es ihm gerne vorgespielt. ..."

Das erste Stück der Gruppe heißt: „ALPTRAUM DER INNENMINISTERKONFERENZ" und spielt am **13., 28. und 30. Dezember, und am 2. und 3. Januar im Frankfurter Theater am Turm (TAT).**

Kontakt: Mobile Rhein Main Theater GmbH, Arnsburger Str. 13, 6000 Frankfurt 60, Tel.: 0611 / 43 93 73."

KABARETT KALTE SCHNAUZE

DORTMUND
1. Dezember

Das Kabarett Kalte Schnauze stellt sich vor:
Wir, das „Kabarett Kalte Schnauze" sind eine Amateurgruppe von 9 Personen (4 Frauen und 5 Männer) aus den verschiedensten Berufssparten (Sekretärin, Lehrer, Grafikerin, Sozialarbeiter...).

Wir wollen durch das Kabarett informieren, politisches Inte-

resse wecken, zu Diskussionen anregen. Alle Texte, sowie sämtliche Bearbeitungen zum Stück wurden von uns selbst erstellt. Wir führen nicht nur das gesamte Politmärchen auf (Dauer 1 3/4 Stunde ohne Pause), sondern stellen auch einzelne Themenbereiche wie Datenschutz, bundeseinheitliches Polizeigesetz, Sympathisantenhetze... daraus vor. Diese Kurzauftritte haben eine Länge von ca. 30 Minuten.

WIR WÜRDEN AUCH GERNE BEI EUCH AUFTRETEN!!

Unser Stück ist ein Politmärchen mit allem Drum und Dran (Musik, Gesang, Pantomime, Sketche und was uns sonst noch a alles dazu eingefallen ist) und hat den Titel:

„IST RECHTSSTAATANI

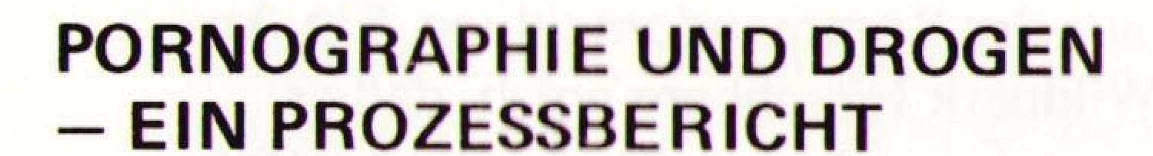
Wir haben uns bei unseren Vorbereitungen mit diesem Rechtsstaatanien, das mitten im Herzen Europas liegt, auseinandergesetzt und sind dabei auf unbeschreibliche Dinge gestoßen, die da in Rechtsstaatanien geschehen: Geheimnisvolle Mächtige mit ihren dienstbaren Geistern werfen unsichtbare Netze über die Menschen in diesem Land. Da gibt es komplizierte Computermaschinen, die alles wissen; viele, viele Polizisten, die alles dürfen und Leute, die angeblich (?) an allem Schuld sind – kurz, es sind schon ungeheuerliche Dinge, die da in Rechtsstaatanien passieren.

Davon und von Rechtsstaatanien natürlich müssen wir Euch in unserem Märchen einfach erzählen!

Kontakt: Kabarett Kalte Schnauze, c/o Dieter Müller, Sölder Kirchweg 64, 4600 Dortmund 41, Tel.: 0231/ 453490.

BKA hat Sorgen

Wie ein Beamter der frankfurter politischen Polizei verlauten ließ, hat das Bundeskriminalamt große Schwierigkeiten bei der Überwachung und Observation der frankfurter „Sponti-Scene". Grund: Das Fahrradfahren. Fahrradfahrer sind nicht in der klassischen Art durch Fußgänger oder Autos zu beschatten, für Fußgänger zu schnell, für Autos zu langsam. Hinzu kommt noch die für BKA-Beamte erschrekkende Erfahrung, daß frankfurter Spontis sich nur im Vorteilsfalle an Verkehrsregeln halten; falsches Benutzen einer Einbahnstraße oder Heben des Fahrrads über Zäune seien häufig zu beobachten gewesen. Einziger Ausweg: Satellitenüberwachung. Diese erfordere aber einen immensen Verwaltungsaufwand, überdies sei die Koordination mit der CIA, die das Auswertungsmonopol innehat, von traditionellen Rivalitäten belastet.



PORNOGRAPHIE UND DROGEN – EIN PROZESSBERICHT

LINDEN 28. November *Gegen Leute vom Volksverlag in Linden gab es einen Prozeß, weil sie "jugendgefährdende" Bücher verkauft hatten. Hier der Prozeßbericht:*

"Wir waren sehr enttäuscht. Nicht vom Prozeßverlauf oder vom Urteil, sondern von der fehlenden Solidarität unter den Kunden und Freunden des Volksverlags. Wir hatten 4000 Einladungen zum Prozeß an alle uns vorliegenden Adressen geschickt. Einige kleinere Zeitschriften, wie die Nürnberger Stadtzeitung "N", die holländische Zeitschrift "Ins and Outs" oder der "ID" aus Frankfurt kündigten unseren Prozeß an.

Am 27.9.1978 fanden sich im Gerichtssaal in Neustadt an der Aisch allerdings fast mehr Leute von der Kripo aus Ansbach ein, als Leute aus unserem Lager. Das war sehr traurig, zumal wir extra für die Leute, die uns beim Prozeß durch ihre Anwesenheit den Rücken stärken wollten, den Termin nicht kurzfristig verschoben haben. Etwa eine Woche vor dem Termin teilte uns nämlich unser Rechtsanwalt Rüdiger Böhm aus Bonn mit, daß er Pflichtverteidiger im Bonner "Rathaussturmprozeß" ist und dem noch mehrere Tage dauernden Prozeß beiwohnen muß. Aus diesem Grunde könne er nicht am 27.9.78 in Neustadt sein. Sogar Richter Rebhan, ein nicht unsympathischer junger Mann aus Nürnberg, der erst vor kurzem für ein Jahr an die Dienststelle nach Neustadt/Aisch versetzt wurde, war mit der Verschiebung des Termins einverstanden. Wir waren aber der Meinung, daß wir das den Leuten, die von weit her zum Prozeß kommen, nicht antun können. Aber leider wurde uns ganz hart und deutlich vor Augen geführt, wie klein das Verbundenheitsgefühl innerhalb der undogmatischen alternativen Szene ist.



Nun, der Prozeß lief auch ohne Anwalt und ohne Solidarität gut ab. Die ca. 35-jährige Staatsanwältin, die extra aus Nürnberg angereist kam, der schon erwähnte etwas nervöse Jungrichter und der sehr attraktive, alle Schuld auf sich nehmende Geschäftsführer Raymond Martin bildeten eine sich ruhig und sachlich unterhaltende Gruppe.

Martin beherrschte den gesamten Prozeßverlauf, indem er permanent redete. Er hielt Vorträge über soziale Entwicklungen von Mittelklassekindern aus der Provinz, die in der Großstadt mit Drogen verseucht werden, anstatt sich bei ihren Omas im Garten ein paar Hanfpflanzen zu züchten. Er kritisierte die gesamte deutsche Drogenrechtsprechung, die das Problem höchstens verschlimmert, referierte über die Notwendigkeit von Informationen, über das Recht auf freie Wahl seiner Informationsquellen und und und ... Er wurde eigentlich kaum unterbrochen. Der Richter stellte vielleicht drei Fragen, die Staatsanwältin eine. Wenn einer fragte, dann war es Martin, so den Zeugen Jim Haynes, Professor an der Universität von Paris und ehemaliger Mitherausgeber des Magazines "SUCK".

Im großen und ganzen stimmten Richter und Staatsanwältin mit dem Angeklagten überein, daß Informationen eine wichtige Hilfe zur Lösung des Drogenproblems sind. Der anwesende Übersetzer bemerkte nebenbei die Aussage eines ihm bekannten Pharmakologen, der das Buch "Psychedelic Encyclopedia" als auf der Welt einmalig und für die Pharmazie sehr wichtig bezeichnete. Auch wurde zugestimmt, daß die Sexualmoral der heutigen Gesellschaft die Pornographiegesetze weit überholt hat und noch vor wenigen Jahren Publikationen als Pornographie galten, die heute hochgeschätztes Kulturgut sind.

Allerdings stimmten die Paragraphen nicht mit uns überein. Und in einer Gerichtsverhandlung geht es ja nicht um die Ansichten und Überzeugungen von Richter, Staatsanwältin, Angeklagten oder Zeugen, sondern um Paragraphen, gegen die angeblich verstoßen wurde.

Nach dem stundenlangen Auftritt von Raymond Martin, der in einen Antrag auf Aussetzung der Verhandlung und Berufung eines Gutachters mündete, hielt die Staatsanwältin ihr Plädoyer und forderte 2 Monate Haft, 3 Jahre lang zur Bewährung ausgesetzt für ihn. Für die beiden anderen Angeklagten und Kommunemitglieder Ulrike Hansenmaier und Karl-Heinz Mendl, die in der gesamten Verhandlung kein Wort sagten, forderte sie Freispruch, da diese keinen Einfluß auf die Gestaltung des Vertriebsprogramms genommen und Martin dies wegen seiner Erfahrung überlassen hatten. Martin sagte dazu, daß er lieber eine Geldstrafe will, da diese von der Firma bezahlt wird.

Nach der Pause verkündete der Richter das Urteil im Namen des Volkes. Hansenmaier und Mendl wurden freigesprochen, Martin wurde wegen Verteilens "schwer jugendgefährdender Bücher" (13 verschiedene amerikanische Bücher, die positiv über weiche Drogen informieren), sowie "pornografischer Schriften" schuldig gesprochen und erhielt eine Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu je 65,--. Martin bat den Richter, die Tagessätze herabzusetzen, worauf Herr Rebhan weise bemerkte: "Das ist doch egal, Sie gehen ja doch in Berufung".

Er hat Recht. Wenige Tage nach der Verhandlung wurde von unserem Rechtsanwalt "Rechtsmittel" eingelegt, was entweder Revision oder Berufung bedeutet. Auf jeden Fall wird es eine neue Verhandlung geben, diesmal allerdings in Nürnberg vor dem Landgericht. Diesmal wird unser Rechtsanwalt sowie ein Gutachter der Pharmakologischen Abteilung an der Universität München mit von der Partie sein. Und hoffentlich eine große Menge Leute, die uns durch ihre Anwesenheit unterstützen. Dazu gehörst auch du, der du diesen Rundbrief hier liest!

Wir werden noch rechtzeitig vor dem neuen Verhandlungstermin einen Rundbrief an alle uns bekannten Adressen schikken und euch genau erklären, wo und wann die Show diesmal läuft.

(Übrigens erklärte die Staatsanwältin noch im Gerichtssaal, daß sie sich wieder in die Abteilung für Zivilrechtssachen versetzen lassen wird, da ihr die Strafsachen zu anstrengend sind.)

Also, bis zum nächsten Rundbrief alles Gute.

Freiheit für Raymond Martin!

Freiheit für alle Lebewesen!

VOLKSVERLAG
8531 Linden

P.S. Wer das 33-seitige Urteil (sehr tolle Texte über Drogen, Tim Leary, Sex mit Kindern und Tieren) haben will, schicke uns bitte DM 10,--. Wir machen dann Fotokopien davon".

STEPHANSSTIFT HANNOVER: BEIDE GEKÜNDIGTEN SOZIALARBEITER HABEN IHRE WIEDEREINSTELLUNG ERREICHT!

NORDSTEMMEN
27. November

Zu dem Konflikt ums Stephansstift haben wir bereits was im ID Nr. 236/237 abgedruckt. Zur Erinnerung, um was es geht, hier noch mal kurz die Beschreibung der Einrichtung 'Stephansstift' aus ID Nr. 236:

Das Stephansstift Hannover ist als juristische Person des privaten Rechts eine selbständige kirchliche Stiftung, Mitglied des Diakonischen Werkes. Es untersteht der Stiftungsaufsicht durch die evangelisch-lutherische Landeskirche.
Das Stephansstift umfaßt Einrichtungen vom Kindergarten, Ausbildungsstätten, Heime für Kinder und Jugendliche, Ausbildungsbetriebe bis hin zu Einrichtungen der Altenbetreuung.
Im Lehrlingsheim Hannover-Kleefeld werden 90 Jugendliche im Alter von 16 bis 19 Jahren in mehreren Gruppen betreut - Einweisungsgrundlage ist überwiegend Freiwillige Erziehungshilfe (FEH) oder Fürsorgeerziehung (FE). Sie befinden sich in Arbeits- oder Ausbildungsverhältnissen in Betrieben des Stephanstifts oder in Firmen im Bereich von Hannover.

Hier der Bericht, vom 18.11.78:

Gerlinde Paulus und Rolf Zimmermann - beide Sozialpädagogen im Lehrlingsheim des Stephansstiftes in Hannover - wurden am 12.6.78 vom Vorsteher des Stephansstiftes, Pastor Dr. H. Alpers fristlos und gleichzeitig ersatzweise ordentlich gekündigt. Sie hätten, "wie aus dem Schreiben der 'Jugendlichen der Abt. Löns (bzw. ASH)' vom 2.6.78 hervorgeht, ihnen zur Erziehung anvertraute Jugendliche" über ein Abmahnschreiben informiert, in dem ihnen mangelnde Kooperationbereitschaft gegenüber der Heimleitung sowie Vernachlässigung ihrer Dienstpflichten vorgeworfen würde, und die Jugendlichen "damit zu einer Stellungnahme zu dienstlichen Maßnahmen herausgefordert, die nicht Beurteilung unterliegen" (Zitate aus dem Kündigungsscl en von Alpers). Die Jugendlichen hatten in einem Schreil n ihn die Vorwürfe gegen beide Kollegen scharf zurückgewiesen.

Die beiden entlassenen Sozialpädagogen gewannen jetzt den Rechtsstreit gegen das Stephansstift (17.1o. und 7.11.78). Sowohl die fristlose als auch die ordentliche Kündigung wurden zurückgewiesen; ein Auflösungsantrag (Auflösung des Arbeitsverhältnisses wegen Zerrüttung) vom Stephansstift wurde vom Arbeitsgericht in beiden Fällen ebenfalls abgelehnt. Das Gericht schloß sich damit den beiden Kollegen an, die erklärten, daß ihnen in jedem Falle ein Arbeitsplatz wichtiger erscheine als eine finanzielle Abfindung und — damit verbunden — eine Auflösung des Dienstvertrages. In diesem Zusammenhang wurde von den Klägern auf die "Schwarzen Listen" hingewiesen, die in Niedersachsen über gekündigte Sozialpädagogen und Erzieher existieren und die faktisch einem Berufsverbot für die Betroffenen gleichkommen.

Das Stephansstift bescheinigte den beiden Kollegen in einem seiner letzten Schriftsätze an das Arbeitsgericht "außerordentliche Gefährlichkeit für den Bereich des Stephansstiftes" und unterstellte ihnen, daß sie "gegen die Tradition und das Selbstverständnis des Stephansstiftes" arbeiteten.

Wenn Tradition und Selbstverständnis des Stephansstiftes so gedeutet werden, daß den Jugendlichen, die sich dort in Fürsorgeerziehung befinden, eine Beurteilung der Fähigkeiten ihrer Bezugspersonen, der Erzieher, aberkannt wird, dann muß gegen kirchliche Traditionen und scheinheiliges christliches Selbstverständnis gerade in diesen Institutionen angekämpft werden, und zwar für und mit denjenigen, die in diesen "Anstalten" verwaltet werden, für die Jugendlichen und mit ihnen. (Siehe auch Birkenhof-Kampagne in Hannover, ID Nr. 234/236.)

Bei Gerlindes Prozeß waren aufgrund der breiten Öffentlichkeitsarbeit ca. 100 Interessierte aus Gewerkschafts- und Ausbildungsbereich anwesend. So viele Anwesende — Erzieher, Studenten und Jugendliche — waren für den Anwalt des Ste-

phansstiftes eine deutliche Einschränkung. Er wollte eigentlich zu den "verhaltensgestörten Fürsorgezöglingen" nähere Angaben machen, um damit ihre Nicht-Kompetenz bei der Beurteilung des Abmahnschreibens zu begründen. Dies tat er jedoch nicht, "da diese Jugendlichen im Saal seien". Er unterstellte der Klägerin, daß sie sowohl die Öffentlichkeit als auch das Verhalten dieser vorprogrammiert habe. Das Recht auf Öffentlichkeit in Arbeitsgerichtsprozessen war für ihn "eine Frage des Geschmacks" (Zitat: Rechtsanwalt Rotzoll).

In der Begründung des Urteils hob der Richter hervor, daß ein eventuell vorliegendes "pädagogisches Fehlverhalten" eine Frage der "Wertung", aber in keinem Falle mit einer Kündigung zu ahnden sei.
Die Urteilsbegründung des Richters in Rolfs Prozeß war eindeutiger: Da das Stephansstift ein Fehlverhalten des Klägers nicht beweisen könne, sei ein solches auch nicht feststellbar. Würde tatsächlich ein Fehlverhalten vorliegen, auch dann wäre eine Kündigung nicht angebracht. Weder fristlose noch fristgerechte Kündigung sei sozial gerechtfertigt; die angeführten Gründe reichten nicht aus; eine nicht wieder gutzumachende Zerrüttung des Arbeitsverhältnisses läge nicht vor, gedeihliche Arbeit sei noch zu erwarten. In beiden Fällen entsprach das Arbeitsgericht den Anträgen der Kläger auf Wiedereinstellung zu unveränderten Bedingungen.

Bisher hat das Stephansstift die beiden Kollegen noch nicht wiedereingestellt, mit der Begründung, "das Urteil läge noch nicht schriftlich vor".

Beide Fälle zeigen die Notwendigkeit eines offensiven Vorgehens gegen Machtgehabe und Unterdrückung gerade im sozialen Bereich. Mitarbeiter und Jugendliche in sozialpädagogischen Einrichtungen — natürlich auch in anderen — dürfen sich "von Oben" nicht mundtot machen lassen. Öffentlichkeitsarbeit — ob ein Prozeß läuft oder nicht — ist gerade betreffend Institutionen "Öffentlicher Erziehung" wichtig und notwendig. Scheinheilige "caritative Ansprüche", wie sie solchen Einrichtungen zu eigen sind — hinter kirchlichen Mauern und Stacheldraht, aber auch in "offenen" Heimen — müssen hinterfragt und aufgedeckt werden. Solche Anstalten — ihre Erziehungsinhalte lassen sich weder von Innen noch von Außen und auch nicht "längerfristig" verändern — sind letztendlich abzuschaffen.

GEGEN HEIMKNAST — FÜR SELBSTVERWALTETE JUGENDWOHNGEMEINSCHAFTEN!

Kontakt:
Unterstützungskreis Heimentlassener, Am Burghof 34, 3200 Hildesheim-Ochtersum

PETER H. IM TUNIX-PROZESS VERURTEILT

BERLIN
24. November

Bericht vom Prozess zur Demonstration während des Tunix-Treffens:

„Das Treffen in Tunix vom Januar dieses Jahres hat noch ein gerichtliches Nachspiel. Am 14.11.1978 wurde Peter H., der die TUNIX-Demonstration angemeldet hatte, vom Amtsgericht Moabit zu vier Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil während der Demonstration ein Stofftuch in den Farben schwarz-rot-gelb mit der Aufschrift „Modell Deutschland" durch den Straßendreck gezogen wurde. Der Staatsanwalt hatte beantragt, eine viermonatige Gefängnisstrafe auf Bewährung auszusetzen, mit einer zusätzlichen Geldstrafe von DM 500,-. Die Verteidigung hatte Freispruch gefordert. Das Gericht ging in seinem Urteil über den Strafantrag des Staatsanwalts hinaus, in dem es die viermonatige Haftstrafe nicht zur Bewährung aussetzte. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, weil der Angeklagte Berufung einlegte.

Der Vorfall, auf den sich das ungewöhnlich harte Urteil bezieht, ist im wesentlichen unbestritten. Während des Treffens in TUNIX vom 27. bis 29.Januar 1978 wurde eine Demonstration veranstaltet, deren Ziel es war, Forderungen und Vorstellungen von TUNIX auch auf der Straße öffentlich zu machen. Schon im Aufruf zu TUNIX hieß es unter anderem:
„Wir wollen ein 3-Tage-Fest feiern und wir werden bereden,wie wir unsere Ausreise aus dem ‚Modell Deutschland' organisieren. Wir werden bereden, wie wir das ‚Modell Deutschland' zerstören und durch TUNIX ersetzen."

Offensichtlich von den Diskussionen bei TUNIX angeregt, haben Demonstranten eine schwarz-rot-gelbe Fahne mit der Aufschrift „Modell Deutschland" schon zu Beginn der Demonstration an den Lautsprecherwagen gehängt, der von Peter H. gefahren wurde, sodaß die Fahne über das Straßenpflaster gezogen wurde. Erst nach über einer Stunde meinte die zahlreich vertretene Polizei darin eine Ungesetzlichkeit zu erkennen und ordnete an, die Fahne zu entfernen, was auch befolgt wurde. Daß später die Fahne verbrannt wurde, wurde Peter H. nicht zum Vorwurf gemacht.



Der Polizeibeamte Kapczinski war als Verbindungsbeamter zwischen Einsatzleitung und dem Anmelder der Demonstration eingeteilt. Während der Demonstration ist er mehrmals zum Lautsprecherwagen gegangen und hat mit Peter H. gesprochen. Dabei hat er nach seinen Aussagen nie die Fahne gesehen. Erst über Funk habe er von der Einsatzleitung von dieser Fahne erfahren und diese dann auch gesehen, als er Peter H. die Anordnung zur Entfernung der Fahne mitteilte. Bei dieser Gelegenheit habe Peter H. bestritten, daß es sich bei der Fahne um die Bundesfahne handele, vielmehr wäre es eine Fahne vom „Modell Deutschland". Er habe aber sich auf keine Diskussion mit dem Anmelder eingelassen und auf der Entfernung der Fahne bestanden.

Der Zeuge Gersbach, ein Passant, der im Vorbeifahren die Fahne sah und seinen „Augen nicht traute", hielt an und sprach in der Nähe stehende Polizeibeamte auf die Fahne an. Diese hätten aber „begeistert" bzw. wie er sich später korrigierend ausdrückte, „interessiert" zugeschaut und sich geweigert, eine Anzeige von ihm anzunehmen. Sie hätten ihn darauf hingewiesen, dies sei eine genehmigte Demonstration. Er habe noch weitere Polizeibeamte angesprochen, die aber alle in gleicher Weise reagiert hätten. Erst auf einem Polizeirevier sei er seine Anzeige losgeworden.

Der Angeklagte Peter H. sagte aus, daß er von Beginn bis Ende der Demonstration den Lautsprecherwagen gefahren habe. Schon bald nachdem die Demonstration sich in Bewegung gesetzt habe, habe er bemerkt, daß am Heck des Lautsprecherwagens von Demonstranten etwas angehängt worden war, das er aber durch den Rückspiegel nur zum Teil sehen konnte. Er habe daraufhin aus dem Wagen heraus gefragt, was an dem Wagen dranhänge und zur Antwort erhalten, es handele sich um eine Fahne vom „Modell Deutschland". Er habe keine Veranlassung gehabt, das zu beanstanden, weil er in dem „Modell Deutschland" kein durch die Strafgesetze geschütztes Symbol habe erkennen können. Farbe und Aussehen der Fahne habe er nicht sehen können. Außerdem sei der Verbindungsbeamte Kapczinski mehrmals zu ihm an den Wagen gekommen, um ihm Anweisungen und Beanstandungen der Einsatzleitung mitzu-

teilen. Dabei habe Kapzcinski aber niemals die Fahne am Heck des Wagens beanstandet, obwohl er sie gesehen haben muß, denn sie sei breiter als der Wagen gewesen, was von allen Zeugen bestätigt wurde. Die zahlreichen, an der Demonstrationsstrecke anwesenden Polizeibeamten hätten ihn auch nicht auf eine eventuell strafbare Handlung hingewiesen. Wenn schon Polizeibeamte mit ihrer berufsbedingten erhöhten Sensibilität gegenüber eventuell strafbaren Handlungen in der Fahne des „Modell Deutschland" nichts strafbares gesehen hätten, wie hätte er als weniger geschulter Durchschnittsbürger das erkennen sollen, erklärte Peter H. Obendrein hätte er über den Rückspiegel noch nicht einmal sehen können, daß es sich um eine schwarz-rot-gelb-gestreifte Fahne mit besagter Aufschrift gehandelt habe, während die Polizisten neben dem Wagen gewesen wären.

Die Verteidigung stellte mehrere Beweisanträge, die zum Ziel hatten, durch Verlesung von Dokumenten, Reden, Zeitungsartikel und Vorführung von Rundfunk- und Fernsehsendungen den politischen Charakter des TUNIX-Treffens zu verdeutlichen und zu beweisen, daß die Angriffe des TUNIX-Treffens gegen das „Modell Deutschland" als Angriffe gegen eine bestimmte repressive Tendenz in der Bundesrepublik zu verstehen seien und nicht als Verunglimpfung im Sinne des § 90a.

Bis auf die Verlesung von zwei „Tagesspiegel"-Artikel sind alle Beweisanträge wegen angeblicher Prozeßverschleppung abgelehnt worden. In den Artikeln des ‚Tagesspiegel' wurde das „Modell Deutschland" im Sinne von TUNIX als der Staat der Berufsverbote und des Kontaktsperregesetzes interpretiert. Auf eine entsprechende Frage des Geichts bestätigte Peter H., daß dies ein Aspekt des „Modell Deutschland" sei, das er ablehne.
Daraus zog Staatsanwaltschaft und Gericht den Schluß, daß Peter H. Anordnungen und Gesetze ablehne, die sich der Rechtsstaat zum Schutz gegen den Terrorismus gegeben habe. Dadurch, daß Peter H. diesen Schutz ablehne und in Hinblick auf die Tatsache, daß er die Demonstration geleitet hat, lege er eine enorme „kriminelle Energie" an den Tag, erklärte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer. Nur eine empfindliche Strafe könne den Angeklagten davon abhalten, in seiner Neigung zu kriminellen Taten weiter fortzufahren. Dem Staatsanwalt war keineswegs entgangen, daß Peter H. weder vorbestraft noch auf andere Art seiner „kriminellen Neigung" in der Vergangenheit nachgegangen ist. Deshalb beantragte er die Strafe auf Bewährung auszusetzen, obwohl die Uneinsichtigkeit des Angeklagten dem entgegenstehen würde.
Die Verteidigung sah den Straftatbestand des Verunglimpfungsparagraphen (§ 90a StGB) weder objektiv noch subjektiv erfüllt. Wie die politische Zielrichtung von TUNIX gezeigt hätte, wäre es dabei nicht um eine Verunglimpfung der Bundesrepublik gegangen und schon garnicht um eine Verunglimpfung ihrer Symbole, sondern um die Kritik an repressiven Tendenzen innerhalb des von der SPD propagierten „Modell Deutschland" und um die imperialistischen Bestrebungen nach außen durch wirtschaftliche Hegemonie.

Der Angeklagte erklärte, daß die Unterstellung, er habe sich mit der Fahnenaktion identifiziert, nicht richtig sei. Darum ginge es ihm im wesentlichen auch garnicht, sondern darum, daß er als Veranstalter keine Veranlassung gesehen habe und auch jetzt noch nicht sehen würde, eine symbolische Meinungsäußerung von Demonstranten zu verhindern. Im Kern ginge es bei diesem Prozeß um die Freiheit der Meinungsäußerung. Die vom Staatsanwalt diagnostizierte „kriminelle Energie" veranlasste ihn zu der Frage, ob diese sich auch darin zeige, bei TUNIX mit Senator Glotz und anderen Vertretern dieses Staates zu diskutieren. Wie aus seiner Ablehnung von Berufsverboten und Kontaktsperregesetz, die immerhin auch von einigen Bundestagsabgeordneten abgelehnt würden, der Staatsanwalt eine „kriminelle Energie" herauslesen könne, sei ihm schlicht unerklärlich.

Der Richter Schmidt teilte in seiner Urteilsbegründung dagegen die Ansichten des Staatsanwaltes bis auf die Aussetzung der Strafe zur Bewährung. Er sah keine Veranlassung bei der offensichtlichen Uneinsichtigkeit des Angeklagten, die Strafe auf Bewährung auszusetzen. Bewußt sei der Angeklagte seiner Pflicht nicht nachgekommen, die Polizei vorher um Erlaubnis für den „Knüller" mit der Fahne zu fragen. Es sei notwendig über den Einzelfall hinaus mit einem harten Urteil eine „General-prävention zu erreichen, um auch andere von ihrer Neigung zu kriminellen Handlungen abzuhalten. Eine Geldstrafe lehnte er ab, weil diese den von Arbeitslosenhilfe lebenden Angeklagten nicht hart genug treffen würde. Er würde sicherlich durch eine Sammlung bei Gesinnungsfreunden die entsprechende Summe sich beschaffen.

Kontaktadresse:
Maulwurf, Waldemarstraße 24; 1000 Berlin 36
Telefon: 030 / 614 98 58



GABRIELE KRÖCHER-TIEDEMANN UND CHRISTIAN MÖLLER NICHT MEHR IM HUNGERSTREIK

ZÜRICH
28. November

Von den Verteidigern von Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller, dem Anwaltskollektiv Du Bois und andere in Zürich, erhielten wir die Mitteilung, daß die beiden seit dem 7.11.78 im Hungerstreik gewesenen Gefangenen ihren Hungerstreik am 23.11. erfolglos abbrechen mußten. Ihre körperliche Verfassung hat sie dazu gezwungen.

HAFTBEDINGUNGEN VON ANGELIKA SPEITEL

DORTMUND
Dezember 78

Als Verteidiger von Frau Angelika Speitel, die am 24.9.78 in Dortmund festgenommen worden ist und die sich seit dem 25.10.78 in der Justizvollzugsanstalt in Bochum befindet, erlaube ich mir folgendes mitzuteilen:
Am 9.11.78 hat der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes in einem Beschluß die Haftbedingungen festgelegt. Sie beeinhalten die vollständige Isolierung meiner Mandantin von Kontakten mit anderen Gefangenen und eine totale Überwachung der Lebensäußerungen meiner Mandantin. In dem 25 Punkte umfassenden Beschluß wurde neben der Einzelunterbringung u.a. angeordnet:
– Auschluß von allen (Gemeinschafts-)Veranstaltungen der Vollzugsanstalt. Auch bei Vorführungen oder beim Baden darf sie nicht mit anderen Gefangegen zusammengebracht werden,
– Einzelhofgang,
–Durchführung des Besuchs in der Regel nur hinter Trennscheibe (selbst der Besuch des 9-jährigen Sohnes konnte nur hinter der Trennscheibe stattfinden),
– tägliche Durchsuchung meiner Mandantin und ihres Haftraumes, sowie der darin befindlichen Sachen, dabei kann sie umgekleidet werden und das Inventar des Haftraumes ausgetauscht werden.
–Beobachtung meiner Mandantin bei Tag und bei Nacht, die nächtliche Beobachtung entweder bei abgeschirmter Dauerbeleuchtung oder bei Einschalten der Zellenbeleuchtung anläßlich der jeweiligen Kontrolle,
– Möglichkeit der Verlegung in andere Hafträume in unregelmäßigen Abständen,
– Verbot, eigene Kleidung zu benutzen.

Diese Anordnungen wurden über die bereits praktizierten extremen Sicherheitsmaßnahmen hinaus getroffen. Die damit verbundenen Haftbedingungen scheine für bestimmte Gefangene von vorneherein festzustehen, obwohl es inzwischen aus mehreren Verfahren bekannt ist, daß sie zu schweren gesundheitlichen Schäden führen können, bis hin zur akuten Lebensgefahr. Dies ist auch dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes bekannt. Entsprechend heißt es in Punkt 24 der Anordnung: 'Bei akuter Gefahr für Leib oder Leben der Beschuldigten kann der Anstaltsleiter auch ohne richterlicher Zustimmung über eine Ausführung oder eine Verlegung der Beschuldigten entscheiden.'''

Kontaktadresse: Wolfgang Schmidt, Bornstr. 10, 4600 Dortmund 46oo Dortmund, Tel. 0231/523360

WEIHNACHTSPAKETE FÜR WEIBLICHE GEFANGEN

Der Frankfurter Frauenbuchladen schickt Pakete an Frauen in den Knast. So ein Paket kostet 120,- bis 160,- DM, hierzu wird Geld gebraucht! Spendet an:

Frauenbuchladen GmbH, Stichwort 'Weihnachtspaket', Kto 265 5949–06 Dresdner Bank Frankfurt.

NEIN ZUR AUSLIEFERUNG VON GABOR WINTER

Die B.R.D. stellt wieder einen Antrag auf Auslieferung eines politischen Gefangenen.
Seit Juni 78 ist Gabor Winter in Frankreich in Fleury Merangis im Gefängnis. (Fleury – ein neues Gefängnis, 30 km von Paris, die Bauweise a la Stammheim, die "Behandlung" ebenso).

Gabor wurde im Juni in Paris bei einem Autodiebstahl festgenommen und zu 4 Monaten Haft verurteilt. Kurz vor seiner Entlassung kam der Auslieferungsantrag der B.R.D., worüber von der Cour d'extradiction in Paris entschieden werden sollte, Die Entscheidung wird am 20. Dezember getroffen werden. Die Richter sind dieselben, die auch schon Klaus Croissant ausgeliefert haben. Gabor beantragte politisches Åsyl in Frankreich.

Gabor war in der B.R.D. 1976 schon ein halbes Jahr in Untersuchungshaft, und wurde dann unter Auflagen entlassen. Die Anklage lautete auf § 129a StGB und gründet sich auf: Bildung der Schwarzen Hilfe in Fürth, ein Manuskript zur Stadtguerilla, den Diebstahl eines Ausweises, Beleidigungen. Er muß mit fünf Jahren Gefängnis in der B.R.D. rechnen.

Kontakt: Comite de soution de gabor winter, c/o Loic Debray 6 allee d'ars, F – 92160 Antony

ENGELBLOCK–PROZESS

HEIDELBERG
9. Dezember

Am 12. Dezember beginnt um 11.30 Uhr im Amtsgericht Heidelberg, Saal 17, der Prozeß gegen einen der Heidelberger Besetzer des Engelblocks. Am 19. Juli 77 räumte die Heidelberger Polizei Räume in der Heidelberger Altstadt, die von "Leuten ohne Wohnung und Arbeit" (Lowa) besetzt worden waren. Die Lowa wollte ein Zentrum für Penner aufbauen. Kurz darauf wurde auch ein benachbartes Haus, in das sich die Besetzer nach der Räumung des Engelblocks zurückgezogen hatten, gewaltsam geräumt. Die Mieter dieses Hauses, die Heidelberger Indianerkommune, hatten ihren Räumungsprozeß verloren (siehe ID 185 und 188). Michael Banaszak schreibt dazu, daß er außer dem anstehenden Prozeß in Heidelberg auch noch anderen Schwierigkeiten ausgesetzt ist. Er sucht eine Wohnung, bekommt aber keine, weil er weder verheiratet ist, noch Geld verdient, dafür aber körperbehindert ist. Ausserdem:

"Der Prozeß, sollte er diesmal zur endgültigen Vorstrafe führen, was ich einerseits nicht hoffen möchte, hat für mich eventuell die Konsequenz, daß ich keine deutsche Staatsangehörigkeit mehr bekomme. Zur Zeit habe ich überhaupt keine. Wer zu dem Prozeß kommen kann, der komme! Insbesondere frühere Indianerkommunarden und der vorhandene Rest! Wer eine Wohnung weiß in Heidelberg, der schreibe an:

Michael Banaszak oder Erika Oryzik, Plöck 95, 6900 Heidelberg"

VORBEREITUNG ZUR ZWANGSPSYCHIATRISIERUNG EINER GEFANGENEN

HEIDELBERG
8. Dezember

Ein Bericht aus Heidelberg:

Am 20.9.78 wurde Christine Biehal in Wiesloch bei Heidelberg verhaftet. Der Vorwurf der Bundesanwaltschaft lautet, Christine habe telefonischen Kontakt zu Willy Peter Stoll gehabt; dies begründe den "Verdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung". Die Bundesanwaltschaft wirft Christine nicht konkrete Handlungen, sondern einen bloßen Kontakt vor, arbeitet also mit der Konstruktion einer – im geltenden Recht überhaupt nicht existierenden – Kontaktschuld. Diese wird zudem als "Mitgliedschaft" qualifiziert – wohl um nach der Erschießung Stolls einen weiteren ge-

wichtigen Fahndungserfolg präsentieren zu können.
Christine war zunächst in Stammheim und ist jetzt in Aichach (Bayern); sie ist dort vollständig isoliert.
Die Bundesanwaltschaft (Bundesanwalt Holland) unternimmt jetzt den Versuch, Christine zwangsweise zu psychiatrisieren. Sie hat am 13.10. beim Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof, Kuhn, den Antrag gestellt, Christine gegen ihren Willen auf ihre "Zurechnungsfähigkeit" untersuchen zu lassen. Zur Begründung führt sie an, Christine habe sich — vor 4 Jahren! — bei dem "Leiter der Psychiatrischen Klinik in Wiesloch, Herrn Dr. Spazier" in Behandlung befunden.

Um dem Antrag mehr Gewicht zu verleihen, verfälscht die Bundesanwaltschaft die Realität: Dr. Spazier ist niemals Leiter des Psychiatrischen Landeskrankenhauses in Wiesloch gewesen; er war und ist vielmehr Leiter der Psychotherapeutischen Beratungsstelle der Universität Heidelberg. Führt man sich vor Augen, wie weit das psychische Elend unter Studenten heute fortgeschritten ist, und welche Gründe dies hat, kann es nur als zynisch bezeichnet werden, einen politischen Gefangenen, der vor Jahren therapeutische Beratung in Anspruch genommen hat, nun gerade darauf aufbauend zum Objekt einer Psychiatrisierung zu machen. Worum es der Bundesanwaltschaft geht, wird an folgendem deutlich:

- Christine hat sich für die Abschaffung der Isolationshaft der politischen Gefangenen eingesetzt und deshalb z.B. an der Vorbereitung des Russell—Tribunals mitgearbeitet.
- Sollte ein Psychiater sie für "unzurechnungsfähig" erklären, könnte sie für unbestimmte Zeit in eine "Heilanstalt" eingewiesen werden.

Der Antrag der Bundesanwaltschaft ist ein Teil der Strategie, politische Gegner lebenslang zu internieren. In diesem Zusammenhang betreibt sie eine Gesetzesänderung zur Sicherungsverwahrung, d.h. eine Ausdehnung auch auf "nicht einschlägig vorbestrafte Terroristen".
Der Versuch, Christine zu psychiatrisieren, läuft nach der Absicht der Bundesanwaltschaft ebenfalls auf eine Internierung auf unbestimmte Zeit hinaus. Daran wird klar, daß solche Internierungen keineswegs, wie offiziell behauptet wird, nur dem "Kampf gegen den Terrorismus" dienen. Sie sollen vielmehr gegen jeden eingesetzt werden, bei dem die Bundesanwaltschaft davon ausgeht, daß er ein politischer Gegner ist.

Briefe und Besuchsanträge für Christine Biehal sind zu senden an: Ermittlungsrichter am BGH, Kuhn, Herrenstr. 45 a, 75 Karlsruhe

Kontakt: Michael Empell, Rohrbacher Str. 31, 69 Heidelberg, Tel.: 06221 - 26341

FOTOS AUS AROLSEN?

Alle Antifaschisten, die am 18./19. November in Arolsen beim NPD-Bundesparteitag fotografiert haben, werden gebeten, ihre Fotos der Antifa-Landeskonferenz NRW zur Verfügung zu stellen. Das gilt vor allem für Fotos von der Szene am Parkplatz, wo die Nazischläger 4 Genossen zusammengeschlagen haben. (um Anzeigen besser bekräftigen zu können, fehlen noch wichtige Fotos).
Und: von dem riesigen Polizeiaufgebot (wir haben erfahren, daß im Hintergrund Hundestaffeln u.a. stationiert waren)
Und: auch die vielen Fotos von Nazis sind für die Auswertung wichtig.

Weiterhin sollten sich alle melden, die Zeugenaussagen über den Vorfall am Parkplatz machen können.

Alles möglichst schnell an: Antifa Münster, Hornstraße 30 /2. Stock. 44 Münster- Tel. 0251 / 56 669

HAMMER IM AMTSGERICHT UND HATZ IN DER PRESSE ...

PASSAU
1. Dezember

Über die Zustände in Passau, genauer im Passauer Amtsgericht, berichteten wir im ID 253: Drei junge Menschen waren angeklagt, dreizehn Wahlplakattafeln gestohlen zu haben. Als Zuschauer über eine Entscheidung des Richters lächeln mußten, wurde drei von ihnen abgeführt und zu vier Tagen Ordnungshaft wegen „gemeinschaftlichen Lachens ohne sachlichen Anlaß" verurteilt. Als dann noch in Passau Parolen gesprüht wurden (während die drei im Knast saßen), wurden die Wohnungen und die Fahrzeuge aller Prozeßbesucher durchsucht.

Mittlerweile wurde der Prozeß wegen der geklauten Plakattafeln fortgesetzt, wieder unter Vorsitz des gleichen Richters namens Hammer. In der CSU-nahen Passauer Neuen Presse erschien der ID-Artikel über den ersten Verhandlungstag unter der Überschrift: „Hetze gegen Passau", aufgeschrieben von einem Herrn Hatz (nomen est omen).

Die Passauer bedanken sich für die großflächige Information: durch Abdruck ihres ID-Artikels habe nun die Bevölkerung endlich erfahren können, was wirklich im Gericht geschehen ist. Hier ihr Bericht über den weiteren Verhandlungsablauf:

„Beginn 8 Uhr am 18.November, das übliche Theater: zehn zivile Polizisten mit Parkas sitzen bereits in den hinteren Bänken, vorm und im Amtsgericht wimmelt es von Polizei und zivilen Einsatzkommandos, drei VW-Bus Transporter stehen zum Abtransport von werweißwas in Bereitschaft.

Das zahlreich erschienene Publikum wartet noch draußen vorm Gerichtssaal, Rechtsanwalt Bendler aus München stellt nämlich den Antrag, daß die Ausweise diesmal nicht vom Verfassungsschutz abgelichtet werden, weil diese Maßnahme eine unzulässige Beschränkung des freien Zugangs zum Prozeß darstellt und weil sie geeignet ist, potentielle und bestimmte Zuhörer davon abzuhalten, an der öffentlichen Hauptverhandlung teilzunehmen. Der Antrag wird selbstverständlich abgelehnt. Und zwar von Jugendrichter Hammer, der an diesem Tag wieder der „große Vorsitzende" ist. Trotzdem sind bei Verhandlungsbeginn an die 50 Zuschauer im Gerichtssaal.

Hammer streitet sich eine Weile mit Herrn Bendler, indem er ihm verbietet, einen Antrag zu stellen. Ein Antrag darf von der Verteidigung in jeder Lage des Verfahrens gestellt werden. Nicht so aber bei Richter Hammer. Herr Bendler regt außerdem die Selbstablehnung Hammers wegen Befangenheit an. Hammer fühlt sich natürlich nicht befangen, obwohl als Folge des vorhergegangenen Hammer-Prozesses Sprüche wie „Tod den Schweinen wie Richter Hammer", „Hammer ist'n Schwein, drum machen wir ihn mal ein", an Passauer Gebäude gesprüht wurde.

Da sich im Laufe der Verhandlung der im Strafbefehl behauptete Verdacht des Diebstahls von dreizehn Wahlplakaten von Seiten des Gerichts nicht aufrecht erhalten läßt, münzt Richter Hammer mit Unterstützung von Staatsanwalt Heller den Tatbestand in Hehlerei um. Staatsanwalt Heller äußert unter anderem auch die Meinung, die Angeklagten seien schon deswegen verdächtig, weil sie sich einen Rechtsanwalt genommen haben. Zum Schluß erhöht Heller seinen Strafantrag von 200 auf 400 Mark pro Person. Da sich im Lauf der Verhandlung und auch sonst weder ein Hinweis auf Diebstahl noch auf Hehlerei ergeben hat, plädiert Herr Bendler auf Freispruch.

Hammer verurteilt die drei jungen Leute schließlich wegen angeblicher Hehlerei zu je 200 Mark Geldstrafe & Kosten des Verfahrens & Eintragung ins Vorstrafenregister. Die Verteidigung sowie auch die „Angeklagten" gingen sofort in die Berufung. Nun wird vor dem Landgericht neu verhandelt."

Kontakt: Damböck Georg, München 12, 8391 Kalteneck

„POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG IN FRANKFURT"

FRANKFURT
7.Dezember

Veranstaltung der Frankfurter Projektgruppe zur Unterstützung des Russell-Tribunals. Mit:

Claude Bourdet, Mitglied der Jury des III.Internationalen Russell-Tribunals
Sebastian Cobler, ehemaliges Mitglied des Sekretariats
Vertreter des Abendgymnasiums Frankfurt
Michael Sallmann, aus der DDR ausgebürgerter Liedermacher
Brennessel, Polit-Rock-Gruppe aus Rüsselsheim
Mobiles Rhein-Main-Theater

am: **Donnerstag, den 14.Dezember 1978 im Volksbildungsheim - Großer Saal, 19 Uhr; Eintritt: 2,- DM.**

ZEITUNG ZUM RUSSELL-TRIBUNAL

Dazu schreibt das Kölner Volksblatt (siehe auch ID 256, S. 26):
Liebe Freunde von der linken Heimatpresse,
die nächste Sitzung des Russell-Tribunals findet bekanntlich Anfang Januar in Köln statt. Für uns als alternative Kölner Zeitung ein Grund, hierzu verstärkt zu berichten und Themen und Ziele des Tribunals umfangreich zu verbreiten. Daß die bürgerliche Tagespresse jetzt zum Totschweigen und Ignorieren übergegangen ist, da es bei der ersten Sitzung mit dem Diffamieren so recht nicht hingehauen hat, können wir ja jeden Tag (nicht) lesen.

Wir haben nun zwei Ausgaben geplant.

1. Unsere Januarausgabe wird sich schwerpunktmäßig mit den Themen des Tribunals (Verfassungsschutz – zumal der hier in Köln hockt –, Zensur und Abbau der Rechte im Strafprozeß) befassen und erst am Mittwoch, dem 3.1. dem ersten Tag des Tribunals, mit einer aktuellen Titelseite, erscheinen.

2. Haben wir mit den anderen VolksBlättern/Stadtzeitungen an Rhein und Ruhr bei unserem regelmäßigen Treffen abgesprochen, zum Samstag dem 6.1. eine Sondernummer herauszubringen. Diese wird über den Verlauf des Tribunals, die Fälle, Verhandlungen, Diskussionen etc. berichten. Redaktionsschluß hierfür wird der Freitag Mittag etwa sein. An dieser Nummer arbeiten Vertreter der anderen Stadtzeitungen, soweit sie Zeit und Interesse haben, mit. Hierfür arbeiten wir auch mit dem Russell-Sekretariat und den örtlichen Unterstützergruppen zusammen. Diese aktuelle Sonderausgabe wird unter einem Sammeltitel der Blätter, die mitmachen, erscheinen und am selben Tag, dem Samstag, in – hoffentlich – vielen Großstädten Nordrheinwestfalens durch die örtlichen Zeitungsgruppen verbreitet. Als Sondernummer oder als Einlage in deren reguläre Januarausgabe.

Da wir das in größeren Mengen organisatorisch und technisch nur hier oben in der Gegend verkraften können, unsere Januar- und die Sondernummer aber auch überregional verbreiten wollen, schlagen wir allen Interessenten vor, diese beiden direkt bei uns zu bestellen. (Gruppen oder Initiativen, die mehr haben wollen, mögen sich direkt mit uns in Verbindung setzen. Wahrscheinlich aber wird die weiter weg erst am Montag, dem letzten Tag des Tribunals eintreffen. Während wir den Samstag festgelegt haben, um noch möglichst vielen Leuten den Besuch des Tribunals nahebringen zu können am Wochenende.) Die Einzelbestellungen sind so geregelt, daß jeder Interessent für beide Ausgaben 3 Mark auf unser Pschkto überweist und dann automatisch per Post beide bekommt. Wenn's hierbei Überschüsse gibt, gehen die ans Tribunal. Unsere Bitte nun an Euch, den anhängenden Coupon in Euren Dezemberausgaben zu veröffentlichen.

Mit Grüßen, die VolksBlatt-Redaktion.

DOKUMENTATION ZUM NPD-LANDESPARTEITAG

MANNHEIM
4.Dezember

Wie bereits im ID 256 verkündet, gibt es eine Dokumenation zum NPD-Landesparteitag in Mannheim und zur Entstehung der antifaschistischen Aktionseinheit. Sie kostet 1,50 dm und kann bei folgender Adresse bezogen werden:
Dachkammer / Vertrieb für freiheitliche Literatur
Postfach 1545, 6800 Mannheim 1

Bezahlung in Briefmarken oder durch Vorauszahlung auf das Postscheckkonto Reinhard Mex, Ludwigshafen, 67257-670
Porto: bis zu 2 Stück 40 Pf / bis zu 4 Stück 60 Pf. / bis zu 8 Stück 1,10, ab 9 Stück zahlen wir das Porto selbst.
Das Geld fließt in einen Rechtshilfefond.



„FESTGOTTESDIENST WURDE ZUM ERLEBNISS"

HAMBURG
5. Dezember

Erklärung der Schwarzen Hilfe und der Autonomen Gruppe Altona:

„Am Buß- und Bettag fand in der St. Katharinenkirche in Hamburg ein Festgottesdienst statt, veranstaltet von der Kirchengemeinde zusammen mit amnesty international.
Festredner war der zum Laienprediger aufgestiegene Bundesjustizminister Vogel, der zum Thema „Warum ich gegen die Todesstrafe bin" sprach; Vogel, der sich kurz vor den Morden in Stammheim und Stadelheim und der GSG 9-Aktion von Mogadischu äußerte: *„Auch das Grundrecht auf Leben gilt nicht absolut"*.
Abgesehen davon, daß es der totale Zynismus ist, Vogel, der verantwortlich ist für die in der BRD faktisch praktizierte Todesstrafe im Knast und auf der Straße, seine Heucheleien auf der Kanzel sagen zu lassen, ist es sowieso klar, daß wir mit unseren Mitteln das machen, was auch die Genossen von der dpa-Besetzung gemacht haben:
Öffentlichkeit über die mörderischen Haftbedingungen herzustellen. Konkret: Die drohende Rückverlegung von Werner Hoppe in den Knast, was sein Todesurteil bedeutet, wenn wir da nicht dranbleiben, um das zu verhindern. Deshalb war Sache, diesen Gottesdienst, der nichts anderes war als eine Public-Relation-Show zur Profilierung der „Progressivität" der SPD – mit dem Segen der Kirche –, zu verhindern und damit in unserem Sinne zu nutzen. Als Vogel auf die Kanzel stieg, gings los: Über Megaphon wurden Erklärungen der vier beteiligten Gruppen verlesen, dann sind wir mit einem Transparent zum Altar: „Rückverlegung ist Todesurteil! Sofortige Freilassung von Werner Hoppe!". Vor der Kanzel brüllten wir unsere Parolen, so daß von der eigentlichen Rede Vogels nicht mehr viel übrigblieb:

– Freiheit für Werner Hoppe
– Vogel Schreibtischmörder
– Freiheit für die dpa-Besetzer
– Kommt ein Vogel geflogen, wird gelogen

Der Widerstand ist überall / Im Untergrund, im Knast, legal."

Das neue Hamburger Spendenkonto zur Unterstützung der elf Genossen von der dpa-Besetzung:

Gisela Paul, Konto-Nr. 1309/450136 - BLZ 200 50 550

ZUR CISNU–DEMONSTRATION

Die Zusammenstellung zur Cisnu-Demonstration am Samstag den 25. November im letzten ID (Nr. 258) wurde stark kritisiert. Einerseits formal: Die einzelnen Berichte wurden nicht kenntlichgemacht, so daß, durch Kürzungen schon aus dem Zusammenhang gerissen, durch das Aneinanderreihen falsche Bezüge entstanden. Andererseits inhaltlich: die aktionsgeilen Berichte gipfelten (einer unterstellten unbewußten Logik folgend) in dem schlüpfrigen Angebot zur „Befriedigung von Sonderwünschen", Bilderserien über Bullenbrutalität zu bestellen. Daß sich die Spontis in aufgestauter Wut einer typischen ML–Aktion angeschlossen hätten, sei nur zu verständlich, aber in den Berichten überhaupt nicht politisch diskutiert. (Die längere Bilderdienstinformation war beim Lay–out versehentlich gekürzt worden).



Zunächst ein Leserbrief aus Offenbach:

"Nicht nur geschmacklos"

" Eure Berichte über die Anti-Schah-Demonstration in Frankfurt ("Ein Tag im Herbst") können so nicht unwiedersprochen bleiben. Ich will hier nur zu e i n e m Themenkomplex Stellung nehmen: und zwar zur Frage von "Ernsthaftigkeit" oder "Schönheit" von Demonstrationen. Zitat aus ID Nr. 258, S. 16: " ... wir reihten uns ungefähr in der Mitte ein, und es begann eine friedliche Demo, anders als die rein 'Frankfurterischen', weil die internationale Solidarität anscheinend etwas Ernst (!) erforderte, zumindest in den Momenten, wo man Mitleid hatte mit den Megaphonrednern, die bei den Deutschen in der Regel (?) vergeblich auf die Sprechchöre warteten. Dann flutschte einem also ein zaghaftes "Hoch die ..." über die Lippen, mehr aus Gastfreundschaft. Umso schöner waren die eigenen Verse ... "
Diese Darstellungsweise in ihrer ganzen Schnoddrigkeit ist nicht nur geschmacklos, sondern vor allem falsch. Der zitierte Bericht sieht diese ganze, große Demonstration rein aus dem Frankfurter Sponti-Blickwinkel – und dieser ist sehr verkürzt: daß der regionale Sponti-Block diesmal gerade durch seine Mickrigkeit (m.E. maximal 800) auffiel, sollte nicht verschwiegen werden. Im übrigen dürften an die 80 Prozent der Teilnehmer aus weiten Teilen der BRD gekommen sein, was an den zahlreichen Organisations-Transparenten vor den Blöcken unschwer abzulesen war. Die Tausende von ausländischen Genossen, die Rote Garde, die Marburger Basisgruppen, Trotzkisten und die Tausende aus den Marxistischen Gruppen (M.G.) - um nur einige zu nennen - hatten gewiß alles andere im Sinn als „sich einzubringen"! Sie gingen vielmehr mit der nötigen Disziplin und dem Maße an Ernst in diese Demonstration, die der Sache und der Lage im permanenten "Deutschen Herbst"gerade angemessen war. Diese Tausende – die große Mehrheit des Zuges – hatten auch keineswegs 'Mitleid' mit den persischen Megaphon-Agitatoren, sondern fanden deren leidenschaftliches, verzweifeltes Engagement beispielhaft. Kein Wunder, daß wie zu Zeiten der großen Vietnam- und Chile-Demonstrationen die Sprechchöre wieder machtvoll erschallten – und an ihrem klassenkämpferischen Charakter keinen Zweifel ließen!
KAMPF DEM KAPITAL – IM IRAN UND ÜBERALL! war doch eine der zentralen Parolen dieser Demonstration, die

übrigens auch optisch weitgehend in rot getaucht war! Sollte dies den Sponti-Genossinnen und -genossen wirklich entgangen sein – oder waren sie allzusehr auf sich selbst fixiert?

A. propos "HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT": in diesem Punkte hatten sicher viele ihre Bauchschmerzen – ich auch. Kein Wunder angesichts der Realitäten im heutigen Vietnam, Kambodscha usw.! Viele großen Hoffnungen sind da in den meisten von uns allen zerstört worden – Scheisse! Aber ist deshalb eine Forderung falsch, ein Appell sinnlos, wenn die Wirklichkeit nicht mit unseren Maximen übereinstimmt? Ich glaube nein! Zum Schluß: ich kritisiere nicht andere wegen eines Demonstrationsstils, den ich für politisch falsch und nicht vermittelbar halte. Meine Kritik richtet sich gegen die einseitige Darstellungsweise im zitierten ID-Bericht. Im übrigen bin ich der Meinung, daß das Demonstrationsziel der Bevölkerung besser vermittelbar gewesen wäre, wenn unser Marsch geendet hätte, wie er begonnen hat: friedlich! Aber das ist wohl ein anderes Kapitel ....

Ein (kommunistischer) Genosse aus Offenbach"

Erklärung der CISNU zur Frankfurter Demonstration vom 25.11.1978

„DIE PERSER" EINSAMMELN, VERHAFTEN, ABSCHIEBEN !

FRANKFURT
6. Dezember

Es scheint, daß der Brauch, mit Pogromstimmung politische Geschäfte abzuwickeln, in Deutschland ungebrochen geblieben ist. Heute gegen „die Perser", gestern gegen „die Palästinenser" und davor gegen andere volks- und ortsfremde Elemente. Einen geeigneten Anlaß hierfür wird man immer finden, so oder so. Heute ist es die CISNU-Demonstration vom 25. November mit ihrem gewaltsamen Ausgang.

Waren die Krawalle, wie Politiker und Presse glaubhaft machen wollen, tatsächlich von vorneherein geplant? Oder suchte die CISNU etwa laut Presse bloß eine Schlägerei mit der Polizei? Oder wie kam es tatsächlich zu dieser tätlichen Auseinandersetzung und den damit verbundenen Verletzungen, über die natürlich niemand froh sein kann?

An jenem Samstag kamen zehn-bis fünfzehntausend Demonstranten, um gegen den andauernden Massenmord im Iran zu protestieren. Die Teilnehmer wußten, daß am nächsten Tag wieder einmal ein Blutbad unter den streikenden Arbeitern und Studenten stattfinden würde. Mit diesem Bewußtsein war von vorneherein eine emotionale Aufgeladenheit der Demonstration gegeben. Man kam außerdem mit dem Bewußtsein, daß die USA und die Bundesrepublik sich für die Erhaltung des faschistischen Regimes stark machen.

Die Erklärung des BRD-Vertreters Graf Lambsdorff, die BRD sei an stabilen Verhältnissen im Iran interessiert – d.h. an der Erhaltung des gegenwärtigen faschistischen Regimes – und das Versprechen Carters, die USA werden den Schah bis zuletzt unterstützen, waren noch nicht vergessen. Nur so läßt sich jener spontane Protestmarsch gegen das amerikanische Konsulat und der heftige Widerstand gegenüber der Polizei, die sich bei anderen CISNU-Demonstrationen stets als Amtshelfer für den persischen Geheimdienst auszeichnete, erklären.

Die aus diesen politischen und emotionalen Zusammenhängen resultierende Konfrontation ist nun für die Berufsdemagogen aller bürgerlichen Parteien und Presse, die sonst für die organisierte Gewalt der Polizei oder die kriminelle Gewalt der Schlägerbanden wie die der „Grauen Wölfe" oder auch für die faschistische Gewalt im Iran und anderen Ländern allerlei Verständnis aufbringen, der Anlaß, eine fast „völkische" Kampagne gegen die „Gewalt" der Ausländer starten.

Die tatsächlichen Ziele dieser Kampagne sind aber:

1. Endlich dem Wunsch der westdeutschen Unternehmen im Iran nachzukommen und mit den geschäftsstörenden Aktivitäten der CISNU Schluß zu machen, und so zu den „stabilen Verhältnissen" im Iran beizutragen.
2. Mit dem kategorischen Verbot aller CISNU-Aktivitäten verhindern, daß dem Volksaufstand im Iran eine katalisatorische Funktion bei der Mobilisierung der fortschrittlichen Kräfte in der BRD zukommt, wie dies in Zeiten des Vietnam-Krieges der Fall war.
3. Mit Ausdrücken wie „gewalttätige Ausländer" oder Forderungen wie „Verschärfung der Ausländergesetze", die in der BRD arbeitenden und studierenden Ausländer einschüchtern und so ihre gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten zu unterbinden.

Dieser geschürten Hysterie gegen „die Perser" und andere Ausländer folgen nun die Taten. Als erstes ließ der Nachfolger des „Marinerichters" Filbinger ein CISNU-Teach-in in Stuttgart mit Polizeigewalt auflösen. In Berlin geschah dasselbe, und die Frankfurter Polizei rächte sich für den Samstag eine Woche später an den afghanischen Studenten und verbot ihre Demonstration. Bald werden überall in der BRD die „Kaiser"-Feinde beschimpft, verfolgt oder von kleinmütigen früheren Freunden im Stich gelassen.

Was aber immer auch geschehen mag, einschüchtern lassen wir uns nicht. Wir werden unsere Aktivitäten unvermindert fortsetzen, um die deutsche Öffentlichkeit über den Volksaufstand im Iran und seine barbarische Unterdrückung durch das Schah-Regime und dessen imperialistische Verbündete weiter zu informieren, in der Überzeugung, daß die fortschrittlichen Kräfte der Bundesrepublik uns zur Seite stehen. Es sei denn, man folgt dem Rat der FAZ-Schreiberlinge und übergibt uns hundertweise dem persischen Geheimdienst. Dann muß man sich aber nicht wundern, wenn die Volksmassen im Iran dies als direkte Kumpanei mit dem Schah-Regime betrachten und dementsprechend darauf antworten.

H. Sickinger ist Dozent an der Frankfurter Fachhochschule Fachbereich Bauingenieurwesen. Er hat nach der Cisnu–Demonstration die anwesenden Iraner aufgefordert, den Hörsaal zu verlassen und als die sich weigerten, die Vorlesung abgebrochen. Er hat dann das hier wiedergegebene Flugblatt verteilt und dafür vom Frankfurter Rechtsanwalt Erich Mika eine Strafanzeige kassiert. (siehe ID 258)

AUFRUF
AN ALLE PERSER-STUDENTEN
MACHT EURE SCH.-REVOLUTION
FÜR DIE SCH.-RELIGION
ODER DEN SCH.-KOMMUNISMUS
GEGEN DEN SCH.-SCHAH GEFÄLLIGST IN
EUERM EIGENEN SCH.-LAND U. NICHT IN UNSEREM
SONST RUFEN WIR: PERSER RAUS
DENN WIR HABEN SELBST POLIT-IDIOTEN
GENUG IM LAND
MIT FREUNDLICHEM GRUSS H. SICKINGER

400 IRANER BEI DER KWU IM STREIK GEGEN DEN SCHAH

ERLANGEN
6. Dezember

Die folgenden Informationen ergaben sich aus einem Telefongespräch mit einem Erlanger Genossen:

Seit fast 6 Wochen streiken — nahezu unbemerkt von der sogenannten Öffentlichkeit — 400 iranische Praktikanten der KRAFTWERK UNION (KWU), deren Ausbildung von der IRANISCHEN ATOMENERGIE—BEHÖRDE finanziert wird. Die in sechzehn verschiedenen Städten der Bundesrepublik bei der KWU angestellten Iraner wollen solange weiterstreiken, bis die von ihnen aufgestellten Forderungen zur Unterstützung der iranischen Widerstandsbewegung erfüllt sind.
Zu den Forderungen gehören die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Auflösung der Geheimpolizei SAVAK, die Ausweisung aller ausländischen Militärberater im Iran, die Festnahme aller Verantwortlichen für Massenmord und Folter, die Rückkehrmöglichkeit für alle Iraner in ihr Land unter Garantie der Freiheitsrechte, die Überprüfung aller internationalen Abkommen des Iran über Atomanlagen und eine Volksabstimmung über den Bau von Atomkraftwerken.

In Erlangen wurde jetzt zum ersten Mal einer Streikversammlung der iranischen Praktikanten der Zutritt zum Verbindungsbüro der Iranischen Atomenergie-Behörde verweigert. Unterdessen werden Drohbriefe an Streikende verschickt, Aufforderungen, an die Arbeit zu gehen. Einzelne sind schon von der kurzfristigen Ausweisung bedroht, Verlängerungen der Aufenthaltsgenehmigung werden hinausgezögert bzw. verweigert.
Die prekäre Lage der 400 Iraner ergibt sich aus der Tatsache, daß ihre Aufenthaltsgenehmigung mit dem Ausbildungsverhältnis bei der KWU gekoppelt ist. Löst die KWU dieses Verhältnis auf, so können alle Streikenden in den Iran ausgewiesen werden.
Was sie dort unter den noch herrschenden Bedingungen erwartet, kann sich jeder vorstellen. Einziges Mittel, dies zu verhindern, ist die Beantragung des politischen Asyls.
Aber auch das wird unter den gegenwärtig in der Bundesrepublik herrschenden Bedingungen der Interessenverflechtung mit dem faschistischen Schah-Regime und der Pogromstimmung gegen oppositionelle Iraner (z.B. die CISNU nach der Frankfurter Demonstration) schwer sein. Deshalb fordern wir alle auf, in ihren Städten Erkundigungen über streikende iranische AKW-Praktikanten einzuholen und dann massiv Krach zu schlagen.
Die Kontaktaufnahme zu Anti-AKW-Gruppen und Bürgerinitiativen, zu Rechtsanwälten und wirklich antiimperialistischen Initiativen ist unbedingt erforderlich.

Kontakt: SZ Erlangen, Hindenburgstraße 17, Sprecherrat der Universität Erlangen, Hindenburgstr. 2, Tel. 09131/85695

„GANZ SCHÖN NERVÖS"

FRANKFURT, 27. November 78

Montagabend/nacht, 0,20 Uhr im „Schrottkopp", einer Sponti-Kneipe im Stadtteil Bockenheim, in dem auch das am Samstag leicht demolierte Polizeirevier 13 liegt.

Ich sitz da und saufe, da stürmt eine Frau rein: Oh weh, draussen sind die Bullen und schreiben Autonummern auf. Eigentlich nur: DRAUSSEN SIND DIE BULLEN. Ich sag: Na und. Und da stehen sie schon in der Kneipe. Sechs bis sieben Stück, dicht am Eingang. Ausweiskontrolle. Eine Frau schreit, daß jemand verhaftet worden sei. Scheiße, und ihr macht nichts. Natürlich ist keiner verhaftet worden. Bleibt ruhig, ihr Idioten. Oder wollt ihr euch in der Kneipe — ein Schlauch mit Tresen und hinten einem kleinen Raum — zusammenhauen lassen? Ruhe also. Schrei nicht so, halt die Klappe. Drei Leute haben einen intensiven Blick auf die Leute aus dem Jugendzentrum um die Ecke. Die Situation ist absurd. Draußen läuft einer mit einem Schäferhund rum und provoziert.

Wenn jetzt einer durchdreht ist der Teufel los. Erich hinterm Tresen zapft bleich aber gelassen Bier. Um ein Uhr wird er rufen:„Polizeistunde!" Die Polizisten beginnen eine völlig blödsinnige Ausweiskontrolle. Wer einfach rausgeht, wird nicht kontrolliert. Wer fragt, ob er raus darf, erhält die Antwort:„Kann ich mal ihren Ausweis sehen? " Frauen werden kaum kontrolliert. Wir machen die Polizisten an, die im Eingang stehen und sich nicht weiter rein trauen:„Ganz schön nervös heute!" Einer klopft sich mit dem Gummiknüppel auf den Fingern rum, einer tritt immer von einem Fuß auf den anderen. „Kein Wunder nach dem Samstag", nuschelt ein Blondgelockter unter seiner Polizeimütze hervor. Ständiger Dialog des Abends: drinnen rufts: „Tür zu, es wird kalt!". Von draußen ruft die Staatsgewalt:„Die Tür bleibt offen!" Einer erzählt die Geschichte, die Kontrolle finde deshalb statt, weil draußen einer die Antenne von einem Polizeiauto abgebrochen hätte und dann in den „Schrottkopp" gerannt sei. Die Veranstaltung löst sich auf. Die Ordnungshüter ziehen ab. Viele sind froh, daß es nicht gekracht hat.

Am nächsten Tag erfahre ich, daß ganz zu Anfang der Aktion mehrere Genossen und Passanten vor der Kneipe von der Bockenheimer Polizei zusammengeschlagen worden sind. Das trübt die Freude unsererseits Ruhe und Ordnung gewahrt zu haben, doch erheblich. Die Gäste und Wirte der Gaststätte „Schrottkopp" haben am nächsten Tag eine Presseerklärung herausgegeben, in der es u.a. heißt:

„... zwar werden von mehreren Personen Strafanzeigen gestellt, aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre, — Anzeigen gegen Polizeibeamte — steht zu befürchten, daß

a. diese Verfahren gegen Polizeibeamte ohne weitere Ermittlungen eingestellt werden, mithin der Rechtsweg in den Papierkorb führt, daß
b. aus den Äußerungen einiger Beamten zu entnehmen ist, daß es sich um eine Racheaktion gehandelt hat, die beliebig wiederholbar ist.

Daraus folgt für mich als beauftragten Rechtsanwalt, daß sich die linken und alternativen Einrichtungen dieser Stadt überlegen müssen, wie sie sich wirksam, da gegen die Polizei schlecht die Polizei zu Hilfe zu rufen ist, gegen solche Übergriffe wehren können. Für weitere Auskünfte stehe ich zur Verfügung.

Hochachtungsvoll, Barabas (Rechtsanwalt)."

GEHEIME VORBEDEUTUNG

Und hier eine Nachricht vom "Kleinen Gespenst" aus Aachen.

"Lese zur Zeit die Wahrsagungen von NOSTRADAMUS (ein Hellseher im 14. Jahrhundert). Hab nun in dem Buch eine recht interessante Stelle entdeckt. Nostradamus hat gesagt:

Regen, Hunger und Krieg werden in Persien kein Ende nehmen.
Einen allzu großen Verrat am Glauben wird der Monarch begehen.
Anfang und Ende weisen nach Frankreich.
Geheime Vorbedeutung für ein sparsames System.

Glaub, diese Prophezeiung kann man den Lesern des ID nicht vorenthalten.
Viele Grüße, das kleine Gespenst"

DIE FALLE

Da Herr Lemm, der ein reicher Mann war, seinen beiden Kindern zum Christfest eine besondere Freude machen wollte, rief er Anfang Dezember beim Studentenwerk an und erkundigte sich, ob es stimme, daß die Organisation zum Weihnachtsfest Weihnachtsmänner vermittle. Ja, das habe seine Richtigkeit. Studenten stünden dafür bereit, 25 DM koste eine Bescherung, die Kostüme brächten die Studenten mit, die Geschenke müßte der Hausherr natürlich selbst stellen. »Versteht sich, versteht sich«, sagte Herr Lemm, gab die Adresse seiner Villa in Berlin-Dahlem an und bestellte einen Weihnachtsmann für den 24. Dezember um 18 Uhr. Seine Kinder seien noch klein, und da sei es nicht gut, sie allzulange auf die Bescherung warten zu lassen. Der bestellte Weihnachtsmann kam pünktlich. Er war ein Student mit schwarzem Vollbart, unter dem Arm trug er ein Paket.

»Wollen Sie so auftreten?« fragte Herr Lemm.

»Nein«, antwortete der Student, »da kommt natürlich noch ein weißer Bart darüber. Kann ich mich hier irgendwo umziehen?«

Er wurde in die Küche geschickt. »Da stehen aber leckere Sachen«, sagte er und deutete auf die kalten Platten, die auf dem Küchentisch standen. »Nach der Bescherung, wenn die Kinder im Bett sind, wollen noch Geschäftsfreunde meines Mannes vorbeischauen«, erwiderte die Hausfrau. »Daher eilt es etwas. Könnten Sie bald anfangen?«

Der Student war schnell umgezogen. Er hatte jetzt einen roten Mantel mit roter Kapuze an und band sich einen weißen Bart um. »Und nun zu den Geschenken«, sagte Herr Lemm. »Diese Sachen sind für den Jungen, Thomas«, er zeigte auf ein kleines Fahrrad und andere Spielsachen –, »und das bekommt Petra, das Mädchen, ich meine die Puppe und die Sachen da drüben. Die Namen stehen jeweils drauf, da wird wohl nichts schiefgehen. Und hier ist noch ein Zettel, auf dem ein paar Unarten der Kinder notiert sind, reden Sie ihnen mal ins Gewissen, aber verängstigen Sie sie nicht, vielleicht genügt es, etwas mit der Rute zu drohen. Und versuchen Sie, die Sache möglichst rasch zu machen, weil wir noch Besuch erwarten.«

Der Weihnachtsmann nickte und packte die Geschenke in den Sack. »Rufen Sie die Kinder schon ins Weihnachtszimmer. Ich komme gleich nach. Und noch eine Frage. Gibt es hier ein Telefon? Ich muß jemanden anrufen.«

»Auf der Diele rechts.«

»Danke.«

Nach einigen Minuten war dann alles soweit. Mit dem Sack über dem Rücken ging der Student auf die angelehnte Tür des Weihnachtszimmers zu. Einen Moment blieb er stehen. Er hörte die Stimme von Herrn Lemm, der gerade sagte: »Wißt ihr, wer jetzt gleich kommen wird? Ja, Petra, der Weihnachtsmann, von dem wir euch schon so viel erzählt haben. Benehmt euch schön brav . . .«

Fröhlich öffnete er die Tür. Blinzelnd blieb er stehen. Er sah den brennenden Baum, die erwartungsvollen Kinder, die feierlichen Eltern. Es hätte geklappt, jetzt fiel die Falle zu.

»Guten Tag, liebe Kinder«, sagte er mit tiefer Stimme. »Ihr seid also Thomas und Petra. Und ihr wißt sicher, wer ich bin, oder?«

»Der Weihnachtsmann«, sagte Thomas etwas ängstlich.

»Richtig. Und ich komme zu euch, weil heute Weihnachten ist. Doch bevor ich nachschaue, was ich alles in meinem Sack habe, wollen wir erst einmal ein Lied singen. Kennt ihr ›Stille Nacht, heilige Nacht‹? Ja? Also!«

Er begann mit lauter Stimme zu singen, doch mitten im Lied brach er ab. »Aber, aber, die Eltern singen ja nicht mit! Jetzt fangen wir alle noch mal von vorne an. Oder haben wir den Text etwa nicht gelernt? Wie geht denn das Lied, Herr Lemm?«

Herr Lemm blickte den Weihnachtsmann befremdet an. »Stille Nacht, heilige Nacht, alles schläft, einer wacht . . .«

Der Weihnachtsmann klopfte mit der Rute auf den Tisch: »Einsam wacht! Weiter! Nur das traute . . .«

»Nur das traute, hochheilige Paar«, sagte Frau Lemm betreten, und leise fügte sie hinzu: »Holder Knabe im lockigen Haar.«

»Vorsagen gilt nicht«, sagte der Weihnachtsmann barsch und hob die Rute. »Wie geht es weiter?«

»Holder Knabe im lockigen . . .«

»Im lockigen Was?«

»Ich weiß es nicht«, sagte Herr Lemm. »Aber was soll denn diese Fragerei? Sie sind hier, um . . .«

Seine Frau stieß ihn in die Seite, und als er die erstaunten Blicke seiner Kinder sah, verstummte Herr Lemm.

»Holder Knabe im lockigen Haar«, sagte der Weihnachtsmann, »Schlaf in himmlischer Ruh, schlaf in himmlischer Ruh. Das nächste Mal lernen wir das besser. Und jetzt singen wir noch einmal miteinander: ›Stille Nacht, heilige Nacht‹.«

»Gut, Kinder«, sagte er dann. »Eure Eltern können sich ein Beispiel an euch nehmen. So, jetzt geht es an die Bescherung.

Die nebenstehende Weihnachtsgeschichte fanden wir in dem Buch „Die Blusen des Böhmen" von Robert Gernhardt.



Wir wollen doch mal sehen, was wir hier im Sack haben. Aber Moment, hier liegt ja noch ein Zettel!« Er griff nach dem Zettel und las ihn durch.

»Stimmt das, Thomas, daß du in der Schule oft ungehorsam bist und den Lehrern widersprichst?«

»Ja«, sagte Thomas kleinlaut.

»So ist es richtig«, sagte der Weihnachtsmann. »Nur dumme Kinder glauben alles, was ihnen die Lehrer erzählen. Brav, Thomas.«

Herr Lemm sah den Studenten beunruhigt an.

»Aber . . .«, begann er. »Sei doch still«, sagte seine Frau.

»Wollten Sie etwas sagen?« fragte der Weihnachtsmann Herrn Lemm mit tiefer Stimme und strich sich über den Bart.

»Nein.«

»Nein, lieber Weihnachtsmann, heißt das immer noch. Aber jetzt kommen wir zu dir, Petra. Du sollst manchmal bei Tisch reden, wenn du nicht gefragt wirst, ist das wahr?« Petra nickte.

»Gut so«, sagte der Weihnachtsmann. »Wer immer nur redet, wenn er gefragt wird, bringt es in diesem Leben zu nichts. Und da ihr so brave Kinder seid, sollt ihr nun auch belohnt werden. Aber bevor ich in den Sack greife, hätte ich gerne etwas zu trinken.« Er blickte die Eltern an.

»Wasser?« fragte Frau Lemm.

»Nein, Whisky. Ich habe in der Küche eine Flasche ›Chivas Regal‹ gesehen. Wenn Sie mir davon etwas einschenken würden? Ohne Wasser, bitte, aber mit etwas Eis.«

»Mein Herr!« sagte Herr Lemm, aber seine Frau war schon aus dem Zimmer. Sie kam mit einem Glas zurück, das sie dem Weihnachtsmann anbot. Er leerte es und schwieg.

»Merkt euch eins, Kinder«, sagte er dann. »Nicht alles, was teuer ist, ist auch gut. Dieser Whisky kostet etwa 50 DM pro Flasche. Davon müssen manche Leute einige Tage leben, und eure Eltern trinken das einfach 'runter. Ein Trost bleibt: der Whisky schmeckt nicht besonders.«

Herr Lemm wollte etwas sagen, doch als der Weihnachtsmann die Rute hob, ließ er es.

»So, jetzt geht es an die Bescherung.«

Der Weihnachtsmann packte die Sachen aus und überreichte sie den Kindern. Er machte dabei kleine Scherze, doch es gab keine Zwischenfälle, Herr Lemm atmete leichter, die Kinder schauten respektvoll zum Weihnachtsmann auf, bedankten sich für jedes Geschenk und lachten, wenn er einen Scherz machte. Sie mochten ihn offensichtlich.

»Und hier habe ich noch etwas Schönes für dich, Thomas«, sagte der Weihnachtsmann. »Ein Fahrrad. Steig mal drauf.«

Thomas strampelte, der Weihnachtsmann hielt ihn fest, gemeinsam drehten sie einige Runden im Zimmer.

»So, jetzt bedankt euch mal beim Weihnachtsmann!« rief Herr Lemm den Kindern zu. »Er muß nämlich noch viele, viele Kinder besuchen, deswegen will er jetzt leider gehen.«

Thomas schaute den Weihnachtsmann enttäuscht an, da klingelte es. »Sind das schon die Gäste?« fragte die Hausfrau.

»Wahrscheinlich«, sagte Herr Lemm und sah den Weihnachtsmann eindringlich an. »Öffne doch.«

Die Frau tat das, und ein Mann mit roter Kapuze und rotem Mantel, über den ein langer weißer Bart wallte, trat ein. »Ich bin Knecht Ruprecht«, sagte er mit tiefer Stimme.

Währenddessen hatte Herr Lemm im Weihnachtszimmer noch einmal behauptet, daß der Weihnachtsmann jetzt leider gehen müsse. »Nun bedankt euch mal schön, Kinder«, rief er, als Knecht Ruprecht das Zimmer betrat. Hinter ihm kam Frau Lemm und schaute ihren Mann achselzuckend an.

»Da ist ja mein Freund Knecht Ruprecht«, sagte der Weihnachtsmann fröhlich.

»So ist es«, erwiderte dieser. »Da drauß' vom Walde komm ich her, ich muß euch sagen, es weihnachtet sehr. Und jetzt hätte ich gerne etwas zu essen.«

»Wundert euch nicht«, sagte der Weihnachtsmann zu den Kindern gewandt. »Ein Weihnachtsmann allein könnte nie all die Kinder bescheren, die es auf der Welt gibt. Deswegen habe ich Freunde, die mir dabei helfen: Knecht Ruprecht, den heiligen Nikolaus und noch viele andere . . .«

Es klingelte wieder. Die Hausfrau blickte Herrn Lemm an, der so verwirrt war, daß er mit dem Kopf nickte; sie ging zur Tür und öffnete. Vor der Tür stand ein dritter Weihnachtsmann, der ohne Zögern eintrat. »Puh«, sagte er. »Diese Kälte! Hier ist es beinahe so kalt wie am Nordpol, wo ich zu Hause bin!«

Mit diesen Worten betrat er das Weihnachtszimmer. »Ich bin Sankt Nikolaus«, fügte er hinzu, »und ich freue mich immer, wenn ich brave Kinder sehe. Das sind sie doch – oder?«

»Sie sind sehr brav«, sagte der Weihnachtsmann. »Nur die Eltern gehorchen nicht immer, denn sonst hätten sie schon längst eine von den kalten Platten und etwas zu trinken gebracht.«

»Verschwinden Sie!« flüsterte Herr Lemm in das Ohr des Studenten.

WIR KÄMPFEN FÜR DAS GEBORENE LEBEN

FRANKFURT 28. November

Frauen aus den Frauenzentren Frankfurt und Neu-Isenburg schickten uns eine Presseerklärung:

„Wie aus der Frankfurter Rundschau vom 7.11., 12.11. und 18.11. zu entnehmen war, organisierten der „christliche Aktionskreis" und der Verein „Lebensrecht für alle" in Lindenfels im Odenwald einen Aktions- und Sühnetag am 22.11.78.

Dieser Ort war ausgesucht worden, weil hier in einer Privatklinik legale Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Da dem Aktionskreis weder die Kirche noch das Bürgerhaus zur Verfügung gestellt wurden, fand die Kundgebung um (15 Uhr) auf einem Parkplatz statt.

Für etwa 200 Anhänger des Aktionskreises redeten der Mediziner Professor Dr. Lucius Maiwald, die CDU-Bundestagsabgeordnete Erna Maria Geier und der katholische Pfarrer und Journalist Walter Ramm. Gleichzeitig protestierten etwa ebensoviele Mitglieder von Frauengruppen und Bürgerinitiativen gegen die Veranstaltung.

Von Anfang an verstrickten sich die Veranstalter bei ihren Reden in Widersprüche und gebrauchten haarsträubende Argumente: u.a. Judenvernichtung im Faschismus und Abtreibung heute wurden in einem Atemzug als Massenmord genannt und gleichgesetzt. Der Geburtenrückgang des deutschen Volkes wurde gegenüber der steigenden Geburtenzahl von „Untermenschen" als erschreckende Zukunftsvision aufgezeigt. Die Entscheidung der Frau für einen Schwangerschaftsabbruch weist nach Meinung der Redner lediglich auf die individuelle Bequemlichkeit und Verantwortungslosigkeit der Frauen hin. Den Frauen wurde weiterhin vorgeworfen, kein Verantwortungsbewußtsein für die Altersversorgung des deutschen Volkes zu haben.

Zum Abschluß der Kundgebung heizte Pfarrer Ramm seine Anhänger in bester demagogischer Manier unter anderem mit folgenden Parolen an: „Lindenfels — Lindentod" - „9.000 ermordete Kinder" - „Mörder raus!"........

Mit unserer Anwesenheit bei der Veranstaltung haben wir Gegenöffentlichkeit hergestellt und verhindert, daß die Ziele der Veranstalter unwidersprochen blieben. In Sprechchören, mit Transparenten und dem folgenden Flugblattext machten wir auf die unwürdige Situation geborener Kinder und ihrer Mütter aufmerksam.

Von wütenden Anhängern des Aktionskreises wurden wir gewaltsam angegriffen und beschimpft:

„Die gehören eh alle abgetrieben"

„Auf zur Vergewaltigung auf der Herdplatte"........

Solange es immer noch keine kinderfreundlichen und menschenwürdigen Lebensbedingungen sowie keine ausreichend unschädlichen und zuverlässigen Verhütungsmittel gibt, müssen wir weiter für die Notlösung des uneingeschränkten legalen Schwangerschaftsabbruch kämpfen.

Kontakt: Frauenzentrum Eckenheimer Landstraße 72, 6000 Frankfurt und: Buchenbusch 29, 6078 Neu-Isenburg

WIR TRAUERN

UM DIE UNZÄHLIGEN GEBORENEN KINDER, DIE HUNGERN VERNACHLÄSSIGT WERDEN IN DEN SELBSTMORD GETRIEBEN WERDEN IN HEIMEN LEBEN OHNE FREIHEITSRAUM UND UNGELIEBT SIND UND DEREN MÜTTER.

WIR SIND FÜR WUNSCHKINDER, DESHALB SETZEN WIR UNS FÜR BESSERE LEBENSMÖGLICHKEITEN FÜR KINDER UND FRAUEN EIN UND FORDERN DEN

SCHUTZ DES GEBORENEN LEBENS!



Foto: Die im obigen Bericht genannten Vereine full in action

MANNESMÄNNER MÖGENS HEISSER: KEINE FAULEN KOMPROMISSE

DUISBURG
5. Dezember

Bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen war am 4. Dezember Streikversammlung. Hier sind die drei Resolutionen der Streikenden und Ausgesperrten: für bundesweite Solidaritätsaktionen und gegen die Aussperrung – auch wenn sie „Berufsverbot" heißt. Die Beschlüsse sprechen eine unabhängige Sprache, auch gegenüber der IG Metall.

1. RESOLUTION zur Aufnahme von WARNSTREIKS

An die Industriegewerkschaft Metall – Vorstand –

Wir, die Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten der Mannesmann AG Hüttenwerke, Duisburg-Huckingen am 4.12.1978, fordern Euch auf, die vom Kollegen Steinkühler vorgeschlagenen Solidaritätsaktionen bundesweit zu organisieren.

2. RESOLUTION zu DGB-Solidaritätsaktionen

An den DGB-Landesbezirk NRW, z.Hd. Kollege Siegfried Bleicher

Wir, die Versammlung der Streikenden, Ausgesperrten und Auszubildenden der Mannesmann AG Hüttenwerke, Duisburg-Huckingen am 4.12.1978, fordern Euch auf, Solidaritätsaktionen in allen DGB-Gewerkschaften zur Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten zu organisieren.

3. RESOLUTION gegen AUSSPERRUNG

An die Ministerpräsidenten-Konferenz zu Düsseldorf am 6.12.1978

Wir, die ausgesperrten Stahlarbeiter der Mannesmann AG Hüttenwerke, Duisburg-Huckingen, erleben jetzt am eigenen Leib, was es heißt, seinen Beruf nicht ausüben zu dürfen. Damit sind wir in der gleichen Situation wie jene Kollegen und Kolleginnen, die wegen ihrer Meinung nicht in den Öffentlichen Dienst übernommen werden.
Wir fordern für uns wie auch für diese Kolleginnen und Kollegen, unsere Arbeit unbehindert ausüben zu können.

Daher fordern wir:

- Sofortiges Verbot der Aussperrung
- Sofortige ersatzlose Streichung des sogenannten 'Radikalenerlasses'."

EIN VOLLSTREIK (das ist noch kein Generalstreik, wohlgemerkt) TUT NOT

Am Abend des gleichen Tages fanden Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt, die nach wenigen Stunden geplatzt sind. Am nächsten Morgen, 5. Dezember, ließ sich die Große Tarifkommission der Gewerkschaft in der Mülheimer Stadthalle darüber berichten. Die Mannesmann-Vertrauensleute riefen alle Streikenden und Ausgesperrten dazu auf, hinzufahren und ihre Meinung zu sagen:

„Wir führen seit Dienstag vergangener Woche einen Arbeitskampf für

- die Einführung der 35-Stunden-Woche und
- die volle Durchsetzung der 5 Prozent.

Und wir sind nicht der Ansicht, daß es in der Großen Tarifkommission zu einer Beratung über ein Angebot kommen kann und darf, das diese Forderung nicht berücksichtigt.

KEINE FAULEN KOMPROMISSE

Weiterhin wollen wir der Großen Tarifkommission unser Vorschläge mit auf den Weg geben, von denen wir meinen, daß sie allein geeignet sind, die Unternehmer in die Knie zu zwingen, wenn es nicht zu einem tragbaren Verhandlungsergebnis kommt.
Im Werk Duisburg-Hochfeld haben (nach „Revier" vom 2. Dezember) Vertrauensleute und Betriebsrat alle von der Werksleitung beantragten Überstunden abgelehnt und dadurch verhindert, daß Thyssen-Niederrhein nach der Aussperrung in Werk Oberhausen den wichtigsten Teil der Produktion dort auswalzen ließ. Sogar die eigene Normalproduktion wurde dadurch noch abgedrosselt.

BETRIEBE–LAUTER BETRIEBE–BETRIEBE–VIELE B

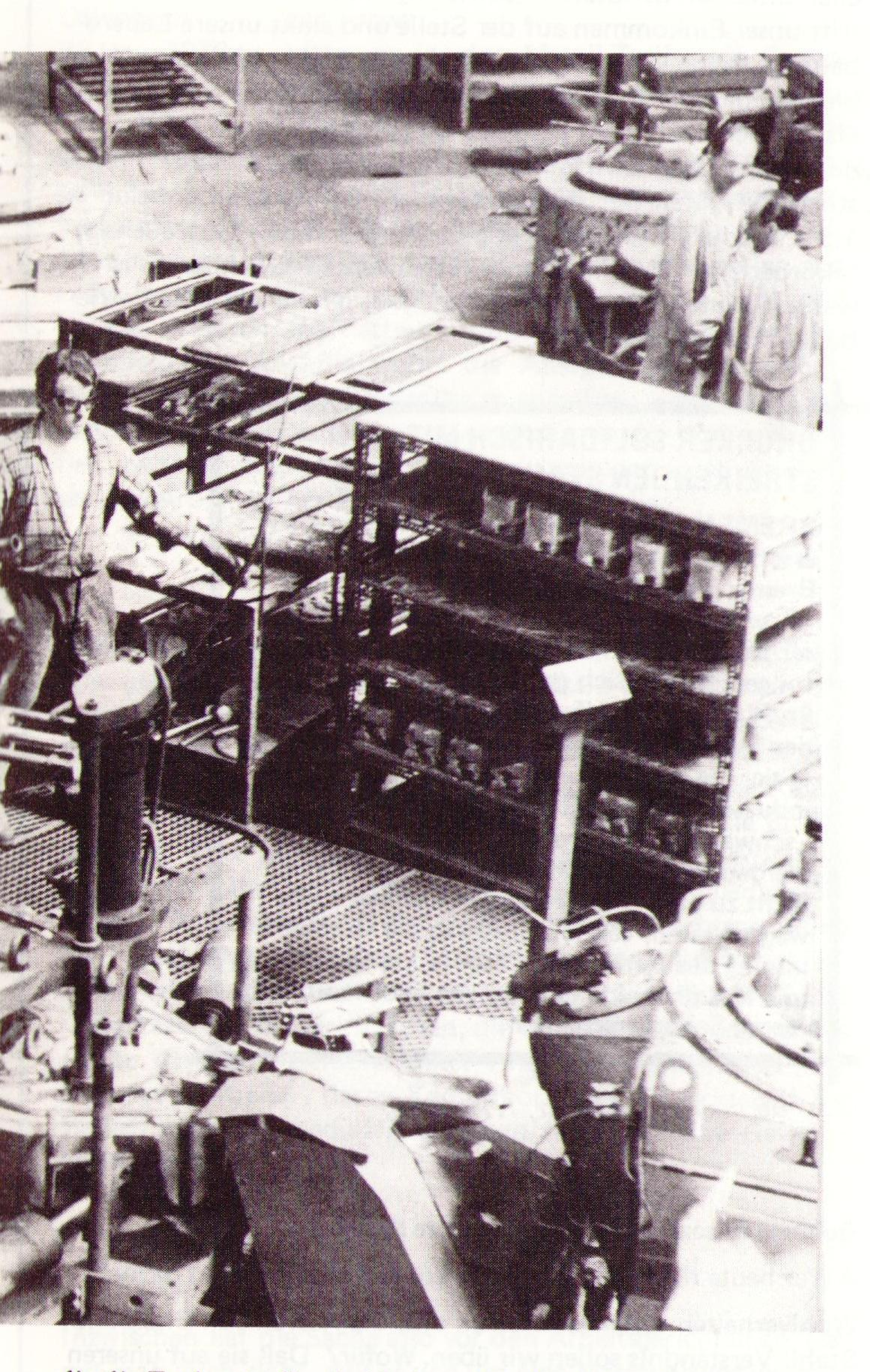


Gleich am ersten Streiktag wollte der Verhandlungsführer der Unternehmer, Weisweiler von Mannesmann, in „seinem" Werk Duisburg-Huckingen feststellen, daß er ohne Ausnahme-Ausweis der Streikleitung nicht reinkam. Was erst nur ein Spaß für die Streikposten war, hat sich danach zum juristischen Konflikt ausgeweitet:

Einstweilige Verfügung bei Mannesmann-Huckingen

Als Antwort auf die Betrugsversuche der Werksleitung bezüglich der Ausweise der IG Metall sind Torkontrollen bei Mannesmann verschärft worden. Die außertariflichen (AT-) Angestellten müssen sich im Streiklokal einen Tagesstempel holen. Sie weigerten sich. Es wurde eine einstweilige Verfügung gegen die Streikleitungen in Essen (Herb), in Duisburg (Bulitz) und gegen den Vertrauensleutekörper-Leiter Stommel von Mannesmann beantragt. Gestern nachmittag wurde diese dem Vertrauensleutekörper-Leiter durch einen Gerichtsvollzieher überreicht. In dieser einstweiligen Verfügung sind Auflagen für die Streikposten gemacht,

ETRIEBE–MORDSBETRIEB–BETRIEBE–TRIEBSAL



die die Torkontrollen behindern. Ein drei Meter breiter Durchgang muß von der Postenkette offengelassen werden. Freier Durchgang darf nicht durch irgendwelche Maßnahmen behindert werden. Die Kollegen Herb, Bulitz und Stommel werden mit Strafen von 10.000 Mark oder 6 Monaten Haft für den Fall des Zuwiderhandelns bedroht. Die Kollegen von Mannesmann überlegen gemeinsam mit der örtlichen und zentralen Streikleitung, welche Gegenmaßnahmen zu treffen sind.

Hoffentlich erinnern sich die Streikposten an den Geistesblitz der schwäbischen Metallstreiker im Frühjahr: „Messerscharf hen se g'schlosse, daß es G'richt net gsait hot, wie h o c h de Gass soi mueß, un do isch dene aatee-Ang'schtellte bloß oi Meter g'bliebe."

Kontakt mit den Streikenden und Ausgesperrten *und Informationen über den Streik, Material- und Fotodokumentation für Solidaritätsaktionen anderer Betriebe:* **Aktueller betrieblicher Pressedienst REVIER, Zeitung für das Ruhrgebiet, Siegstr. 15, 4100 Duisburg 1, Tel.: 0203 / 34 00 83.**

DIESES LEBEN IST EIN BETRUG
UND 35 STUNDEN SIND MEHR ALS GENUG –

sangen die „Schmetterlinge" in der Streikversammlung in der Hüttenschänke in Duisburg

STAHLSTREIK: DIE 35 STUNDEN STEHEN FÜR LEBEN

DUISBURG
4. Dezember

Seit dem 28. November machen im Ruhrgebiet und in Nordwestdeutschland 37.000 Leute keinen Stahl mehr. Hier ist die Liste der Betriebe (mit der Zahl der Streikenden):

– Dortmund: Westfalenhütte (Hoesch) (9 000)
– Duisburg-Huckingen: Thyssen-Beeckerwerth (13.800)
– Duisburg-Hamborn: Krupp-Stahlwerke Südwestfalen (800)
– Düsseldorf:

– Dortmund: Westfalenhütte (Hoesch) (9.000)
– Duisburg-Huckingen: Mannesmann und Kammerich-Werke (8.300)
– Duisburg-Hamborn: Thyssen-Beeckerwerth (13.800)
– Dillenburg (Hessen): Krupp-Stahlwerke Südwestfalen (800)
– Düsseldorf-Benrath: Krupp-Stahlwerke Südwestfalen (650)
– Duisburg-Meiderich: Thyssen (500)
– Brackwede bei Bielefeld: Kammerich-Stahlform (Mannesmann) (1.600)
– Duisburg-Hüttenheim: Thyssen (1.400)

Drei Tage danach, am 1. Dezember, sperrten die Unternehmer die Streikenden und zusätzlich 29.000 Stahlarbeiter aus. Die schauen sich jetzt die folgenden Werke von außen an:

– Oberhausen: Thyssen Niederrhein (7.000)
– Mühlheim (Ruhr): Mannesmann-Röhrenwerk (6.000)
– Dortmund: Hoesch-Hüttenwerk, Phönix-Werke (6.500)
– Osnabrück: Klöckner-Georgsmarienwerke (4.000)
– Hohenlimburg (bei Hagen): Fried-Krupp-Hüttenwerke (1.000)
– Werdohl (Sauerland) : Fried.Krupp-Hüttenwerke (800)
– Niederschelden (Westfalen): Krupp-Stahlwerke Südwestfalen (1.400)
– Hagen: Krupp-Stahlwerke Südwestfalen (2.200)

Dazu feiern weitere 13.000 Leute, die in den bestreikten Werken gar nicht streiken wollten (meistens Nichtmitglieder der IG Metall), aber ausgesperrt wurden.

Die 35-Stunden-Woche (oder jedenfalls ein "Durchbruch" auf dem Weg dorthin, das entscheidende Ziel des Streiks, ist mehr als einfach nur Freizeit, die genausogut – wie die Unternehmer sagen – an den Jahresurlaub drangehängt werden könnte. Es geht um den Alltag in der Arbeit, um die Wechselschicht, um das Bleifressen und die Hitze und die Nerven. Es geht um die Entlassungen in den Regionen, wo es neben der Stahl-Rationalisierung noch die Bergbau-Sanierung, die Werftenkrise und so weiter und so weiter gibt – alles, nur keine Möglichkeiten für Tausende von wegrationalisierten Stahlarbeitern, ihr Geld anderswo zu verdienen. Ein Duisburger Streiker: "Und wenn es nur die 38 Stunden wären – das wäre bei uns schon eine komplette Halbschicht mit 500 Leuten, die sie neu einstellen müßten. Der Jahresurlaub bringt's nicht – der bringt nicht die Erholung und bringt nicht die Arbeitsplätze."

Die bürokratische Streikverwaltung redet von diszipliniertem, "ordnungsgemäßen" Streikverlauf. Aber wo sind eigentlich Disziplin und Ordnung, wenn in der Muster-Branche der paritätischen Mitbestimmung gestreikt und ausgesperrt wird? Und in Bremen haben die Setzer des Weser-Kurires ein großen weißes Loch schöner gefunden als eine Propagandaanzeige der Metallindustriellen. In Stuttgart sprach Franz Steinkühler, der dortige IG-Metall-Bezirksleiter, von bundesweiten Solidaritätsaktionen, bis ihn der große Vorsitzende Loderer zurückpfiff. Der Hintergrund: noch steht die 35-Stunden-Woche nicht auf der Wunschliste der Metallarbeiter bei Daimler, Siemens, AEG und wie sie alle heißen. Warum nicht? ? ?

VIER ARGUMENTE FÜR DEMONSTRATION-URABSTIMMUNG-STREIK

Die Vertrauensleute von Mannesmann in Duisburg–Huckingen sagen in ihrem Flugblatt zum Streik:

1. Ausdehnung der Streiks zum Vollstreik aller Betriebe im Tarifbezirk. Alle Betriebe in die Kampffront einreihen. Diese Notwendigkeit hat heute morgen auf der Streikversammlung der Kollege Knapp aus unserer Sicht noch einmal ausführlich erläutert. Ohne Vollstreik besteht ausreichende Möglichkeit für die Unternehmen, Produktion aus bestreikten oder ausgesperrten Betrieben umzudirigieren.
2. Bundesweite Solidaritätsaktionen der IG Metall mit den Streikenden, so wie sie vom Kollegen Steinkühler vorgeschlagen worden sind.
3. Solidaritätsaktionen des DGB zur Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten."

Der Vollstreik ist auch deshalb nötig, weil die Kollegen in den nichtbestreikten Betrieben sonst Gefahr laufen, gegen ihren Willen zu Streikbrechern zu werden. Auf der Streikversammlung bei Mannesmann wurde zum Beispiel erwähnt, daß Thyssen im Werk Ruhrort, das weder ausgesperrt ist noch im Streik steht, und das lange Kurzarbeit gehabt hatte, einen Teil ihrer Produktion machen läßt. Die Arbeitgeber haben angeblich sogar eine Koordinationsstelle für Terminaufträge eingerichtet – und weil ohnehin die meisten Stahlwerke weit unter Kapazität betrieben wurden, läßt sich der „Schwerpunkt"streik auf diese Weise leicht unterlaufen.

Quittung für die Stillegungen

1 Die 35-Stunden-Woche sichert unsere Arbeitsplätze
Massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen an der Saar und schleichender Abbau der Belegschaften überall im Lande seit Anfang der 70er Jahre sind uns allen bekannt. Erinnert sei insbesondere an Kalldorf (bei Düsseldorf), Reisholz, Mündelheim (Duisburg), Kammerich Verlin und Kammerich Bielefeld (gehört alles Mannesmann). Und bis Anfang der 80er Jahre sollen weitere 50.000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie folgen. Allein in diesem Jahr gehen Monat für Monat 1000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie verloren.
Und wie sieht es auf der Hütte aus? Rund 500 Kollegen haben wir in den letzten Jahren verloren. Für die guten Leistungen dankt uns der Werksvorstand – aber wie? Er verschweigt uns, daß in den nächsten Jahren auf der Hütte rund 2.000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. D.h.: Jeder fünfte Kollege soll nach dem Willen des Werksvorstandes als Dank für die hervorragenden Profite von Mannesmann auf der Strecke bleiben.

Dagegen hilft nur eins: Massiver Abbau der Arbeitszeit jetzt! 5 Stunden weniger pro Woche heißt für die nächsten Jahre: Sicherheit für die jetzige Belegschaft. Die 5. Schicht muß her!

Quittung für die Schwerbehinderten

2 Die 35-Stunden-Woche gleicht extreme Arbeitsbelastungen aus!

10% der Belegschaft werden als Schwerbehinderte anerkannt. Vor 5 Jahren waren das erst 5 %. Das rapide Ansteigen dieser Zahlen, die nach wie vor hohe Quote von Unfällen (3.230 in 1977), die 8 Todesfälle des vergangenen Jahres, die Qualen von Wechsel- und Nachtschicht, eure Kopf- Magen und Kreislaufbeschwerden – all das sind keine individuellen Krankheiten und Wehwehchen, die mit Tabletten zu kurieren wären. Das sind Folgen einer Arbeitsweise und eines Arbeitstempos, das uns immer früher unserer Lebenskraft und unserer Gesundheit beraubt. Welches Unternehmen nimmt denn heute noch Kollegen, die das 50 Lebensjahr überschritten haben? Die sind verbraucht, kaputt, ausgesogen von der Maloche für den Profit und als Dank dafür dürfen sie gehen. Als Dank für die guten Leistungen abgeschoben aus Abstellgleis. Dagegen hilft nur eins: Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit! Weniger Stunden pro Woche unter unmenschlichen Belastungen. Mehr Zeit haben für Familie, Freizeit und Politik. Die Lebenserwartung verlängern.

Quittung für den Lohnstillstand

3 In den letzten Jahren sind wir ärmer geworden – die Unternehmer reicher geworden. Die Dividenden der Firma Mannesmann erreichen ungeahnte Höhen. Es kann nicht verheimlicht werden, daß enorme Gewinne gemacht werden. Wir aber hören seit Jahren nur andere Töne: Lohnverzicht führt aus der Krise, Lohnverzicht sichert Arbeitsplätze, Lohnverzicht ist der wirtschaftlichen Situation der Stahlindustrie angemessen. Und seit Jahren tritt unser Einkommen auf der Stelle und sinkt unsere Lebenshaltung. Damit für uns nicht nur schöne und hohle Worte übrig bleiben, müssen wir für die volle Durchsetzung der 5 % eintreten, Das ist sicherlich nicht das, was wir gefordert haben (35-Stunden-Woche, Lohntarifforderung 9,5 % ausgerechnet aus: Preisanstieg 3,5 %, Mehrwertsteuererhöhung 1 %, Steuerprogression 1, 1,5%, Produktivitätssteigerung im Vorjahr 3,5%, Vertrauensleutekörperleitung Mannesmann Hüttenwerke AG). Aber es ist das, was wir heute gemeinsam mit den Kollegen der anderen Betriebe durchsetzen können.

DRUCKER SOLIDARISCH MIT STREIKENDEN STAHLARBEITERN

BREMEN (HB). – Mit einer halbleeren Seite erschienen am Mittwoch die beiden großen Bremer Tageszeitungen „Weserkurier" und „Bremer Nachrichten". Die Drucker der Weser-Kurier GmbH, Herausgeberin beider Zeitungen, hatten sich geweigert, ihre Arbeitskraft für die Veröffentlichung einer Anzeige der Metall-Arbeitgeber einsetzen zu lassen, in der die streikenden Kollegen in der Stahlindustrie und ihre Gewerkschaft als „schwachsinnige Erpresser" verunglimpft werden sollten. Nachdem die Auftraggeber nicht zu einer Änderung der Anzeige zu bewegen waren, verzichtete auch die Geschäftsleitung des Verlages auf eine Veröffentlichung und ließ die beiden Zeitungen lieber mit halbleeren Seiten erscheinen.

(aus: Berliner Extradienst, 1.12.1978)

Quittung für sozialen Frieden auf unsere Kosten

4 Wer heute nicht kämpft, kommt nicht ungeschoren davon.

Wohlverhalten verlangen sie von uns, die Herren von Eisen und Stahl. Verständnis sollen wir üben. Wofür? Daß sie auf unseren Knochen Profit machen, daß sie uns nach Belieben in die Kurzarbeit oder Mehrarbeit schicken, daß sie Umbesetzungen, Entlassungen vornehmen, wie sie es wollen. Die willkürliche Kurzarbeit des letzten Jahresn, die Weigerung, notwendige Maßnahmen zum Gesundheitsschutz freiwillig durchzuführen, die Weigerung, über die Abschaffung der unteren Lohngruppen überhaupt mit sich reden zu lassen – all das zeigt, wie stark sich die Unternehmer fühlen. Sie zeigen uns ihr waren Gesicht. Sei scheuen sich nicht, die Existenz unserer Familien, unsere Gesundheit und unser Leben zu ruinieren. Die Aussperrungspraktiken in Baden-Württemberg gegenüber den Metallern und im ganzen Bundesgebiet gegenüber den Druckerkollegen zeigten dies nur deutlich.
Wie wollen wir dagegen bestehen?

Dagegen hilft nur unsere eigene Kraft. Streik, der Stahlarbeiter ist unsere Antwort!

Wer sich von der Moral der Mannesmann-Streiker überzeugen möchte, soll mal im zentralen Streiklokal vorbeischauen oder anrufen: Gaststätte Hüttenschänke, Duisburg–Huckingen, Ecke Ehinger Str./Schulz-Knaudt-Str. (Nähe Tor 1 der Röhrenwerke). Tel. 0203/731-2349.

DAS GROSSE DING DER IG–METALL UND DIE BESETZUNG DER RUNDSCHAU

Der "express" diskutiert: Kampf gegen die Aussperrung durch Betriebsbesetzung?

Lörrach/ Offenbach 28.Nov. 1978 *"Wir lassen uns nicht aussperren, wir streiken vorher".* hatte es in der Metall-Tarifrunde Baden-Württemberg in diesem Frühjahr geheißen. Die Funktionäre der IG-Metall hatten große Mühe, die Taktik des Schwerpunktstreiks zu rechtfertigen. Wilde Streiks "drohten". Wenn auch nicht alle Kollegen besonders streiklustig waren: sich einfach von den Kapitalisten heimschicken zu lassen, ohne vorher auf den Putz gehauen zu haben, ging vielen erst recht gegen den Strich. Die IG-Metall aber wollte nicht, daß sie alle streikten. Sie hatte ein ganz großes Ding vor den Arbeitsgerichten vor. Sie wollte die Aussperrung für unrechtmäßig erklären lassen. Das sollte so aussehen: wenige streiken, aber viele werden ausgesperrt; wo bleibt da die Waffengleichheit zwischen Kapital und Arbeit? Inzwischen läuft das Ding vor den Arbeitsgerichten schon eine ganze Weile.

Exkurs: Wem schadet die Aussperrung?

Aussperrung, das heißt: wenn in einigen Betrieben einer Branche gestreikt wird (Schwerpunktstreiks), dann sperren die Unternehmer in anderen Betrieben der Branche die Beschäftigten aus, und zwar ganz nach ihrem Belieben (in Baden z.B. vor allem Arbeiter, aber kaum Angestellte!). Soweit die Ausgesperrten Gewerkschaftsmitglieder sind, bekommen sie Streikgeld aus ihrer Gewerkschaftskasse, die anderen bekommen nichts und sollen auf Streik und Gewerkschaftsmitglieder ssauer sein. Das Arbeitsamt darf nach geltender Rechtsprechung den Ausgesperrten keine Arbeitslosenunterstützung zahlen. Damit erfüllt die Aussperrung zwei Funktionen: sie leert 1. die Kriegskasse der Gewerkschaften, die durch Schwerpunktstreiks gerade geschont werden sollte. Und sie demoralisiert (2.) diejenigen Arbeiter, deren Kampfmoral die Gewerkschaft für ähnlich schonungsbedürftig gehalten hatte wie ihre Gewerkschaftskasse.

Massenhaft Klagen, aber das alte Urteil

Inzwischen lief die Sache also vor den Arbeitsgerichten an. Damit man auch sieht, daß es sich um eine Massenbewegung handelt und nicht nur um eine Stellvertreteraktion des Gewerkschaftsapparates, wurden 34.000 Einzelklagen auf Lohnfortzahlung für die Zeit der Aussperrung zu den Arbeitsgerichten getragen, und zwar in Waschkörben und begleitet von Demonstrationen. Außerdem hofften die Gewerkschaften mit diesen Massen von Einzelklagen, daß es zu Widersprüchen zwischen den vielen Einzelurteilen käme, die es dann den nächsthöheren Gerichten schwermachen würde, an der bisherigen Rechtsprechung zugunsten der Aussperrung festzuhalten.

Inzwischen sind in der ersten Instanz fast alle Klagen der Arbeiter abgewiesen worden. In der weit überwiegenden Mehrzahl sind die Prozesse also für die Kollegen verloren. Die Gerichte hielten sich an die bisherige Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, das die Aussperrung rechtmäßig findet. Nur die Arbeitsgerichte von Lörrach, Stuttgart und Frankfurt erklärten die Aussperrung für rechtswidrig. (Das Lörracher Urteil ist in der Frankfurter Rundschau vom 7.9.1978 abgedruckt.) So hat das nächsthöhere Gericht wahrscheinlich keine große Mühe, die Aussperrung einheitlich für rechtsmäßig zu erklären. Insofern ist das große Ding der IG-Metall also geplatzt. War das vorauszusehen?

War das große Ding ein kleiner Trick?

Konnten die Funktionäre der IG-Metall schon in diesem Frühling wissen, wie die ganze Sache vor den Gerichten ausgehen würde? Haben sie damals bei der Tarifrunde in Baden-Württemberg die Vertröstung auf die Klagekampagne gegen die Aussperrung auch dafür eingesetzt, um Streiklust abzubügeln?



Betriebsbesetzung: Wo sonst kämpfen?

Vor solchem Hintergrund wird die alte Frage wieder heiß, ob die Gerichte eigentlich die richtige Adresse für den Kampf gegen die Aussperrung sind. Im "express", der Betriebs- und Gewerkschaftszeitung des Sozialistischen Büros Offenbach, gibt es jetzt darüber eine Diskussion. Im "express" Nr.9 vom September schreiben Rainer Erd und Eugen Rebel:

"Weder Gesetzgeber noch Rechtsprechung können realistischerweise zum Adressaten der Verbotsforderung gemacht werden. Diese muß vielmehr in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Kapital durchgesetzt werden."

Und sie krönen ihre Belehrung mit einem Beispiel:

"Wie dies geschehen konnte, zeigt die Aktion der Drucker und Setzer der 'Frankfurter Rundschau' während der diesjährigen Aussperrung in der Druckindustrie. Die Kollegen der 'Frankfurter Rundschau' (und die hauptamtlichen Funktionäre der IG Druck) hatten im Verlaufe des Arbeitskampfes 1976 die Erfahrung gemacht, daß ein Kampf gegen die Aussperrung dann

besonders erschwert ist, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlassen haben. Die Logik der Aussperrung besteht gerade darin, den Anhängig Beschäftigten die Aktionsbasis zu entziehen: den Arbeitsplatz. Außerhalb des Betriebes können die Ausgesperrten der Unternehmensstrategie außer Kundgebungen und Demonstrationen nichts mehr entgegensetzen. Ein aktiver Kampf gegen die Aussperrung setzt deshalb die Betriebsbesetzung voraus."

Und so wurde die 'Frankfurter Rundschau' also besetzt (wer es vergessen hat, kann in seinem ID Nr. 221 vom 18. März 78 nachschlagen, wie alles wirklich war).

Im "express" Nr. 10 vom Oktober antwortet Edgar Weick auf den Artikel von Rainer Erd und Eugen Rebel und Stephan Voswinkel schickt ein Eingesandt zum Thema Aussperrung. In Stephan Voswinkels Augen ist auf Staat und Rechtsprechung auf die Dauer immer noch mehr Verlaß als auf die Kampfentschlossenheit der Kollegen; deshalb verwirft er die "unrealistische" und künstliche Alternative von Betriebsbesetzung und Gang zu Recht und Staat:

"Eine Beschränkung auf die jeweils aktuelle Zurückschlagung von Aussperrungsmaßnahmen in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem Kapital erfordert vielmehr eine nur in seltenen Fällen erreichbare Kampfentschlossenheit. Auch zur Durchsetzung des Rechts auf Koalitionsbildung haben die gewerkschaften ja z.B. selbstverständlich Staat und Rechtsprechung zum Adressaten gemacht."

Warum wurde nur das Rundschau-Haus besetzt?

Deutlicher werden die Standpunkte, wenn es um die Frage geht, warum die Besetzung der Frankfurter Rundschau ein Einzelfall blieb.

Rainer Erd und Eugen Rebel schreiben, in Hessen hätten die Kollegen davon ausgehen können, daß die Polizei das besetzte Rundschau-Haus nicht räumen würde: und zwar, weil Artikel 29 der Hessischen Verfassung Aussperrung verbietet. (Diesen Artikel gibt es in den Verfassungen anderer Bundesländer nicht. Seine Geltung ist umstritten:"Bundesrecht bricht Landesrecht.") So könne die Rechtslage nicht erklären, warum die Betriebsbesetzung in Hessen Schule gemacht habe. Ihre Erklärung: Die Besetzung wurde und wird
"nicht zuletzt auch wegen der Befürchtung des Hauptvorstandes der IG Druck, diese Aktion könne radikale Gruppen zu ähnlichen Aktionen anhalten . . . in der gegenwärtigen Aussperrungsdiskussion beharrlich totgeschwiegen."

Stephan Voswinkel sieht die Sache ganz anders:

"Der Nichteinsatz der Polizei bei der Besetzung der 'Frankfurter Rundschau' ist wohl eher der links-liberalen Imagepflege der FR als der hessischen Verfassung zu danken. Auch deshalb blieb die Besetzung der FR selbst in Hessen ohne Nachfolger."

Kontaktadresse: express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. c/o Sozialistisches Büro, Offenbach.

DELMENHORSTER RUNDSCHAU ERSCHEINT MIT TÜRKISCHER BEILAGE

DELMENHORST 28. November *Seit der Nr. 11 im November 78 hat die "Delmenhorster Rundschau" eine ständige Beiläge für türkische Arbeitnehmer. Das zunächst vierseitige Blatt hat eine Auflage von 2.000 Exemplaren. Zum Themenbereich gehören die zum Teil schlechten Lebensbedingungen der Türken in der Industriestadt Delmenhorst. Die Delmenhorster Rundschau schreibt dazu u.a.:*

TÜRKLER İÇİN AYLIK GAZETE

". . . Mit der türkischen Zeitung "BOYUT" (zu deutsch: Dimension) verwirklichen Türken und Deutsche in Delmenhorst einen vor Monaten erdachten Plan, die Zusammenarbeit auf eine breitere Grundlage zu stellen . . .

Das Konzept: Es schreiben nur Türken für Türken, wir von der Rundschau steuern lediglich ein paar technische Erfahrungen bei. Auf der ersten Seite der türkischen Zeitung wird in deutsch eine kurze Inhaltsübersicht gegeben, wer dann mehr wissen will, müßte sich wegen der Übersetzung einzelner Artikel an die Rundschau wenden . . .

Die Möglichkeit bleibt offen, daß sich die türkischen Freunde eines Tages von uns lösen und ihre Monatszeitung völlig unabhängig und auch technisch in eigener Regie betreiben . . . Unser Eigenlob in Bescheidenheit: Die "Delmenhorster Rundschau" ist damit die erste Alternativzeitung im Lande, der es gelang, trotz eigener Probleme, zusammen mit Türken eine Ausländerzeitung auf die Beine zu stellen."

Kontakt: Rundschauverlag, Postfach 78, 2870 Delmenhorst

ICH BIN SCHWUL

Interview mit Horst, einem schwulen Betriebsrat

Frage: Wie lange bist du schon in einer Schwulengruppe?

Horst: Ich bin seit vier Jahren in der Homosexuellen Aktion Westberlin. Vorher lebte ich sechs Jahr in einer schwulen Zweierbeziehung, einer schwulen Ehe; die Subkultur selbst stank mich an, ich kann mich da nicht produzieren. Mit vielen anderen kam ich 1972 nach der Veranstaltung in der Akademie der Künste in die HAW. Ich lernte Leute kennen, mit meinem Bewußtsein. Mit den führenden Köpfen der Gruppe konnte ich weniger anfangen. Fuß gefaßt habe ich durch eine Selbsterfahrungsgruppe.

Frage: Wann hast du es geschafft am Arbeitsplatz als Schwuler aufzutreten?

Horst: Ich wollte auf keinen Fall mein Schwulsein verstecken. An früheren Arbeitsplätzen wurden Schwule speziell von Fließbandarbeiterinnen diskriminiert, die Männer nur akzeptierten, die sie mal auf den Hintern klatschten. Ich fiel da aus der Rolle. Vor sieben, acht Jahren hat mich das sehr ängstlich gemacht. Als ich vor zwei Jahren in meiner Firma (Metallindustrie) angefangen habe, erklärte ich Kolleginnen und Kollegen offen, daß ich schwul bin. Einige konnten es nicht glauben, meinten, ich mache mir einen Witz daraus: Schwule sähen doch anders aus. Daß einer es von sich aus sagt, das verunsicherte sie.

Frage: Wie unterscheidet sich dein heutiges Auftreten vom früheren?

Horst: In den letzten beiden Jahren arbeitete ich daran, mich als Schwuler zu vermitteln. Manchmal konnten wir ganz lustig und locker über Sexualität sprechen, zumal ich mich von Anfang an als Bärbel (eine Schlagersängerin in der DDR hat denselben Familiennamen) einbrachte. Wir machten auch mal ein Rollenspiel: wir tauschten die Namen und dieses Vertauschen hat zu einem gewissen Reflektieren der eigenen Rolle gebracht. Die Frauen und Mädchen hatten den meisten Spaß einen Mann zu spielen und sich Männernamen zu geben. Ver-

unsichert waren vor allem die Männer, weil sie auf keinen Fall Frauennamen wollten. Wenn männliche Kollegen zickig reagieren, reden wir sie mit Frauennamen an und sagen: 'Die hat wohl heute wieder ihre Tage? ' oder andere Sachen, mit denen sonst Männer Frauen betiteln oder mit ihnen umgehen. Männer reagieren darauf immer geschockt.
Wichtig ist, daß man dafür einen längeren Zeitraum arbeiten muß, bis man akzeptiert wird.

Frage: Uns interessiert, wie sich deine Gewerkschaftsarbeit mit der Arbeit in der Schwulengruppe verträgt: welche inhaltlichen Verknüpfungen oder Störmomente auftraten?

Horst: Wichtiger für mich ist noch, warum ich mich im April 75 zur Betriebsratswahl gestellt habe. Erstens wollten wir den alten Betriebsrat um jeden Preis abwählen, da er eine ziemlich rechte SPD-Politik machte und viele Dinge so verschleierte, daß sie bei uns an der Basis nicht ankamen. Zweitens fühlte ich mich durch meinen Erfahrungsprozeß in der HAW mitverantwortlich, nicht nur in der Schwulengruppe, sondern auch auf anderer Ebene versuchen sollten, die Gesellschaft zu verändern: auch am Arbeitsplatz. Daß rief Ängste hervor, da ich mich vor 500 Leute vorstellen und begründen mußte, warum ich kandidiere: ein Punkt meiner Begründung war die Unterdrückung der Frau im Arbeitsprozeß, mit der ich mich 'identifiziere'! D.h. vom sozialen Druck her. Im Betrieb zählen nur 'die Männer' und das führt zur Ablehnung des Weiblichen ansich.

Frage: Wurde dein Schwulsein zum Hindernis in der Betriebsarbeit?

Horst: Ein Hindernis nur insofern als bei mir 'private' Geschichten nicht so organisiert sind wie in einer heterosexuellen Ehe. Ich eben Nächte in der Subkultur rumhänge und morgens unausgeschlafen bin. Manchmal sind auch Ängste da, wie ich mich bei den 'Fortschrittlichen' als Schwuler vermitteln kann. Manchmal kommen wir darauf zu sprechen im Zusammenhang mit Wohngemeinschaftsdiskussionen. Irgendwie wird aber wenig danach gefragt, obwohl es sie interessiert. Auf eine Kollegenfete nahm ich mal Leute aus der Wohngemeinschaft und meinen Freund mit. Wir schmusten zusammen. Aber keiner beschwerte sich, nahm Anstoß. Sie ignorierten uns entweder oder taten so, als sei es kein Problem; das war schon merkwürdig.

Frage: Wie glaubst du, könnten neue Inhalte in die Gewerkschaftsbewegung eingebracht werden?

Horst: Das ist schwierig, weil die Gewerkschaften ein alter eingefahrener Haufen sind. Schon in Lohn- und Tarifverhandlungen bedeutet es eine große Anstrengung, Festbeträge einzubringen. Forderungen, die lange Jahre inner- und außerhalb des DGB gestellt wurden. Fragen über Sexualität / Homosexualität sind aber weit außerhalb der Gedankenwelt der Gewerkschaften. Da gibt's den 'Hauptwiderspruch' und dann die 'Nebenwidersprüche'.

Frage: Wirkt sich die politische Situation auch auf die Einstellung zur Homosexualität aus?

Horst: Davon habe ich nichts gemerkt.

Aus: Schwuchtel 2 / 3 1976

HABEN SIE IHR STUDIUM BEENDET? WIR BIETEN IHNEN EINE HOFFNUNGSVOLLE ARBEIT AN – ALS SEKRETÄRIN?

FRANKFURT
November

Eine Stellenanzeige der 'Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit' aus der 'Zeit' vom 14.7.78:

NACHWUCHS

Haben Sie als junge **Akademikerin** schon einmal erwogen, beruflichen Einstieg über qualifizierte Sekretärinnen-Positionen zu suchen? Die GTZ bietet Ihnen diese Möglichkeit. Zur Zeit haben wir einige sehr anspruchsvolle Sekretärinnen-Positionen auf Abteilungs-, Hauptabteilungs-leiter und Geschäftsführungsebene zu besetzen (weil die bisherigen STelleninhaberinnen in unserem Unternehmen aufgestiegen sind). Dies sind harte, nüchterne Jobs, die häufig einer Assistentinnenarbeit sehr nahe kommen. Das Bild von dem 'treusorgenden, lieben Vorzimmermädchen' können Sie in diesem Zusammenhang vergessen. Die Anforderungen sind hoch und vielfältig: Selbständigkeit, Umsicht, Initiative, Organisationsvermögen, Sachverstand sind nur einige der Kriterien, die Sie erfüllen müßten. Die Tätigkeitsfelder sind entsprechend breit angelegt. Aufgrund Ihrer qualifizierten Ausbildung werden sie in der Lage sein, sich relativ schnell einzuarbeiten und sachkundig zu machen. Und wenn Sie sich entsprechend bewähren, haben Sie von diesen Positionen aus gute Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung (s.o. auch innerhalb der GTZ. Die GTZ arbeitet im Auftrag des Bundes und anderer Regierungen. Mit ca. 1800 Experten leistet sie gemeinsam mit Partnern in 90 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas Beiträge zur Lösung von Entwicklungsproblemen. Das Spektrum reicht vom landwirtschaftlichen Beratungsprojekt über Gesundheitshilfe bis zur gewerblichen Berufsausbildung. Wir meinen, es lohnt darüber nachzudenken, zumal die Bezahlung recht lukrativ ist (und leistungsabhängig). Bitte bewerben Sie sich mit den üblichen Unterlagen unter Angabe der Kennziffer Ki5 bei der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Dag-Hammerskjoeld-Weg 1, 6236 Eschborn 1

Zwei Mitarbeiterinnen der 'Sozialwissenschaftlichen Foschung und Praxis für Frauen e.V.' in Köln schrieben folgenden Brief an die GTZ (gekürzt):

"Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stellenausschreibung der GTZ in der 'Zeit' vom 14.7.78 scheint uns in mehrerer Hinsicht bemerkenswert:
Zum einen macht sie sich die momentan sehr ungünstige Arbeitsmarktlage der Hochschulabsolventen zunutze, bietet sie doch Beschäftigungsmöglichkeiten in Arbeitsfeldern, die bislang kein Studium voraussetzten. Zum anderen wendet sie sich – und darauf kommt es uns hier in erster Linie an – ausschließlich an Frauen, obwohl es – wie jeder weiß – auch arbeitslose Jungakademiker männlichen Geschlechts in Hülle und Fülle gibt. Offenbar kann man ihnen nicht zumuten, unterqualifiziert zu arbeiten und noch dazu in einem klassisch-weiblichen Bereich: Seit den Anfängen der Büromechanisierung ist Sekretärsarbeit Frauenarbeit, es sei denn bei den Sekretären diverser Zentralkommitees (UNO-Generalsekretär etc) Zwar ist im Text von 'breit angelegten Tätigkeitsfeldern' die Rede, auch soll die

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortlicher Redakteur : Florian Schwinn

Sekretariatsarbeit nicht mehr — wie üblich — in eine berufliche Sackgasse führen. Beides halten wir für positiv! Um so merkwürdiger (oder auch nicht) ist es aber dann, daß lediglich Frauen angesprochen werden. Wenn diese 'harten, nüchternen Jobs häufig einer Assistentinnen(!)tätigkeit sehr nahe kommen', warum dann keine männlichen Assistenten, denen (Man(n) 'Selbständigkeit, Umsicht,Initiative, Organisationsvermögen, Sachverstand' wohl kaum absprechen wird?

Etwa wegen des besonderen Dienstleistungs-Charakters der Sekretärinnen-Arbeit ('Dienst am Mann'), der hier unausgesprochen das Hauptkriterium der Arbeitsanforderungen bildet? Auf welche Sachnotwendigkeit sollte sich sonst dieses geschlechtlich-spezifizierende Stellenangebot stützen? Die nicht-akademischen Sekretärinnen sollen den 'hohen und vielfältigen Anforderungen' wie 'Selbständigkeit, Umsicht, Initiative, Organisationsvermögen und Sachverstand' nicht länger gewachsen sein? Ihnen war so gut wie nie die Chance eingeräumt worden, sich sachkundig zu machen, weiterzuqualifizieren, aufzusteigen. Jetzt sollen sie ihren Platz räumen zugunsten von, verglichen mit ihren männlichen Kommilitonen, unterqualifiziert eingesetzten Jungakademikerinnen. Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise führen zum Verdrängungswettbewerb zwischen den auf abhängige Arbeit Angewiesenen. Wir wehren uns dagegen, daß dabei insbesondere Frauen aller Qualifikationsstufen — wie die entsprechenden Zahlen überdeutlich belegen — auf der Strecke bleiben. Wir wehren uns dagegen, daß dieser Verdrängungswettbewerb gerade von einer Institution gefürdert wird, die sich aus öffentlichen Mitteln finanziert.'

Dieses Antwortschreiben erhielten die Frauen:

"Für Ihr offenes Schreiben möchten wir Ihnen an dieser Stelle herzlich danken. Es gibt uns Gelegenheit, Ihnen unsere Motivation, junge Akademiker anzusprechen, zu erläutern. Zunächst einige Ausführungen zu Ihrer Aussage, wir würden einen Verdrängungswettbewerb fördern: Im Frankfurter Raum ist es außerordentlich schwierig, qualifizierte Sekretärinnen zu gewinnen. Diese Tatsache führte in unserem Unternehmen zu der Situation, daß wir in allen hierarchischen Ebenen Sekretariats-Positionen zu besetzen haben (z.T. wurden diese Positionen durch Beförderung der Stelleninhaberinnen — auch in Führungspositionen — vakant). Von einem Verdrängungswettbewerb kann also nicht die Rede sein. Wir bedauern wie Sie, daß die jetzige Arbeitsmarktsituation dazu führt, daß eine Vielzahl von jungen Akademikerinnen und Akademikern keine Beschäftigung erhalten. Unser Angebot, jungen Akademikerinnen einen beruflichen Einstieg über eine qualifizierte Sekretärinnen-Position zu geben, halten wir für einen zwar bescheidenen aber doch positiven Beitrag.

Nun zu der Zielgruppe Akademikerinnen —
Wir stimmen Ihnen zu, daß die vakanten Positionen auch von Männern besetzt werden können. Sie mißverstehen die Ziele und Inhalte von Sekretärinnen-Positionen in unserem Hause, wenn Sie der Überzeugung sind, das Hauptkriterium sei Dienst am Mann; Der Grund o.g. Zielgruppe anzusprechen basiert auf der Tatsache, daß wir (vermutlich im Konsens mit Ihnen) glauben, daß die Situation von Jungakademikerinnen in Relation zu ihren männlichen Kollegen (Mitbewerbern) wesentlich schlechter ist. Sie haben sicherlich Verständnis dafür, daß uns bei dieser unserer Motivation Ihr Vorwurf, wir würden Frauen diskriminieren, schon etwas trifft. In diesem Zusammenhang möchten wir auf die seit längerer Zeit rege geführte Diskussion über eine mögliche Intensivierung des Einsatzes von Frauen in Mittelmangement-Positionen in unserer Zentrale sowie auch in unserem Projekten, aufmerksam machen. Vielleicht können Sie uns in diesem Punkt konstruktiv unterstützen. Lassen Sie uns zum Abschluß noch einmal betonen, daß wir die Ziele Ihrer Vereinigung respektieren, und, soweit es uns möglich ist, unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

BIG McDonald's® IN DER KÜCHE EIN VÖLLIGES CHAOS

Bonn, November 78

Nach zwei vorhandenen Superläden Marke „Mc Donalds" wurde Mitte Oktober der dritte Laden der größten Imbißkette am Berta-von-Suttner-Platz eröffnet. Wie man hört, ist in Beuel eventuell das vierte Restaurant geplant. Die Manager von Mc Donalds sind offensichtlich auch hier in Bonn in eine Marktlücke gestoßen. Wie sonst wäre es zu erklären, daß in einer relativ kleinen Stadt gleich drei Filialen eröffnet wurden, und dies in einem Zeitraum von ca. einem Jahr.

Kein Wunder, daß die Läden bis tief in die Nacht gut besucht werden, denn die Werbung ist ausgetüftelt bis zum Letzten. Besonders Kinder und Jugendliche werden dabei berücksichtigt, die ja denn auch die Hauptverzehrer sind. Vom Pommeskugelschreiber, Sprechwettbewerb („Zwei Lagen reines Rindfleisch, Spezialsauce, Salat, Essiggurken, Käse, Zwiebeln in einem getosteten Sesambrötchen – Mc Donalds Big Mäc" – das in fünf Sekunden gesprochen gibt eine Cola). Organisieren einer Geburtstagsfeier mit Wimpel und Mützchen, bis zu sporadisch stattfindenden Großkundgebungen mit Spielmannszügen bietet die Werbepalette einfach alles dar. Sogar der Fan-Club des Bonner Sportvereins (BSC) wird in den Halbzeitpausen mit Werbegutscheinen überschwemmt. Neben massiver Medienwerbung wird nichts ausgelassen , was Erfolg verspricht. Die Superläden machen selbst einen sogenannten gepflegten Eindruck; nette Mädchen in Uniform reichen dem Gast mit amerikanisch deutschem Lächeln und unübertroffener Geschwindigkeit die hygienisch verpackten Speisen und Getränke. Für den Gast ist sogar die Küche von außen einsehbar.

Mc Donalds stellt Voll- und Teilzeitkräfte ein. Die Vollzeitkräfte verdienen 8 DM brutto. Die Teilzeitkräfte, die nur 15 Stunden in der Woche arbeiten dürfen, erhalten 6 DM steuerfrei. Im Betrieb gibt es Früh- und Spätschicht. Die Spätschicht ist die Anstrengenste. Die Angestellten sind verpflichtet, solange zu arbeiten, bis alles blankgeputzt ist. Dies kann sich oft bis weit in die Nacht hinziehen.

Eine knallharte Kalkulation des Konzerns bestimmt, daß die Personalkosten nicht mehr als 13,5 % betragen dürfen. Es liegt also auf der Hand, warum Mc Donalds dem Kunden so billiges Essen anbieten kann. Bedingt durch die Arbeitsmarktsituation kann der Betrieb mittlerweile auf ein Heer von Jobsuchenden Schülern, Studenten und Arbeitlosen zurückgreifen. Zwei Mitarbeiter der „Schnüss" hatten sich bei Mc Donalds beworben um den Arbeitsbetrieb einmal hautnah kennenzulernen. Der männliche Bewerber wurde aufgrund seiner langen Haare und Bart von vorneherein abgelehnt, während die weibliche Bewerberin auch mit langen Haaren aber ohne Bart eingestellt wurde.

Ein Arbeitstag bei McDonald's.

Zehn Minuten vor 16 Uhr eile ich schnellen Schrittes in den Umkleideraum und verwandele mich in ein McDonald's Girl. Ich muß mich beeilen, weil unten die Stechuhr auf mich wartet. Ängstlich achte ich darauf, nicht zu spät zu kommen. Man bekommt zwar nicht gesagt, daß man fliegt, aber man spürt, daß es schnell der Fall sein kann.

Von dem Augenblick an, wo ich in der Küche auftauche, habe ich keine Sekunde Ruhe mehr. Von Pausenregelung hat hier noch nie jemand etwas gehört. Wer zur Toilette will, fragt, um keine Schwierigkeiten zu bekommen, am besten einen der vie-

len Aufpasser. Neben normalen Mc-Arbeitern gibt es bei jeder Schicht mindestens einen Untermanager und einen Obermanager.

„Danke" heißt „Verstanden"

Die Manager sind hauptsächlich zum Aufpassen da. Wenn sie neben dieser verantwortungsbewußten Tätigkeit noch Zeit haben, packen sie auch mal mit an. Vom Wohlwollen dieser Leute hängt für den „Normalarbeiter" alles ab. Ist er mir wohlgesonnen, ist eine kurze Zigarettenpause drin, wenn nicht, hetzt er mich acht Stunden lang. Ich bin also in der Küche, stelle mich an einen Tisch und habe schon die ersten zwölf „Hamburger" vor der Nase. So gegen 17 Uhr ist es noch ziemlich ruhig. Aber dann beginnt der Abendmäcstreß. Die Leute strömen nur so herein. In der Küche herrscht ein völliges Chaos. „Hamburger", „Cheeseburger" und „Big-Mac" garnieren, Fritten nachfüllen, Apfeltaschen und „Fisch-Mäc" braten (nur ja nicht Senf mit Ketchup verwechseln!), Milchshakes fertigmachen (besteht übrigens nicht aus frischer Milch, sondern aus Wasser und Pulver), immer wieder „Danke" brüllen, was nichts mit Freundlichkeit zu tun hat, sondern nur soviel wie „Verstanden" heißt. Man weiß nicht, wo einem der Kopf steht. Ich kann mich anstrengen, soviel ich will, bin aber trotzdem immer noch viel zu langsam.

Befehle, Befehle, Befehle

Den Arbeitsrhythmus geben die Toast- und Bratmaschinen vor. Sobald Sachen fertig gebraten sind, brechen die Apparate in ein nervtötendes Piepen aus. Manchmal piepen alle Geräte gleichzeitig. Mein Bewußtsein wird nach und nach ausgeschaltet, es heißt nur noch „Hamburger". Allmählich läßt der erste Streß nach und es beginnt die „Beschäftigungstherapie": Putzen Sie mal die Lobby (Gastraum). Spülen Sie die Töpfe. Tragen Sie den Müll runter. Wischen Sie den Kühlschrank ab... Oft genug werden all diese Arbeitsvorgänge zwei oder dreimal hintereinander vorgenommen, aus Mangel an weiterer Beschäftigung. Nach fünf Stunden tun mir nicht nur die Füße weh. Ich wage schüchtern zu fragen, ob ich eine Pause machen darf. Eine Arbeitskollegin fühlte sich mal zur Mittagszeit nicht wohl und wollte sich ein wenig erholen, worauf ihr gesagt wurde, es solle ihr gefälligst später schlecht werden. Jetzt ginge es nicht.
Nach der Pause geht der Kampf weiter. Langsam kommen zwar weniger Gäste, dafür beginnen die Aufräumungsarbeiten. So wird man oft bis spät in die Nacht auf Trab gehalten. Wie erschöpft und fertig ich bin, merke ich erst so richtig, wenn ich zuhause ankomme. Ich bin so überdreht, daß ich kaum einschlafen kann.

McSumse und Rolf Wermund

WER MACHT MIT ?
Ein Aufruf der Abendgymnasiasten

FRANKFURT 7. Dezember
Diesmal wollen wir nicht über spektakuläre Ereignisse am Abendgymnasium berichten, vielmehr ist es notwendig, über den Zustand, in dem wir uns nach einem 11-wöchigen und noch andauernden Streik befinden, zu schreiben.
Seit dem 1.12. haben wir einen weiteren kommissarischen Schulleiter (Freudel aus Sprendlingen , mittlerweile der sechste seit der Versetzung des allerseitsgeliebten Hermann Haller). Dieser smarte Herr mit seiner pastoralen Dynamik trat uns gegenüber zuerst verhandlungsbereit auf, worin er sich von seinen fünf Vorgängern nicht unterschied. Doch schon bei seiner ersten Begegnung mit Schülern (es waren auch einige Lehrer dabei, die er aber nicht als solche erkannte) im mittlerweile berühmten Verwaltungsbau fiel die Maske. Ihm fehlten nämlich, wie all seinen kommissarischen Vorgängern, sämtliche Kompetenzen, somit bleibt das Kultusministerium unser Verhandlungspartner, das sich aber schon immer weigert, mit uns Gespräche zu führen.

Als neuesten Gag ließ sich das Kultusministerium wieder einen Brief einfallen. Diesmal werden keine neuen Dependancen gegründet, es muß auch niemand zusätzlich zu seinem Personalausweis seinen Reisepaß mitbringen, Fingernagelkontrollen werden auch nicht eingeführt, nein, diesmal ist es nur eine ultimative Aufforderung an die Abiturskurse, den Streik abzubrechen und spätestens bis zum 13.12. endlich den Unterricht in den vier ausgelagerten Filialen mit den 55 neuen „Pädagogen" wieder aufzunehmen (wir nennen sie Polizeipädagogen, da sie die Funktion haben, die Versetzungen unserer 14 Lehrer zu rechtfertigen und an den Dependancen die Taschen- und Ausweiskontrollen zusammen mit unseren grünberockten Freunden und Helfern durchzuführen. Sie setzen sich dabei außerdem ständig über Beschlüsse der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hinweg.). Wird dieser Anweisung keine Folge geleistet, so besteht laut Brief des Kultusministeriums vom 6.12.78 (Nikolaustag) nicht mehr die Möglichkeit, im Kalenderjahr 1979 die Reifeprüfung abzulegen.

Zurück zu unserem Zustand. Nach fast drei Monaten Streik mit immer neuen Angriffen durch die Kultusbürokratie wie dem obigen Brief zum Beispiel und dauernden Polizeieinsätzen (siehe die letzten acht IDs) sind wir einfach ausgebrannt. Einige von uns ertragen die Situation nur noch im Suff, andere werden wegen der Belastungen oft krank und können so nicht mehr regelmäßig zur Arbeit gehen. Das Schlimmste aber: Unsere Ideenproduktion fängt an nachzulassen. Deshalb wenden wir uns an die ID-Leser, die durch jahrelange ID-Lektüre den Kopf VOLL von Ideen haben müßten, und bitten euch darum, geneigte oder auch aufrechte Leser, einige eurer Vorstellungen, wie ihr uns unterstützen könnt, zu uns durchdringen zu lassen. (SCHÖNEN DANK auch für den Ralf aus München für die schöne Zeichnung über die interdisziplinäre Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden, und natürlich auch an die schon jetzt streikenden Fachhochschüler und -schülerinnen, oder wer streikt noch für uns? .)
Die Nachrichten über einen bundesweiten Streik der Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges könnten uns natürlich auch neuen Auftrieb geben.

In Erwartung eines breiten Stroms von Ideen und Unterstützungsaktionen verbleiben wir für heute...

eure lieben AGler.

Kontakt über ID

SOLIDARITÄTSSTREIK MIT DEM AG UND GEISELNAHME

FRANKFURT 6.Dezember
An der Fachhochschule Frankfurt in der Nordweststadt fand am Dienstag, den 28. November eine Vollversammlung der Fachbereiche (Fb) Sozialpadagogik und Sozialarbeit statt, aus der heraus 300 Studenten in den spontanen Solidaritätsstreik mit dem Abendgymnasium traten. In den folgenden drei Tagen fand eine Urabstimmung statt; hier das Ergebnis:

Wahlbeteiligung Fb Sozialpädagogik 236 von 510 Studenten
Fb Sozialarbeit 431 von 790 Studenten.

In beiden Fb stimmten zusammen 178 gegen den Streik während sich 478 (davon 34 für den Befristeten) für den Streik entschieden.
Aus den bisherigen täglichen Vollversammlungen gingen einige Arbeitsgruppen hervor, z.B.
- Gegen-Bildzeitung über die Ereignisse der letzten Wochen (Kita, TAT, AG, Fachhochschule, Iran)
- Streikpostenunterstützung am Abendgymnasium

FACHBEREICHSCAFE oder DIE SCHWIERIGKEITEN BEIM KAFFEETRINKEN

Seit Streikbeginn richten 15 Leute vom Fachbereich Sozialpädagogik mit Genehmigung der Fachbereichsleitung ein



Kommunikationszentrum ein. Da die Seminarräume des Fachbereichs auf das ganze Nordwestzentrum (eine als Einkaufszentrum getarnte Betonwüste – ID)verteilt sind, ist es notwendig, das Cafe von außen weithin erkennbar zu machen. Während der Außenwandbeschriftung wurden die 4 Wandmaler von Polizisten fotografiert und festgenommen. Hierzu ein Interview und ein Gedächtnisprotokoll:

Erzähl doch mal, was hier heut morgen wie und warum passiert ist.

Also, wir haben während der Streikzeit in einem Raum ein Cafe eingerichtet und wollten das also von außen an die Wand schreiben.

Was wolltet ihr da drauf schreiben?

„Cafe Wahnsinn" ; und das halt ein bißchen bunt machen, weil wir die triste Nordweststadt ein bißchen auflockern wollten. Und dann kamen die Polizisten und forderten uns auf, sofort aufzuhören und als wir fragten, warum: Es sei Anzeige erstattet worden wegen Sachbeschädigung.

Von wem?

Das hat er nicht gesagt, nur, daß eben Anzeige gegen uns erstattet worden ist. Wir fragten halt, was das soll und wir malen jetzt hier weiter und das taten wir auch und der andere Polizist, der stand noch da oben und fotografierte diese Aktion.

Ihr selbst habt keine Bilder?

Nein, wir hatten keinen Fotoapparat dabei und wir hatten auch nicht damit gerechnet, daß ein Polizeieinsatz kommt. Und naja, der Polizist legte dann dem Hucky und dem Carlo Handschellen an und sagte „Ihr seid vorläufig festgenommen". Mich zwang er auch hoch auf den Gehweg, was ich dann nach einigem Zögern auch tat. Oben angekommen, empfing mich der andere Polizist, nahm mich am Arm und sagte, ich solle auf die andere Seite gehen. Als dann mehrere Leute aus den Fachbereichen kamen und die Sache sahen, gegen die Bullen demonstrierten und mit ihnen diskutierten, forderte er mich auf, mich doch auf die andere Seite zu stellen, damit er die Wand im Rücken hätte. Worauf ich sagte, „Nein, das will ich nicht, ich warte lieber auf die anderen und wir gehen dann geschlossen zum Revier,"worauf mir der Bulle den Arm in Polizeigriff nahm und ihn dermaßen hochriß, daß ich schreien mußte, was ihn dazu verlanlaßte, noch höher zu ziehen und mich mit dem Kopf gegen die Wand zu schlagen, worauf ich zusammensackte und im Zusammensacken trat er mich in die Seite und in die Nieren. Die Leute, die das sahen, waren unheimlich aufgebracht und in dem allgemeinen Durcheinander fühlte sich der Bulle bedroht und zog die Pistole mit den Worten: „Halt stehenbleiben oder ich schieße". Nachdem sich der Tumult ein bißchen gelegt hatte, nahm er mich wieder in Polizeigriff und drückte mir die Pistole in die Seite und führte mich ab bis ins Polizeirevier. (das nennt mann geiselnahme - ID) "

Gedächtnisprotokoll:

„Gegen 12.30 Uhr kam ich, Martin, an die Fachhochschule und sah, wie Dietmar (s.o.) von zwei Polizisten festgehalten wurde. Ich wollte mit den beiden Polizisten reden und fragen, wieso sie Dietmar mit dem Kopf gegen die Wand schlugen. In dem allgemeinen Wirrwarr wurde ich rausgegriffen und sollte mit auf die Wache kommen (ich wollte wissen, warum). Nachdem mir zwei Bullen die Arme schmerzhaft auf den Rücken drehten, erklärte ich immer wieder, ich käme auch so mit. Auf der Wache wurde ich in eine Zelle gesperrt nachdem man mir meinen Personalausweis abgenommen hatte. Nach einer Stunde holsten sie mich wieder rau. Ich fragte nach dem Grund meiner Festnahme. Ich wurde fotografiert und man sagte, ich könne jetzt gehen. Ich wurde freundlich und zuvorkommend behandelt. Ich habe nichts unterschrieben und nichts schriftliches gesehen. Mann sagte mir, ich

würde eine Anzeige wegen Sachbeschädigung bekommen. Vor meiner Festnahme war ich mit anderen Kommilitonen zusammen."

Am Freitag kam noch die Meldung, daß die Anzeige wegen Sachbeschädigung von der „Neuen Heimat" (Wohnungsbaugesellschaft) gestellt worden. Um das Nachzuprüfen (Es stand als Meldung in der Frankfurter Rundschau vom Samstag.) rief ein ‚Reproter der FAZ' bei der „Neuen Heimat" an und erhielt dort die Auskunft, daß keine Anzeige gestellt worden sei.

„BISHER KÄMPFEN WIR NUR GEGEN ST. GEORG"

GELSENKIRCHEN 23. November

Die „Selbsthilfegruppe gegen Unterdrückung" aus Gelsenkirchen schickte uns ihre Selbstdarstellung.

Die Gruppe ist im Oktober gegründet worden und sucht Mitarbeiter:

„Wir sind aus Hiemen und Knast, haben gearbeitet, waren obdach- und arbeitslos und mal Sozialhilfeempfänger. Immer waren wir unterdrückt. Im Kinderheim wurden wir verprügelt, im Erziehungsheim waren wir eingesperrt, im Gefängnis waren wir total isoliert und bevormundet, durch eine Menge von Vorschriften und Einzelhaft wird man dort systematisch zu Grunde gerichtet, in der Fabrik unmenschliche Arbeit, Eintönigkeit und Hetze, als Arbeitsloser abhängig vom Arbeits- und Sozialamt und behandelt wie der letzte Dreck. Die Folgen davon: Aggressionen in der Familie, Alkoholismus, Brutalität, Obdachlosigkeit und Kriminalität. Wer sich nicht anpasst oder nicht mehr malochen kann, weil er alt oder krank ist, wird in Heime oder in die Psychiatrie abgeschoben. In der Psychiatrie ist das Leben zu Ende. Durch Entmündigung und Vollstopfen mit Medikamenten werden die Menschen dort entrechtet und willenlos gemacht.

Unser Kampf ist zur Zeit auf den Psychiatriekonzern St.Georg beschränkt. St. Georg ist einer der größten privaten Psychiatriekonzerne in der Bundesrepublik. Hinter den Mauern von St. Georg „leben" 2800 entrechtete und zum Teil entmünigte Menschen. Mit Tabletten u.a. werden sie ruhig gestellt, für die Arbeiten, die sie leisten, werden sie unterbezahlt und es sind ihnen ihre Rechte und Freiheiten entzogen. Wir wollen unseren Kampf nicht auf St. Georg beschränken, denn Unterdrückung gibt es überall. Wir wollen auch gegen die Unterdrückung und Ausbeutung in Heimen, Gefängnissen, Arbeits- und Sozialämtern kämpfen. Bei uns soll jeder die Möglichkeit haben, gegen diese Schweinereien zu kämpfen und seine Rechte durchzusetzen.

Wovon leben wir? ? ?

Um möglichst viel Zeit zu haben gegen diese Schweinereien vorzugehen, finanzieren wir uns selbst. Mit unserem LKW fahren wir Entrümpelungen und andere Transporte und in unserem Gebrauchtmöbelladen verkaufen wir gute alte Gebrauchtmöbel und ähnliches ganz billig. Wir bestimmen unsere Arbeitszeit und unser Argbeitstempo selber. Wir leben von 45,-- DM die Woche. Von Arbeits- und Sozialämtern nehmen wir kein Geld, auch von andren Behörden nehmen wir nichts. So hat auch keine Behörde die Möglichkeit, uns mit Drohungen wie Arbeitslosigkeit oder ähnlichem das Maul zu verbieten. Wir rufen alle Leute, die was verändern wollen, auf, zu uns zu kommen, mit uns zu arbeiten und mit uns zu kämpfen.

Selbsthilfe gegen Unterdrückung
i.A. Thomas Bornmann"

Kontakt: Selbshilfe gegen Unterdrückung, c/o Marianne Tampel Hübmannstraße 19, 4650 Gelsenkirchen-Schalke

SCHÜLERZEITUNGS-ZENSUR

BERLIN 1. Dezember

Die Zensurpraxis gegen Schüler- und Jugendzeitungen in der Bundesrepublik war Anlaß eines Treffens von Schülerzeitungsredakteuren und Vertretern von Jugendpresseverbänden am 18. und 19. November in Frankfurt/Main.

Berichte und vorliegendes Material aus den einzelnen Bundesländern wiesen über 120 bekannte Fälle von Jugendzeitungszensur im Zeitraum von nur etwa einem Jahr aus. Die Teilnehmer waren sich darin einig, daß dies nur einen Bruchteil derartiger Vorfälle ausmacht.

Das Ausmaß der Repressalien und ihrer Folgen ist einer breiten Öffentlichkeit noch immer weithin unbekannt: Sie reichen von Mechanismen der Selbstzensur, die kritische Beiträge aus den den Schwärzungen und Vertriebsverbote oder indirekte Einschüchterungsmaßnahmen gegenüber mitwirkenden Schülern, etwa über die Notengebung, bis hin zu Ermittlungsverfahren und Strafprozessen. Anlaß hierfür sind Aufklärungsartikel in Schülerzeitungen ebenso wie Kritik an Lehrern und dem Schulalltag oder politische Beiträge.



"Etwas besseres finden wir auf jeden Fall !"

In diesen Tagen wird eine Dokumentation der bislang bekannten Zensurfälle zusammengestellt. Ergänzt durch umfangreiches Belegmaterial soll sie der Jury des 3. internationalen Russell-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland zur Untersuchung vorgelegt werden, die sich auf ihrer 2. Sitzungsperiode vom 3. bis 9. Januar 1979 unter anderem mit dem Themenkomplex Zensur befaseen wird.

Kontakt: Landesarbeitsgemeinschaft jugendeigener Zeitungen, c/o Gelber Laden, Cranachstraße 7, 1000 Berlin 41.

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45
Postfach 90 03 43
6000 Frankfurt 90

Bei Bestellung bitte Stichworte angeben:
„Neuabo", „Verlängerung" oder Adresswechsel".
Außerdem die genaue Anschrift(bzw. die Abonummer)
Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von:

18 Mark für ein Vierteljahr,das sind 12 Hefte
36 Mark für ein halbes Jahr
72 Mark für ein ganzes Jahr

Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
Postscheckkonto 52 52 288- 602
Postscheckamt Frankfurt (BLZ 500 100 60)

PLANSPIEL GORLEBEN

FRANKFURT/GORLEBEN
7. Dezember 1978

Aus der Generalstabssitzung der Atomkraftfans

Der Dialog der Politiker und Atomkraftwerksbetreiber mit dem Bürger über die Atommüllfabrik Gorleben läuft auf vollen Touren. Die Passagen, die wir unten zitieren, stammen aus vertraulichen Papieren der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufbereitung für Kernbrennstoffe und nicht etwa aus einem Heeresbericht des Oberkommandos der Wehrmacht. Daß die Papiere authentisch sind, wurde auf Anfrage weder von der DWK noch von der niedersächsischen Landesregierung bestritten, allerdings bestätigte nur die DWK die Richtigkeit des Inhalts als den Stand von Anfang dieses Jahres. Nun ja.

DWK

VERTRAULICH NICHT WEITERGEBEN

Verfasser: ______

Abteilung: ______ Diktatzeichen: ______

Projekt:

Teilprojekt:

Titel: **Bericht über eine Besprechung beim NMI vom 21.04.1978**

OS-Nr.: UAS:

1. Papier

Zusammenfassung: Die Sitzung leitete Herr Tebarth, Leiter der Abt.II beim NMI. Wesentliche Aussagen waren: Die Polizei geht davon aus, daß zur Durchführung einer Tiefbohrung von 8" Ø um das Bohrloch herum eine Fläche von 200 x 200m zu Sicherungszwecken zur Verfügung steht. Das bedeutet, daß für die zunächst durchzuführenden Bohrungen 1.002 und 1.003 der etwa 60-jährige Waldbestand in diesem Umfang abgeholzt werden muß. Eine aus taktischen Gründen temporär mögliche Räumung des Bohrplatzes kommt für die Polizei nicht in Frage. *(soll heißen: die Polizei zieht sich auf keinen Fall zurück, d.V.).*

Die Polizei benötigt als Vorlaufzeit vor Beginn der Sicherungsmaßnahmen acht Monate Zeit..."

„NMS ***(Niedersächsisches Ministerium für Arbeit und Soziales, d.V.)*** **stellt die Frage, ob NMI** ***(Niedersächsisches Ministerium des Innern, d.V.)*** **die Möglichkeit einkalkuliere, bei zu heftigem Widerstand seitens der Gegner einen Bohrplatz temporär aufzugeben. Die Antwort ist ein ganz klares „Nein". Unter vollständiger Vernachlässigung der Kosten beabsichtige man, auf keinen Kompromiß in dieser Richtung einzugehen. ...**
Auf die Frage des NMS an den Vorbereitungsstab, wer für den Transport möglicherweise verletzter Demonstranten zuständig ist, antwortet das RP (*Regierungspräsidium?, d.V.*), daß dies Aufgabe des Landkreises sei und die Bezirksregierung dies klären müsse..."

2. Papier

„Betrifft: Schutz von Bohrstellen

Mit dem Vorbereitungsstab der Polizei ist ein weiteres Gespräch zum o.g. Thema für den 21.6.78 9 Uhr, bei DWK, vorläufig vereinbart worden.
Auf dem letzten Gespräch hatte der Vorbereitungsstab *(der Polizei, d.V.) (die)* DWK mit einem Maximalkonzept überrascht: **Zum Schutz einer 8-zölligen Tiefbohrung gegen Naturschützer sollten 40.000 qm Wald abgeholzt werden und ein „Fort" errichtet werden von besserer Qualität als ein in Betrieb befindliches Kernkraftwerk.**

DWK ist zwar weder für die Durchführung dieser Bohrungen noch für deren Sicherung verantwortlich. Trotzdem besteht meines Erachtens großes Interesse daran, daß hier sinnvoll vorgegangen wird, da auch diese Maßnahmen zur Verwirklichung des DWK-Projektes beitragen sollen..."

„Das Sicherungskonzept der DWK geht davon aus, daß von hoher, kompetenter politischer Seite eindeutig klargestellt wird, daß die vorgesehenen Bohrungen in jedem Fall durchgeführt werden, unabhängig davon, welche Maßnahmen seitens der Umweltschützer oder der Gegner des Entsorgungs-Projektes ergriffen werden. Diese Aussage ist notwendig, um allen Mitläufern die Vorstellung zu nehmen, sie könnten allein oder zusammen mit extrem linken Gruppen die Bohrungen verhindern.

Des weiteren wird davon ausgegangen, daß nur eine so große Fläche Wald geschlagen wird, wie es technisch notwendig ist, um Bohrungen durchzuführen. **Das eingeschlagene Holz soll zum Aufbau von Wällen verwendet werden, die mit einer Erdüberdeckung dem dahinterliegenden technischen Material und der Bewachungsmannschaft einigermaßen Schutz geben (Höhe ca. 1,60 m). Am äußeren Fuß des Walles soll ein 3 m hoher Zaun (Maschendraht) errichtet werden mit doppeltem Abweiser und aufgelegten S-Draht-Rollen. Außerhalb dieses Zaunes sollen im Wald um die Bohrstellen herum 2 Reihen (Abstand ca. 5 - 8 m) S-Draht bis 3 m Höhe verlegt werden, in einem Verlauf, der sich den vorhandenen dicken Bäumen anpaßt, da der Draht an diesen befestigt werden soll. Wo eine so hohe Aufhängung des Drahtes nicht möglich ist, soll Flächendraht verwendet werden. Zwischen**

den Reihen wird ein Berührschutz verlegt, der der Wache Signal geben kann. Darüber hinaus sollen an den Draht Mikrofone befestigt werden zum gleichen Zweck. Der einzige Zugang soll als Schleuse ausgebildet werden, die Zufahrt selbst Kamera-überwacht sein...

Zur Durchführung dieses Konzeptes ist es allerdings notwendig, einen weiten Bereich um den Bohrplatz ständig aufzuklären, was tunlichst Angelegenheit der Polizei sein sollte. U.E. ist die ständige Anwesenheit von Polizei auf dem Bohrplatz selbst nicht notwendig. **Es ist wesentlich wirkungsvoller, wenn die Polizei im Bedarfsfall von außen anrückt, um damit etwaige Kampfhandlungen weit vom Bohrplatz entfernt auszutragen..."**



3. Papier

„Betrifft: Sicherung der Bohrstellen

Am 21.06.78 fand ein weiteres Gespräch mit dem Vorbereitungsstab der Landespolizei statt, an dem seitens DWK-Mitarbeiter von TB, TAP und SG teilgenommen haben. Im wesentlichen ging es darum, im Gespräch auszuloten, ob die Polizei bereit ist, von dem uns bereits früher vorgestellten Maximalkonzept der Sicherungsmaßnahmen abzuweichen. **Das Maximalkonzept bedeutet, daß zur Durchführung der Bohrungen — zumindest der beiden ersten Tiefbohrstellen — je 40.000 qm Wald abgeholzt werden müssen, wobei der weitaus größte Teil aus Gründen der Sicherung gefällt werden muß.**

Auch wenn wir als DWK weder die Bohrungen noch deren Sicherung zu vertreten haben, erscheinen uns diese Maßnahmen außerordentlich unpopulär. Unser Vorschlag, zunächst mit geringerem Sicherungsaufwand Bohrungen zu beginnen und **erst bei Vorliegen einer klaren Notwendigkeit zum „Festungsbau" überzugehen,** wurde seitens des Vorbereitungsstabes ganz klar abgelehnt...

Wenn die Sicherungsmaßnahmen nicht oder nur in kleinem Masse durchgeführt werden, könnten die Gegner zu Erfolgen kommen. Solche Erfolgserlebnisse würden jedoch dazu führen, daß sich die uneinigen Gegnergruppen zusammenschließen und beim nächsten Mal in wesentlich größerer Anzahl zu Demonstrationen oder zu militanten Maßnahmen vereinen. **Rücksichtnahme auf den negativen Eindruck, den die massiven Sicherungsmaßnahmen in der Öffentlichkeit erwecken könnten, sei deshalb völlig fehl am Platze. ... "**

Die Papiere, aus denen wir oben zitiert haben, wurden am 1.12.78 auf einer Pressekonferenz in Hannover von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg der Presse übergeben.

Seit mehreren Monaten bestand bei der Bürgerinitiative die Absicht, sich an die Polizei zu wenden, um das von der Regierung entworfene Bild einer „Schlacht um Gorleben" zu korrigieren. Auf der Pressekonferenz wurde jetzt dazu das erste Flugblatt vorgestellt. Auszüge daraus:

„Wir wenden uns in großer Sorge an Sie, um Sie auf die allgemeine Bedrohung durch das geplante Atommüllzentrum in Gorleben hinzuweisen. Wir wenden uns auch deshalb an Sie, weil wir uns in dieser Auseinandersetzung unter Umständen gegenüberstehen werden. Dann kann es zu spät sein, um miteinander zu sprechen. ... Wir gehen jedoch davon aus, wie der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Herr Schirrmacher, ... daß „auch Polizeibeamte in die Argumentationsgegensätze hineingezogen worden sind...."

Das Flugblatt erklärt die Kritik an der Atommüllfabrik und begründet, warum auch die Probebohrungen verhindert werden sollen.

„Warum handeln wir gewaltfrei, mißachten unter Umständen aber polizeiliche Anordnungen?
Unsere Verantwortung für das Leben aller Menschen zwingt uns dabei vielleicht, polizeiliche Anordnungen außer Acht zu lassen. Wir sind dazu berechtigt, da die Unversehrtheit des Lebens (Grundgesetz) durch den Bau der Atomanlagen gefährdet ist. Diese Verantwortung kann uns nicht durch parlamentarische

Mehrheitsbeschlüsse abgenommen werden. Für unsere Aktionen machen wir von unserem Widerstandsrecht Gebrauch, das ebenfalls im Grundgesetz verankert ist. Wir werden dies nicht leichtfertig tun. Unser Ziel, Leben zu schützen, verpflichtet uns, bei unseren Aktionen gewaltfrei vorzugehen und diese so durchzuführen, daß diese Prinzipien von allen Teilnehmern gewahrt bleiben.

Wir werden keine körperliche Gewalt anwenden und keinen Menschen verletzen."

Das Flugblatt fordert die einzelnen Polizisten dazu auf, sich über ihre Rolle im Konflikt klar zu werden.

DISKUSSION ÜBER WIDERSTANDSKONZEPTE IN GORLEBEN

LÜCHOW 5.Dezember

Am 16.12. will die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg noch mal über das Widerstandskonzept gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben diskutieren. (siehe ID 241) Die Veranstaltung beginnt um 14.00 Uhr in den Trebeler Bauernstuben.

Kontakt für weitere Informationen: Claudia Kirsch, Lorusenplatz 1, 2 Hamburg 50, Tel.: 040 / 380 9014

Liebe Leute aus den Freundeskreisen, Bürgerinitiativen und ähnlichen:

Noch etwas in eigener Sache

Wir bekommen, gerade auch zu Gorleben, massenweise Material. Vor Monaten, als die Diskussion um das Konzept des Widerstandes losging, gabs jede Woche ein anderes Konzept. Mal bezogen sie sich aufeinander, mal ergänzten sie sich, mal von den Freundeskreisen, mal von der BI usw usf. Ich erinnere mich, damals eine halbe Stunde telefoniert zu haben, um herauszukriegen, woher ein Konzept-Vorschlag kam (inzwischen habe ich gelernt, daß das intern 3-Phasen-Konzept heißt), wie der zeitliche und inhaltliche Zusammenhang mit anderen war. Ich dachte damals, ich hätte es endlich kapiert. Nix is. Jetzt weiß ich, daß das 3-Phasen-Konzept zeitlich nach dem Vorschlag der Freundeskreise war, der .... oh, man erklär das mal jemandem.

Gibt es denn nur noch Leute, die zwar massenweise Flugblätter produzieren können, aber niemanden, der mal in einem Artikel Zusammenhänge herstellen kann ?

H. J. JURETZKI, Lüneburgs neuester Polizeikommandeur

Lüneburg
Oktober 78

Die WAA-Gruppe Lüneburg gibt seit einiger Zeit GORLEBEN AKTUELL heraus mit den neuesten Informationen über die Situation in Gorleben. Hier ein Artikel:

WIR STELLEN VOR:

Überhaupt lohnt es sich den Namen Juretzki zu merken. Er war Einsatzleiter bei der Grohnde-Demonstration und entwickelte die "Straßensperren-Strategie von Kalkar". Bei seinen Vernehmungen in den 'Grohnde-Prozessen' wurde bekannt, daß er ein Buch über Polizeitaktik bei derartigen Einsätzen ("Grundlagen der Befehlstechnik", Hildesheim 1973) geschrieben und Kontakt zu einem deutschen Berater, der in Irland bei den britischen Anti-Terror-Einheiten geschult wurde, hat.

Ferner hat er die Anregung gegeben, am 19.3. in Grohnde den Bundesgrenzschutz einzusetzen, sowie Richtern in Braunschweig und Hameln einen Grohnde-Film unter dem Thema "Informationen zum Terrorismus" gezeigt. (Information aus der Dokumentation des Ermittlungsausschusses aus Hannover zu den Grohnde-Prozessen).

Offensichtlich hat er diese Aufgaben zur vollsten Zufriedenheit erfüllt, so daß er mittlerweile zum Leiter des Vorbereitungsstabes für die "Entscheidungsschlacht von Gorleben" aufgestiegen ist (siehe hierzu auch STERN 22/78).

In den nächsten Nummern soll eine Auseinandersetzung über die verschiedenen Widerstandskonzepte geführt werden. Schickt eure Vorschläge, Einschätzungen . . . an GORLEBEN AKTUELL und/oder an uns (Öko-Gruppe im ID). Das Info kostet 0.80 DM und ist zu bezeihen über:

Marion Hinz, Wilschenbrucherweg 29, 2120 Lüneburg

TREFFEN DER TOTALVERWEIGERER

NIDDATAL 1. Dezember

Die Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand organisiert für den 16. Dezember ein Treffen, um über ihre weitere Arbeit zu diskutieren.

Die Regionalkoordination Mitte–Süd der Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand lädt ein zum ersten Regionaltreffen. Eingeladen sind alle, die sich mit Totalverweigerung beschäftigen, sich dafür interessieren oder selbst total verweigern wollen sowie alle, die Totalverweigerer unterstützen wollen.
Da es unser erstes Treffen sein wird, wird vor allem das gegenseitige Kennenlernen im Vordergrund stehen. Außerdem wollen wir anhand der Zivildienstverweigerung von Bernd Bleistein über die Möglichkeit konkreter Unterstützungsarbeit diskutieren (Bernd erwartet demnächst seinen Prozeß, Anklage ist bereits erhoben, der Termin steht noch nicht fest). Stattfinden wird das Treffen am Hofgut Wickstadt in 6361 Niddatal. Das ist erreichbar mit dem Zug bis Friedberg (Schnellbahn FVV), dort umsteigen in den Zug Richtung Hanau bis Assenheim, nochmal umsteigen in den Bus Richtung Leithecken und in Nieder-Florstadt aussteigen. Am besten schon in Friedberg Telefon Nummer 06034/4472 anrufen, Stefan verlangen, er organisiert das Abholen in Nieder-Florstadt.
Mit dem Auto: aus Richtung Frankfurt auf der B3 Richtung Nieder-Wöllstadt, weiter nach Assenheim (Richtung Reichelsheim) nach 300 m Abzweigung nach Wickstadt
oder Autobahn Hanau–Gießen (A45), Abfahrt Florstadt, B 275 bis Nieder Florstadt, gleich nach der Brücke links, an dem Platz wieder links und über den Feldweg (ausgebaut) nach Wickstadt. In Wickstadt ist es das gelbe Haus mit dem KGW-Schild.
Wir wollen am Samstag, den 16.12. um 14.00 Uhr anfangen, also fahrt entsprechend früh los. Bitte Schlafsäcke mitbringen, da wir bis Sonntag mittag machen wollen. Bitte meldet euch rechtzeitig an.

Regionalkoordination Mitte–Süd, c/o Bernd Bleistein, Hauptstraße 15, 8751 Mespelbrunn/Hessenthal

Eine Reihe von Artikeln zur Kriegsdienstverweigerung und Wehrpassverbrennung mußte aus Platzgründen leider wieder verschoben werden. Wir wollen's aber nachholen.

DIE US–STRATEGIE IN NICARAGUA

FRANKFURT 6. Dezember Am Samstag, dem 2.12.78 meldete die Presse die Zustimmung von Diktator Somoza und der FAO (Breite Oppositionsfront) zu dem sogenannten "Plan Washington", der von der internationalen Vermittlungskommission (bestehend aus Vertretern der Dominikanischen Republik, Guatemala und der USA, geleitet von William Bowdler, dem Lateinamerika–Spezialisten der USA) vorgeschlagen war.

Der Plan sieht eine Volksabstimmung vor, die unter der Aufsicht der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) durchgeführt werden soll und in der sich die gemäßigte Opposition mit der liberalen Partei Somozas, die seit 40 Jahren an der Macht ist, messen soll.

Wieviel diese Zustimmung aber überhaupt wert ist, wird sich erst zeigen. Sie ist nur unter dem starken Druck der USA entstanden und Somoza hat schon klargemacht, daß er auf keinen Fall zurücktreten wird, wie immer auch das Ergebnis der Volksabstimmung aussehe.

Dazu kommt, daß die Sandinistische Befreiungsfront FSLN und die ihr nahestehenden aus der FAO ausgetretenen politischen Kräfte sich an den Verhandlungen schon seit längerer Zeit nicht mehr beteiligt haben und den Kompromiss strikt ablehnen.
Sie verfügen jedoch zusammen über eine viel größere Massenbasis als die in der FAO verbliebenen bürgerlich-konservativen Fraktionen der Somoza-Opposition.

Trotzdem ist die Annahme des "Washington Plans" ein Schritt vorwärts innerhalb der US-Strategie, die von Anfang an daraufhin zielte, eine stärkere Verhandlungsbasis zu erlangen und den Volksaufstand im Blut zu ertränken. Die radikalen Oppositionskräfte sollten von den gemäßigten abgespalten werden und ein "Somozismus ohne Somoza" aufgebaut werden.

Von der Vermittlung zur Intervention

Auf dem Höhepunkt der Massaker an der Zivilbevölkerun bezogen die USA offiziell eine Position der "strikten Neutralität" und zeigten zwar die Bereitschaft, Somoza fallenzulassen, unterstützen jedoch weiterhin sein Regime. (So blockten sie z.B. im UN–Sicherheitsrat eine Initivative von Venezuela zur Verurteilung Somozas ab)
Als Somoza sich dann militärisch durchgesetzt hatte, fanden sie zu einer aktiveren Rolle bei der Verteidigung ihrer Interessen. Sie schickten ihren Lateinamerika-Spezialisten W. Bowdler nach Nicaragua, der sich schon in schwierigen Situationen bewährt hatte: er war Botschafter von Kuba, Guatemala und El Savador gewesen und hatte dort einiges erreicht. So hatte z.B. schon 9 Monate nach seinem Amtsantritt 1968 El Savador Honduras angegriffen (über 2000 Tote).

Bei der Ankunft des Diplomaten in Nicaragua stellte die FAO ihre Bedingungen zur Eröffnung der Verhandlungen:
Wiederherstellung der Verfassungsgarantien, der Pressefreiheit und Freilassung der politischen Gefangenen. Die gemeinsame Position aller anti-Somozistischen Kräfte ließ sich auf 3 Punkte zusammenfassen: Abdankung des Diktators und seines Clans, die Posten im Staatsapparat besetzen, Einsetzung einer Regierung der nationalen Einheit, in der alle am Sturz der Diktatur beteiligten Kräfte vertreten sein und die das Programm der FAO realisieren sollten, sowie Aufbau eines neuen nationalen Heeres. Diese Forderungen entsprachen noch den Forderungen, die vor der September-Offensive gestellt worden waren.

Ab Mitte Oktober wurden dann die ersten Sprünge innerhalb der FAO sichtbar. Bowdler verhandelte sowohl mit den Vertretern von Industrie und Handel als auch mit Teilen der „Liberalen Partei" Somozas. Er erreichte, daß sich Somozas Partei einem möglichen Kompromiß gegenüber öffnete.

Am 25. Oktober bricht die „Gruppe der Zwölf" (der fortschrittlichste Flügel der FAO und Vertreter der Sandinistas innerhalb der FAO) die Verhandlungen ab und tritt aus der FAO aus. Sie erklärt, daß sie sich mit „ganzem Herzen" jedem Versuch einer Veränderung, die „nichts verändert", widersetze und ruft das Volk zum weiteren Widerstand auf.
Die FAO übermittelt dann Somoza ein Dokument, in dem sie die Errichtung eines „Staatsrats" – der die Regierung übergangsweise übernehmen sollte – vorschlägt. Die „Gruppe der Zwölf" ist darin ausgeschlossen, die Somoza-Partei soll jedoch vertreten sein. Außerdem ist nur noch von einer „Demokratisierung" der Nationalgarde die Rede.

Dem Auszug der „Zwölf" aus der FAO folgen die Gewerkschaftszentrale CTN und die Sozialistische Partei.
Man kann wohl von einem „Erfolg" der US-Diplomatie sprechen. Wichtig ist auch die Tatsache, daß Somoza selbst Macht auf die USA ausüben kann (er hat Freunde im Kongreß und Senat und unter hohen Militärs im Pentagon und CIA). Er kann immer mit der ideologischen Karte spielen, sein Sturz bedeute ein neues Kuba.

Die Reaktionen von „unten" in verschiedenen Ländern Lateinamerikas, wie Columbien, Costa Rica, Mexico, Venezuela (es hatte Solidaritätsbewegungen, Streiks, Demonstrationen für die FSLN, gegen Somoza, gegeben) müssen zu der Angst der USA, die in Nicaragua strategische Interessen haben, beigetragen haben.

Geplante Großoffensive der FSLN

Die Sandinistas haben wiederholt angekündigt, durch eine neue Großoffensive dem Regime Somozas noch vor Jahresende den endgültigen Todesstoß versetzen zu wollen. Inzwischen ist Eden Pastora, Commandante „Cero", zum Oberbefehlshaber der Sandinistas ernannt worden. Nach eigenen Angaben der Sandinistas ist ihre Armee jetzt wesentlich besser militärisch ausgerüstet und besser und gründlicher organisiert.

Somoza hat angekündigt, für den Fall einer neuen Offensive noch härter zuschlagen zu wollen. Er hat seine Nationalgarde verdoppelt und neue Waffen von Israel und Spanien erhalten (darunter Schnellboote und Kampfflugzeuge).

PRESSEERKLÄRUNG DES NICARAGUA–KOMITEES

BERLIN 23. November Das 3. Treffen der Nicaragua-Solidaritätskomitees aus der Bundesrepublik und West-Berlin fand vom 17. bis 19. November 1978 im Schüler- und Jugendzentrum der Naturfreundejugend in West-Berlin statt. Neben 16 Gruppen aus 14 Städten nahmen der Vertreter der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) für Europa sowie der Dichter und Prister Ernesto Cardenal, ebenfalls Mitglied der FSLN, teil.
Die bisherige Arbeit wurde ausgewertet, die aktuelle politische Situation erläutert und neue Aktionen beschlossen.
Eine seit längerer Zeit bestehende Forderung ist die Einstellung der wirtschaftlichen Unterstützung des Somoza-Regimes durch die Bundesregierung. Aufgrund dieser Forderung fror im September 1978 die Bundesregierung den bereits bestätigten 10,5 Millionen-DM-Kredit ein. Während und nach den Kämpfen wurde das Somoza-Regime von Regierungs- und Oppositionsparteien als scheußliche Diktatur mehrmals verurteilt. Willy Brandt versicherte Dr. Sergio Ramirez Mercado, dem Sprecher der „Gruppe der 12", „daß die Sozaildemokratische Partei auf der Seite der

Kräfte steht, die mutig für eine demokratische Erneuerung kämpfen und leiden."
Trotzdem mußten wir erfahren, daß dieser Kredit eine Woche nach der Einfrierung an die Somoza-Regierung ausbezahlt wurde. Sowohl Somoza selbst als auch der deutsche Botschafter in Managua, Mayer-Lindemann, bestätigten den Erhalt des Geldes.
Wie die Bundesregierung ihre Handlungsweise vor der deutschen Bevölkerung rechtfertigen will, wissen wir nicht. Was jedoch das nicaraguanische Volk betrifft, bedeutet dies eine Beteiligung am Völkermord. Mit Empörung geben wir dies der deutschen Öffentlichkeit bekannt.
Als unsere Aufgaben sehen wir weiterhin, die deutsche Bevölkerung über die Verhältnisse und die politische Entwicklung in Nicaragua zu informieren, das Somoza-Regime zu verurteilen und ihre Vertreter, die FSLN, in ihrem Befreiungskampf zu unterstützen.
Auf dem 3. Kongress der Solidaritätsgruppen für Nicaragua im Schüler- und Jugendzentrum der Naturfreundejugend in West-Berlin vom 17. bis 19. November 1978 wurden folgende Erklärungen abgegeben:

1) Wir unterstützen den Kampf des Volkes von Nicaragua für seine nationale Selbstbestimmung, Demokratie und Sozialismus. Wir betrachten die Sandinistische Befreiungsfront (FSLN) als legitimen Vertreter des nicaraguanischen Volkes und unterstützen den gemeinsamen Kampf ihrer drei Tendenzen.

2) Wir verurteilen die Verhandlungen der bürgerlichen Opposition (FAO) mit dem Somoza-Regime, welche nur darauf abzielen, einen „Somozismus ohne Somoza" einzuführen. Wir begrüßen die konsequente Haltung der MPU (Vereinigte Volksbewegung), die jegliche Verhandlungen mit Somoza ablehnt. Die MPU repräsentiert die wichtigsten Teile des Volkes und wird von der FSLN aktiv unterstützt.

3) Wir verurteilen aufs Schärfste die Regierung Carter, die unter dem Vorwand der Menschenrechtspolitik ihre Wirtschaftspolitischen Interessen durchzusetzen versucht.

4) Entschieden wenden wir uns gegen die Regierung von Spanien, Argentinien und Israel, die durch massive Waffenhilfe das Terrorregime Somozas unterstützen.

5) Mit Empörung verurteilen wir die Bundesregierung, die mit Millionen-Krediten dem Regime weitere Überlebenshilfe leistet. Wir fordern von der Bundesregierung den sofortigen Abbruch der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zur Diktatur in Nicaragua.

6) Wir sehen die Gefahr einer militärischen Intervention durch ausländische Mächte, machen die Öffentlichkeit darauf aufmerksam und fordern sie auf, mit uns gemeinsam dem entgegen zu wirken.

7) Die Organisierung und Koordination unserer Arbeit auf bundesweiter Ebene wird durch das „Informationsbüro Nicaragua e.V." in Wuppertal durchgeführt: c/o Angelika Pappe, Ravensburger Straße 149, D 5600 Wuppertal.

Wir bitten die Öffentlichkeit der Bundesrepublik um Unterstützung für den Widerstand des Volkes von Nicaragua gegen das Terroregime Somozas.

Kontakt: Nicaragua Solidaritätskomitee, Katholische Studentengemeinde, Meineckestraße 12, 1 Berlin 15

NAMIBIA - ZU DEN WAHLEN VOM 4. - 8.Dezember 1978

WINDHUK/FRANKFURT 6.Dezember Erklärungen des -Ende November - ausgewiesenen Justin Ellis - Leiter des christlichen Zentrums (eine Art Bildungs- und Kontaktstelle für Schwarze) in Windhuk, liefern eine Erklärung für die angeblich so hohe Wahlbeteiligung der Bevölkerung von Namibia.
In einer 15-seitigen Niederschrift zählt Ellis eine Reihe von Merkwürdigkeiten im Zusammenhang mit der Mitte des Jahres durchgeführten Wahlregistration:
Im gesamten Ovamboland und Kavangoland sagten Leute, daß sie sich aus Furcht haben registrieren lassen. Es stellte sich heraus, daß dort Mitgliedschaft in der DTA (demokratische Turnhallenallianz, Südafrika-orientiert und massiv von der CSU unterstützt) obligatorisch gemacht wurde. Man hat erzählt, daß Leute ohne DTA-Mitgliedkarten keine medizinische Behandlung bekamen. Alte Leute mußten sich erst registrieren lassen, bevor sie ihre Pension erhielten.

Offiziell wurde im Rundfunk bekanntgegeben, die Wahlen fänden statt im Einvernehmen mit den westlichen Vorschlägen: viele Leute waren im Glauben, unter UN-Aufsicht wählen zu können. Dein eingesetzten Homeland-Chiefs ist aufgetragen worden, sich um die Registrierung aller Bürger zu kümmern. DTA-Organisatoren und Polizei — sowie die „Verteidigungs"macht haben vielfach Leuten gedroht und kontrolliert, ob sie schon für die Wahlen registriert waren.

Südafrikanische Soldaten haben die Leute mit dem DTA-Gruß begrüßt (erhobene Hand mit gestrecktem Zeige- und Mittelfinger). Obwohl das Militär sich aus Parteipolitik herauszuhalten hat, waren z.B. Armee-Landrover mit DTA-Aufklebern an der Windschutzscheibe bestückt. Bekannt ist, daß Farmer und andere Arbeitgeber ihre Arbeiter an die Registrationsstellen brachten und sie nötigten, sich registrieren zu lassen. Entsprechendes sei bei den Wahlen auch geschehen. In einem Zustand großer Arbeitslosigkeit ist es leicht, Arbeiter unter Druck zu setzen.

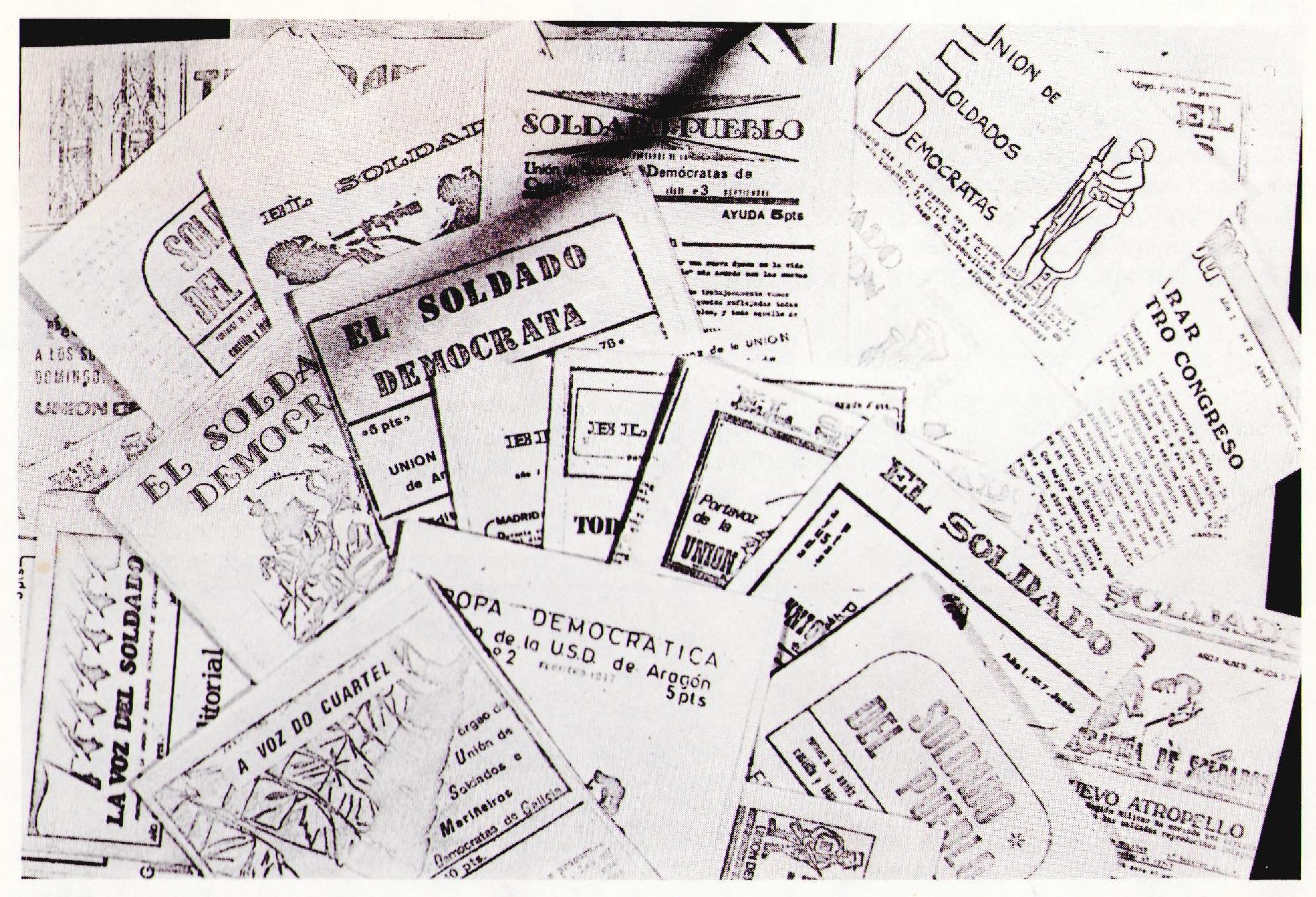
In Kreisen liberaler weißer etablierter Bürger und Wissenschaftler im In- und Ausland herrscht die Ansicht, daß die Bombenanschläge kurz vor den Wahlen auf das Südafrikanische Konto gehen. Ein — auch aus der Nazizeit bekanntes Mittel - den Feind — in diesem Fall die SWAPO — zu verunglimpfen und danach alle noch vorhandenen SWAPO-Vertreter zu verhaften.

Kontakt: Friedel Busch über den ID

FREIRAUM



ES GIBT AUCH SOLDATEN IN DER SPANISCHEN ARMEE



Dieses Bild zeigt einen kleinen Teil der illegalen, in den Kasernen verteilten spanischen Soldatenzeitungen.

MADRID 22.November Im Spätnovember gab die spanische Regierung — fast verlegen — zu, daß sie gerade einem rechten Militärputsch, der eigentlich für den 17.November bestellt war, zuvorgekommen ist. Wie die deutsche Presse — unter anderem auch der Speigel — meldete, hätten loyale, königstreue Generäle die rechten faschistischen Offiziere gerade noch rechtzeitig kaltgestellt. Die Hauptverschwörer wurden verhaftet, bevor sie ihren Plan, den Madrider Moncloa-Palast (Amtssitz der Regierung) zu besetzen, die Kabinettsmitglieder zu verhaften und den Regierungschefs als Geisel zu nehmen, verwirklichen konnten. Aber in keinem der Presseberichte konnte man auch nur den geringsten Hinweis darauf finden, daß das spanische Militär nicht exclusiv aus Offizieren besteht.

ES GIBT AUCH SOLDATEN IN DER SPANISCHEN ARMEE

In der spanischen Armee gibt es sogar eine sehr große Zahl von einfachen Soldaten, von Wehrpflichtigen. 300 000 Wehrpflichtige stehen 30 000 freiwilligen Soldaten (meist in Sondereinheiten) und 60 000 Offiziere / Unteroffizieren gegenüber. Wenn auch die spanische Armee einen Offizier plus Unteroffizier für je 6 Wehrpflichtige hat, so besteht das spanische Militär doch zu 77% aus Wehrpflichtigen. (Frankreich: 50%, BRD: 45%; Holland 32%; und 0% in den USA). Auch während des Vietnam-Krieges, als es in den USA noch die Wehrpflicht gab, bestand nie mehr als ein Fünftel der amerikanischen Streitkräfte aus Wehrpflichtigen.)

UND DIESE SPANISCHEN SOLDATEN SIND ORGANISIERT!

Diese spanischen Soldaten sind nicht nur unterbezahlt, unterernährt und überschikaniert; sie sind auch, mehr und mehr, organisiert.

Es scheint den Presseschreibern, auch denen vom Spiegel, absolut unmöglich, sich vorzustellen, daß es in den spanischen Kasernen nicht nur 4 rechte Offiziersvereine gibt, sondern auch die in der Welt zweitstärkste, einheitliche, linke Soldatenorganisation, „union democratica de soldados". (Welche ist die Stärkste? ... Die holländische VVDM, Verein von dienstpflichtigen Militärs.)

Die UDS ist zwar illegal, hat aber über 10 000 Mitglieder, und ist heute in fast allen spanischen Einheiten vertreten. Seit 1974, als ihre Vorläufer zuerst in den Kasernen auftauchten, sind alle Versuche, die Soldatenorganisationen auszurotten, fehlgeschlagen. Obwohl hunderte Soldaten in den Bau gegangen sind, und auch viele noch heute sitzen, wächst die jetzt vereinte UDS ständig.

Ihre clandestine Presse durchsickert jetzt das ganze Militär.

Wäre der Militärputsch wie geplant, Mitte November aufgeflackert, hätten d i e s e spanischen Soldaten keineswegs wie ihre Großväter 1936 für „ihre" Offiziere die gewählte Regierung gestürzt.

Gewöhnlich gut unterrichtete Kreise behaupten, daß die -Zitat - „Königstreuen Generäle" keineswegs wegen ihrer -Zitat- „Loyalität" die rechten Putschisten ausgeschaltet haben, sondern vielmehr, weil sie befürchteten, daß ein Putschversuch der rechten Offiziere von der Soldatenbewegung erstickt worden wäre und die darauffolgende Radikalisierung in Spanien vielleicht noch mit einer gewählten Regierung, aber nicht notwendigerweise mit einer vom König kommandierten Armee geendet hätte.

Postvertriebsstück ID NR. 259 Nummer des Abos bez. bis ID Nr. Exempl.
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

4400 E 280
UTE LAMPING 1
HORNERSTR. 17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT: *Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders,bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichaushändigung zurückzusenden.*

SONSTIGES UND SOWAS

Prozesse / Repression / Widerstand

BETRIEB BETRIEB BETRIEB BETRIEB BETRIEB BETR

SCHULE / JUGEND

ÖKOLOGIE

INTERNATIONALES